

# Wiener Landtag

## 35. Sitzung vom 13. Mai 1996

---

### Wörtliches Protokoll

#### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	7. Pr.Z. 92-GBl, P. 3: Gesetz, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (Wiener Stadtverfassung - WStV) und die Wiener Gemeindewahlordnung 1996 geändert wird (Beilage Nr. 15)	
2. Fragestunde:		Berichterstatter: Amtsf StR Johann Hatzl	(S. 37)
1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 5);		Redner: Die Abgen Mag Franz Karl	
3. Anfrage (S. 6); 4. Anfrage (S. 7);		(S. 38 u. 42), Dr. Helmut Günther	
5. Anfrage (S. 10); 6. Anfrage (S. 10)		(S. 40), Dr Peter Pilz (S. 41) und Rudi Hundstorfer (S. 42)	
7. Anfrage (S. 11).		Abstimmung (S. 43)	
3. Mitteilung des Einlaufs	(S. )	8. Pr.Z. 525-MDPLTG, P. 4: Gesetz, mit dem die Dienstordnung 1994 geändert wird (2. Novelle zur Dienstordnung 1994) (Beilage Nr. 8)	
4. Pr.Z. 669-MDPLTG, P. 10: Gesetz über den Nationalpark Donau-Auen (Wiener Nationalparkgesetz) (Beilage Nr. 17)		Berichterstatter: Amtsf StR Johann Hatzl	(S. 43)
Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svhalek	(S. 13 u. 24)	Abstimmung (S. 43)	
Redner: Die Abgen Hannelore Weber (S. 14 u. 23), Dr. Johannes Hawlik (S. 16), Barbara Schöfnagel (S. 18) und Franz-Karl Effenberg (S. 21)		9. Pr.Z. 815-MDPLTG, P. 5: Gesetz, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1995 geändert wird (2. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) (Beilage Nr. 12)	
Abstimmung (S. 26)		Berichterstatter: Amtsf StR Johann Hatzl	(S. 43)
5. Pr.Z. 558-MDPLTG, P. 9: Gesetz, mit dem das Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt (Wiener Umweltschutzgesetz) geändert wird (Beilage Nr. 16)		Abstimmung (S. 44)	
Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svhalek	(S. 26)	10. Pr.Z. 469-MDPLTG, P. 6: Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 19. und 20. Bezirk (Beilage Nr. 10)	
Redner: Abg Hannelore Weber (S. 26)		Berichterstatter: Amtsf StR Johann Hatzl	(S. 44)
Abstimmung (S. 26)		Abstimmung (S. 44)	
6. Pr.Z. 556-MDPLTG, P. 8: Gesetz, mit dem das Wiener Schulgesetz geändert wird (12. Novelle zum Wiener Schulgesetz) (Beilage Nr. 11)		11. Pr.Z. 215-MDPLTG, P. 7: Vereinbarung gemäß Art 15a BV-G über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art 15a BV-G über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1995 (Beilage Nr. 5)	
Berichterstatterin: Abg Christine Lapp (S. 26 u. 37)			
Redner: Die Abgen Susanne Jerusalem (S. 26 u. 36), Walter Nettig (S. 28), Brigitte Schwarz-Klement (S. 31), Heinz Vettermann (S. 32), Mag Franz Karl (S. 34) und Gert Wolfram (S. 35)			
Abstimmung (S. 37)			

- Berichterstatter: Amtsf StR Rudolf Edlinger (S. 44)**  
**Abstimmung (S. 44)**
- 12. Pr.Z. 822-MDPLTG, P. 1: Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 9d vom 23. April 1998, GZZ 9dE Vr 3494/96 und Hv 2099/96 um Zustimmung zur Verfolgung des Abg Ing Peter Westenthaler wegen des Verstoßes gegen § 111 Abs. 1 und 2 StGB (Beilage Nr. 18)**
- Berichterstatter: Abg Godwin Schuster (S. 44)**  
**Abstimmung (S. 45)**
- 13. Pr.Z. 592-MDPLTG, P. 2: Unvereinbarkeitsgesetz 1983; Anwendung für die Wahlperiode 1991 bis 1996 hinsichtlich der Mitglieder des Landtags (Beilage Nr. 13)**
- Berichterstatterin: Abg Josefa Tomsik (S. 45)**  
**Absitmmung (S. 45)**
- 14. Pr.Z.3506/LF: Dringliche Anfrage der Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Dr Rüdiger Stix, DDr Eduard Schock, Walter Prinz und Johann Römer, betreffend 30-Milliarden-Schilling-Paket Verlesung durch Schriftführerin Abg Helga Seeliger (S. 45)**  
**Begründung durch Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (S. 46)**  
**Redner: Die Abgen Dr Peter Pilz (S. 49), Dr Oskar Wawra (S. 52), Dr Rüdiger Stix (S. 53), DDr Eduard Schock (S. 56), Walter Prinz (S. 58) und Johann Römer (S. 59)**  
**Beantwortung durch Lhptm D. Michael Häupl (S. 60)**

*(Beginn um 8.59 Uhr.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine sehr geehrten Dameñ und Herren!

Ich eröffne die 35. Sitzung des Wiener Landtags.

Entschuldigt ist Herr LhptmSt Dr Rieder. Weiters sind entschuldigt Herr Abg Haubenburger, Herr Abg Dr Maier und Frau Abg Sander.

Wir kommen zur Fragestunde.

*(In der Fragestunde werden von Präsidentin Ingrid Smejkal folgende Anfragen aufgerufen:*

**1. Anfrage (Pr.Z. 104/LM/KGR): Abg Hannelore Weber an den Landeshauptmann:**

*Wann wird die Neufassung des Wiener Naturschutzgesetzes zur Beschlüffassung vorgelegt?*

**2. Anfrage (Pr.Z. 111/LM/KVP): Abg Mag Franz KARL an den Landeshauptmann:**

*Wie beurteilen Sie als Landeshauptmann die Tatsache, daß Stadträte verfassungswidrig Anträge und Anfragen nicht termingerecht behandeln?*

**3. Anfrage (Pr.Z. 174/LM/KFP): Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz an den Landeshauptmann:**

*Seit ca einem Jahr geistert ein sogenanntes 30-Milliarden-Paket durch die Medien, das mündlich zwischen Bundeskanzler und Ihnen abgeschlossen worden sein soll, tatsächlich aber keinen konkreten Niederschlag gefunden hat. Nun ist den Medien zu entnehmen, daß ÖVP Stadtrat Görg dem Verhandlungsteam beigezogen wurde. Wann rechnen Sie, nach dieser Verstärkung des SP-Teams und die damit eventuell erhöhte Kompetenz und Durchsetzungskraft, mit konkreten Ergebnissen?*

**4. Anfrage (Pr.Z. 124/LM/KSP): Abg Andreas Honay an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport:**

*Welche Initiativen wurden vom Land Wien zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für Lehrlinge gesetzt?*

**5. Anfrage (Pr.Z. 125/LM/KSP): Abg Peter Juznic an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport:**

*Was ist das Tätigkeitsfeld des mit 1. April 1996 installierten Seniorenbeauftragten?*

**6. Anfrage (Pr.Z. 105/LM/KGR): Abg Dr Peter Pilz an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr:**

*Welche Maßnahmen setzt das Land Wien zur Verbesserung der Wasser-Zusammenarbeit mit der Steiermark?*

**7. Anfrage (Pr.Z. 118/LM/KVP): Abg Georg Fuchs an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:**

*Treten Sie für die Einführung von Einkommensgrenzen bei der Förderung nach § 15 WWFSG 1989 ein?*

Die 1. Anfrage wurde von Frau Abg Hannelore Weber gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Nach den mir in diesem Zusammenhang vorliegenden Informationen ist das Wiener Naturschutzgesetz in interne Begutachtung gegangen. Diese interne Begutachtung ist abgeschlossen. Es sind insgesamt etwa 20 Dienststellen damit befaßt worden. Es hat sehr umfangreiche Stellungnahmen gegeben, die eingearbeitet werden mußten. In den nächsten Tagen wird der Entwurf in die externe Begutachtung gehen. Sobald dieses Verfahren abgeschlossen ist, bin ich überzeugt, daß es den entsprechenden parlamentarischen Gremien zugeleitet wird.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Hannelore Weber (GRÜNE): Wenn das Gesetz jetzt erst in die externe Begutachtung geht, ist also anzunehmen, daß Ihr Versprechen nicht hält, daß dieses beste Naturschutzgesetz aller Zeiten, welches wir jetzt über fünf Jahre diskutiert haben, in internen Gremien in dieser Legislaturperiode noch verabschiedet werden kann. Das finde ich sehr bedauerlich, denn es handelt sich bei diesem Entwurf, der seit September in der internen Begutachtung liegt, um ein exzellentes Gesetz.

Ich frage Sie daher im Zusammenhang mit der Wasserabgabe, die auch in diesem Gesetz inkludiert ist: Kommt es zu einer Verzögerung der Verabschiebung, weil Sie auf der Bundesebene darauf drängen, daß Wasserabgabengesetze aufgehoben werden sollen, und dann auch das Wiener Naturschutzgesetz, das eine solche beinhaltet, keine Gültigkeit hätte?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es ist wahrscheinlich wenig zweckdienlich, in so einer Sachdiskussion zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben, völlig zu vermischen.

Die Antwort darauf ist ganz eindeutig: Nein. Denn diese sogenannte Wasserabgabe, die im Wiener Naturschutzgesetz als Vorschlag enthalten war, gibt es nicht mehr. Denn selbstverständlich macht die Besteuerung der Entnahme von Grundwasser mit einer Naturschutzabgabe keinerlei Sinn, und wer weiß das besser als ich? Davon rede ich, und das betrifft jetzt Wien. Das ist in einem Beamtenentwurf tatsächlich drinnengewesen, allerdings auch schon längst wieder herausgenommen worden, denn es macht selbstverständlich keinerlei Sinn, gerade in einer Großstadt nicht. Sie kennen den Grundwasserkataster, so hoffe ich, mindestens ebenso gut wie ich, außer er ist in den letzten eineinhalb Jahren besonders überarbeitet worden. Es macht sachlich gesehen keinerlei Sinn, eine derartige Grundwasserabgabe als Naturschutzabgabe bei uns tatsächlich einzuführen.

Aber es hat mit dem zeitmäßigen Ablauf überhaupt nichts zu tun. Ich bin sehr froh, daß auch der Herr StR Svhalek Wert darauf legt, daß es zu einer entsprechenden qualitativ ordentlichen Diskussion kommt, denn der Druck darauf, daß das Naturschutzgesetz zu novellieren ist, der rein zeitmäßige Druck ist nicht derart gegeben, daß man sagen müßte, man hat nicht hinreichend Zeit, dies ordentlich inhaltlich zu diskutieren.

Ich erinnere an das, was ich durchaus in Übereinstimmung mit Ihnen - jedenfalls damals - gesagt habe, daß wir ein Wiener Naturschutzgesetz einfach auch einmal von der anderen Seite her angehen müssen und diskutieren müssen, nämlich zu definieren, was Naturschutz in der Großstadt bedeutet, und daraus dann die Legistik zu machen, und nicht herzugehen und zu sagen, da gibt es Naturschutzgesetze in den verschiedenen Bundesländern, und wir schreiben mehr oder weniger ab von den anderen. Naturschutz in einer Großstadt bedeutet allemal etwas anderes als im Montafon. Daher war das ein sehr richtiger Ansatz, und ich bin froh darüber, daß die Diskussionen so gelaufen sind in der Vergangenheit, daß man von der anderen Seite, nicht von der legistischen, sondern von der fachlichen Seite her, von der naturschutzfachlichen Seite her diese Diskussion begonnen hat und, wie ich nunmehr sehe, auch zum Abschluß gebracht hat.

Die steirische Wasserabgabe, bitte, hat mit Ökologie, mit Naturschutz und ähnlichem überhaupt nichts zu tun, sondern dort sind sie auf die Idee gekommen, weil sie offensichtlich mit ihrem Landesbudget nicht zu Rande gekommen sind, einfach Zahlen hineinzuschreiben, Fiktionen hineinzuschreiben, von denen viele, vor allem die Juristen im Haus und auch der Herr Landesamtsdirektor der Steiermark, wissen, daß dies rechtlich gesehen niemals hält. Das hat fachlich nichts zu tun mit Ökologie und Naturschutz, das hat zum zweiten nichts zu tun mit einer Rechtskonformität und stellt zum dritten natürlich alle bisherigen Prinzipien des Finanzausgleiches in Frage, das heißt die Aufteilung der öffentlichen Mittel auf die Gebietskörperschaften, was hier gemacht wurde.

Und deswegen wehren wir uns dagegen. Das hat aber überhaupt nichts zu tun mit dem, was an Vorschlägen im ursprünglichen Beamtenentwurf drinengewesen ist.

Also ich bitte Sie, diese Dinge nicht zu vermischen, und es ist selbstverständlich durch diese kurzzeitige Diskussion auf Beamtebene keine Verzögerung eingetreten.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Hannelore Weber (GRÜNE): Also erstens mische ich die Dinge nicht, und ich habe, glaube ich, bei meiner ersten Wortmeldung ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß dieses Gesetz wirklich ein ausgezeichnetes ist und daß dieser Gesetzesentwurf eben doch noch in dieser Legislaturperiode, weil er eben so gut ist, verabschiedet hätte werden sollen. Das war alles. Ich habe nicht bestritten, daß der Inhalt

gut ist.

Auf der anderen Seite muß ich aber jetzt mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß es eben im Wiener Naturschutzgesetz keine Naturschutzabgabe mehr geben wird, und mit großem Erstaunen deswegen, weil im März im Naturschutzbeirat auch über diese Wasserabgabe gesprochen wurde und dort seitens des verantwortlichen Beamten erklärt worden ist, daß das eine sehr wichtige und sinnvolle Abgabe ist in Richtung einer ökologischen Besteuerung. Hier hätten wir wirklich Schritte setzen können, daß Wien beispielgebend vorangeht, denn ich gebe zu, daß die Zweckbindung, so wie sie die Steiermark vorgenommen hat, nicht tragbar ist. Das Wiener Naturschutzgesetz hätte in diesem Fall einen Naturschutzfonds vorgesehen, wo eine genaue Zweckbindung festgehalten gewesen wäre, wo man sich genau jedes Projekt anschauen hätte können.

Ich nehme mit großem Bedauern zur Kenntnis, daß Sie als Fachmann hier von jenen Dingen abgewichen sind, die Sie eigentlich noch als Umweltstadtrat vertreten haben (Lhptm Dr Michael Häupl: Da ist ja absurd!) und jetzt als Landeshauptmann ablehnen. Letzten Endes ist dieses Gesetz unter Ihrer Ägide immer wieder ganz ausgezeichnet in vielen Gremien diskutiert worden, unter anderem auch diese Naturschutzabgabe.

Es tut mir wirklich leid, das hier sagen zu müssen. (Lhptm Dr Michael Häupl: Ja, nur falsch ist es!) Das ist für mich, Herr Landeshauptmann, eine große Enttäuschung, wie sehr auffällig es ist, daß Sie sich, seit Sie Landeshauptmann sind, von vielen Ideen verabschiedet haben, die Sie einmal als Umweltstadt vertreten haben.

**Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend):** Würden Sie die Frage formulieren, Frau Kollegin?

Abg Hannelore Weber (fortsetzend): Ich komme jetzt zur nächsten Frage. Wie mir bekannt ist, ist es ja nicht nur die lange Diskussion, sondern es handelt sich auch um die Finanzierung. Soviel mir bekannt ist, ist die Verzögerung auch darauf zurückzuführen, daß für den Vertragsnaturschutz, der in diesem Gesetz vorhanden ist, mindestens 11 Millionen Schilling in dieser Stadt aufgebracht werden müssen.

Jetzt war es möglich, daß man aus dem Budget vom Herrn StR Swoboda für eine Selbstbeweihräucherungsveranstaltung im Rahmen seines EU-Wahlkampfes 9 Millionen Schilling lockermachen konnte. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß diese 11 Millionen Schilling auch im Budget für das nächste Jahr festgehalten sind, damit dieses Naturschutzgesetz wirklich zum Tragen kommen kann, wenn es dann in der nächsten Legislaturperiode - ich hoffe, zu Beginn - so schnell wie möglich verabschiedet wird? - Bedauerlicherweise natürlich ohne Naturschutzabgabe.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also zunächst einmal halte ich fest, daß die Behauptung von Ihnen, ich verabschiede mich von einer Idee oder ich hätte diese

Naturschutzabgabe in der Vergangenheit als Umweltstadtrat vertreten, eine glatte Unterstellung ist. Das ist ein vollkommener Unsinn, bitte, denn selbstverständlich ist in keiner der Diskussionen, an denen ich teilgenommen oder initiativ tätig gewesen bin, eine Naturschutzabgabe diskutiert worden. Das ist einfach absurd.

Und für die weiteren Unterstellungen, die Sie gemacht haben, von Dingen, wo ich mich verabschiedet habe, bitte ich Sie, dann den Beweis vielleicht auch gelegentlich anzutreten.

Man sollte also nicht alles schon a priori einmal unter irgendwelchen Vorwahlkämpfen oder ähnlichem subsumieren. Ich halte das jedenfalls unserer bisherigen inhaltlichen Diskussion, die wir über viele Jahre geführt haben, für unwürdig. Das stelle ich schon dazu fest. - Aber sei dem, wie dem auch sei, man wird diese Dinge zur Kenntnis zu nehmen haben.

Selbstverständlich werde ich mich, um zur konkreten Frage zu kommen, dafür einsetzen, daß die notwendigen Bedeckungen für dieses Gesetz vorhanden sind. Das ist überhaupt gar keine Frage. Kein Mensch braucht mit mir darüber zu diskutieren, daß, wenn ein Gesetz beschlossen wurde, dann die finanziellen Auflagen, die daraus erfolgen, natürlich auch zu erfüllen sind, und dies ohne Wenn und Aber. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten.

Ob dies 11 Millionen Schilling, 12 Millionen Schilling oder 9 Millionen Schilling sein werden, das kann ich zur Stunde nicht sagen. Denn allein die Vorstellungen, die in einem Punkt, nämlich im vierten Punkt, auch inhaltlich vorgesehen sind und die sich mit dem Anpachten oder gar dem Ankauf von Liegenschaften beschäftigen, um daraus Biotope zu machen, oder auch der Punkt, wo es um die Verbindung von der bisherigen oder früheren Biotopkartierung mit einem Monitoring in diese Richtung hin geht, also Daueruntersuchungen der Biotopkartierung, machen sicherlich allein schon mehr als diese 12 Millionen Schilling aus, denn allein so eine Monitoring-Untersuchung kostet schon wesentlich mehr. Über die Anpachtung oder den Ankauf von Grundstücken brauchen wir uns nicht zu unterhalten, aber das ist ja auch nicht Angelegenheit der MA 22.

So, um auch diese Frage kompakt zu beantworten: Selbstverständlich werde ich mich dafür einsetzen, daß finanzielle Verpflichtungen, die aus gesetzlichen Bestimmungen erwachsen, auch tatsächlich erfüllt werden.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke.

Wir kommen zur 2. Anfrage, gestellt von Herrn Abg Mag Franz Karl, ebenfalls an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage: "Wie beurteilen Sie als Landeshauptmann die Tatsache, daß Stadträte verfassungswidrig Anträge und Anfragen nicht termingerecht behandeln?", ist ja wohl unter einer rhetorischen Frage

einzuordnen. Ich mache es daher kurz: Selbstverständlich trete ich dafür ein, daß Stadträte, einschließlich auch des Bürgermeisters und Landeshauptmannes, Anträge und Anfragen verfassungsgemäß in verfassungsgemäßer Zeit behandeln.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Der Antrag vom 24. März 1995 - man beachte, also über ein Jahr alt - zum Wiener Prostitutionsgesetz wurde bis heute im zuständigen Hatzl-Ausschuß nicht behandelt.

Wie ist die Ansicht von StR Hatzl zu beurteilen, daß die Monatsfrist gemäß § 15 Abs. 3 Wiener Stadtverfassung dann erfüllt ist, wenn er den eingebrochenen Antrag binnen Monatsfrist in die Hand nimmt? Wörtlich gemeint: in die Hand nimmt.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann:

Lhptm Dr Michael Häupl: Also zum ersten kann ich mich von vorher nur wiederholen: Ich bin dafür, daß es verfassungsgemäß in Behandlung genommen wird, wie es im Text entsprechend heißt. Ich bin gerne bereit, ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, wie das zu interpretieren ist, das In-Behandlung-Nehmen, wie es entsprechend vorgesehen ist.

Es können - das meine ich jetzt abseits der Formalitäten - solche Sachen passieren. Auch mir ist es als Stadtrat einmal passiert, daß ein Antrag oder eine Anfrage bei weitem nicht fristgerecht behandelt wurde. Ich bin nicht angestanden, mich damals öffentlich dafür zu entschuldigen und zu sagen, daß es mir leid tut. Aber grundsätzlich sollte man davon ausgehen, daß man selbstverständlich die Anträge und Anfragen in den vorgesehenen Fristen auch behandelt.

Wir werden uns das genau anschauen, inwiefern hier nicht durchaus eine rechtskonforme und verfassungskonforme Behandlung dieses Antrages vorliegt.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Da die Geschäftsordnung für den Fragesteller Kürze vorsieht, bin ich nicht in der Lage, alle Anträge und Anfragen, die verfassungswidrig gemäß § 15 Abs. 3 Wiener Stadtverfassung nicht innerhalb eines Monats, was die Anträge betrifft, beziehungsweise gemäß § 15a Abs. 2 der Stadtverfassung nicht innerhalb von zwei Monaten, was die Anfragen betrifft, beantwortet wurden, aufzuzählen. Ich werde sie aber im Anschluß gerne schriftlich überreichen.

Sind Sie bereit, die StRe Hatzl, Faymann und Swo-boda, die hier recht sorglos mit der Stadtverfassung umgehen, auch schriftlich aufzufordern, sich an die Wiener Stadtverfassung zu halten? (amtsf StR Johann Hatzl: Wenn es so wäre! So ist es aber nicht!)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann:

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst einmal werde ich mir nach Überge-

ben der Liste anschauen, ob hier nun tatsächlich eine entsprechende Widrigkeit vorliegt oder ob es sich lediglich um unterschiedliche Interpretationen der Verfassung handelt. Sollte hier aber tatsächlich eine Widrigkeit vorliegen, so werde ich selbstverständlich alle auffordern, der Verfassung Genüge zu tun. (Abg Mag Franz Karl überreicht Lhptm Dr Michael Häupl, wie angekündigt, die Aufstellung.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke.

Wir kommen zur 3. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, gerichtet an den Herrn Landeshauptmann. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Zunächst einmal ein paar ernstere Worte zu dem Geist und Gespenst, das in der Anfrage angesprochen wird und das herumgeistern soll.

Das Gespenst kann sich nur auf Kommunikationsstörungen berufen, denn wir haben es hier im Landtag, wir haben es im Wiener Gemeinderat, wir haben es in der Landesregierung, nicht zuletzt dort durch Beschuß, und wenn ich mich recht erinnere, auch mit dem Beschuß der freiheitlichen Stadträte, abgehandelt, diskutiert. Also ist es jedenfalls nicht sosehr ein Gespenst, sondern eine ganz klar, auch durch Beschußfassung der Landesregierung festgelegte Programmatik, die sich als Vorstellungen, Wünsche, als Notwendigkeiten infrastruktureller Finanzierungen für die Stadt darstellt. Also ein Gespenst kann man das ja nun wirklich nicht nennen, dazu ist es eindeutig zu konkret. Ich würde meinen, es ist ein ganz schön fester Körper und nicht ein Astralleib, den man vielleicht dazu induzieren könnte.

Es ist nun in der Folge gesehen bei der Ausarbeitung, bei der Detailausarbeitung der grundsätzlichen Vereinbarung, die wir getroffen haben, natürlich zu einer Fülle von Diskussionen gekommen, die nicht so sehr in den substantiellen Teilen für die Stadt gelegen sind, sondern in jenen Teilen, die ich für die Infrastruktur für sehr wichtig halte, also etwa Großforschungseinrichtungen oder universitäre Einrichtungen, aber wo man angesichts von Sparpaketdiskussionen, die es im Vorfeld gegeben hat, Nationalratswahl und ähnliches, auch zu Meinungsverschiedenheiten kommen kann. Diese Meinungsverschiedenheiten wurden jedenfalls in der Umsetzung auf Regierungsebene ausgeräumt. Damit ein gleichlautender Beschuß in der Bundesregierung gefaßt werden konnte, hat es Verhandlungen zwischen den beiden Regierungsparteien, Bundesregierungsparteien, gegeben, denn - ich wiederhole -: die Wiener Landesregierung hat ja eine einhellige Auffassung in dieser Frage, vielleicht mit Ausnahme des Straßenbaus, wo die GRÜNEN dagegen sind, aber grundsätzlich gibt es hier eine einhellige Auffassung.

Es ist dabei in der Diskussion die Vorstellung aufgetaucht, daß zusätzlich zu diesen Infrastrukturvorschlägen, etwa 17 an der Zahl, auch die Albertina entsprechend bedient werden soll. Ich meine nun, daß dies ein durchaus tauglicher Vorschlag ist, denn die

Albertina ist in der Tat in einem erbärmlichen Zustand, und daher ist eine entsprechende Sanierung sehr begrüßenswert. Nur, was das mit der Stadt Wien zu tun hat, kann ich mir schon nicht mehr vorstellen, aber wenn der Bund, die Bundesregierung, einer nachgeordneten Dienststelle des Bundes Geld geben will für eine sinnvolle Sache, nämlich die Albertina herzurichten, dann werde ich mich mit Sicherheit nicht dagegen aussprechen.

Ich gehe daher davon aus, daß es bei dem Gespräch dieses sogenannten Umsetzungskomitees, wo es sich ja nicht um ein Verhandlungskomitee handelt, das zwischen der Stadt Wien und dem Bund eingerichtet ist, sondern um eines zwischen den beiden Regierungsparteien, zu einer abschließenden Übereinstimmung kommt. Ich bin vollkommen überzeugt davon, daß die Teilnahme von Herrn StR Görg, der von Seiten der ÖVP dafür nominiert wurde, eine große Bereicherung für die Umsetzung dieses 30-Milliarden-Pakets darstellen wird.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Dipl Ing. Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Herr Landeshauptmann! Es muß sich um ein Mißverständnis handeln. Ich habe in dieser Frage nicht gemeint, daß seit einem Jahr ein Gespenst durch die Medien geistert, sondern ich habe gesagt, daß seit einem Jahr ein sogenanntes 30-Milliarden-Paket durch die Medien geistert. Unterschiedlich wird mir immer wieder mitgeteilt, sei es jetzt vom Landeshauptmann selbst, sei es von anderen bedeutenden Persönlichkeiten, daß dieses nun vor dem Abschuß stünde, und zwar in der vollen Form und mit allem, was da drinnen festgehalten ist.

Am vergangenen Freitag etwa hat der Finanzminister Klima bei der Arbeiterkammervollversammlung noch angekündigt, daß das Paket heute, nämlich am Montag, dem 13. Mai, abgeschlossen werden soll. Einer Presseaussendung der APA entnehme ich, daß dieses 30-Milliarden-Paket verhandelt werden soll in einer Arbeitsgruppe am 15. Mai, also übermorgen.

Jetzt habe ich so den Eindruck, aber den haben natürlich viele Bürger mit mir, daß hier immer neue Termine genannt werden und diese 30 Milliarden Schilling sozusagen vor der Tür stünden, aber nicht hereinkommen.

Jetzt frage ich dich, Herr Landeshauptmann: Wie weit sind denn diese Termine mit dir abgesprochen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann:

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Du darfst vollkommen versichert sein, daß mein Verständnis für die Terminverwirrung, die gelegentlich herrscht, ein sehr hohes ist. Denn es steht außer jedem Zweifel, daß es einzelnen Bundesregierungsmitgliedern gelingt, selbst einen geeichten Wiener Landeshauptmann mit Terminen gelegentlich zu verwirren. So gesehen habe ich Verständnis dafür.

Ich muß aber gleichzeitig dazusagen: Ich habe die Rede des Herrn Finanzministers vor der Arbeiterkam-

mervollversammlung weder gehört noch gelesen. Ich messe dieser Rede natürlich große Bedeutung bei, völlig fraglos (*Heiterkeit bei der SPÖ*), aber im Hinblick auf Terminnennungen sehe ich mich mit Sicherheit außerstande, dies in jedem Detail nachzuvollziehen. Ich gestehe auch ein, mein Ehrgeiz, dies zu tun, ist relativ gering, denn unbestreitbar gibt es Wichtigeres, was wir zu tun haben.

Ich bin sehr froh darüber, daß es dem Finanzstadtrat gelungen ist, mit dem Herrn Finanzminister Einvernehmen zu erzielen über den Text, über die Vorstellungen. Da hat es natürlich im Zuge der Diskussion das eine oder andere - ich habe darauf hingewiesen - in Verhandlungen zu klären gegolten, das ist völlig fraglos.

Dieses nunmehr eingesetzte Komitee der beiden Regierungsparteien - ich wiederhole, es ist nicht eine Verhandlung zwischen der Stadt und dem Bund, sondern die beiden Regierungsparteien haben hier das Gespräch zu führen - tritt meines Wissens am 15. Mai zusammen. Ich gehe davon aus, daß dies die abschließenden Verhandlungen sind im Hinblick auf die Klärung der Umsetzung dieses 30-Milliarden-Pakets. Anders formuliert: Ich nehme an, es geht darum, daß man endgültig finalisieren kann, daß die Albertina das Geld zur entsprechenden Renovierung bekommt.

Für mich ist inhaltlich diese Sache abgeschlossen und erledigt, und ich hoffe sehr, daß wir schon im Rahmen der ersten Investitionsmöglichkeiten, die eröffnet worden sind seitens der österreichischen Bundesregierung für die ÖBB, mit dem S-Bahn-Ausbau in Wien beginnen können.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ):** Die Frage ist an sich einfach. Ich möchte jetzt nicht eingehen auf die Beweggründe oder wie das zustande kommt, daß es immer neue Termine gegeben hat. Ich weiß schon, daß das natürlich Verhandlungen auf Regierungsebene sind, aber es gab ja quasi schon eine Vereinbarung zwischen der Regierung auf der einen Seite und der Stadt Wien auf der anderen Seite.

Meine Frage ist ganz konkret: Wann, Herr Landeshauptmann, rechnest du damit, daß die 30 Milliarden Schilling nach Wien fließen werden, und zwar in welchem Zeitraum insgesamt diese 30 Milliarden Schilling vom Bund nach Wien kommen werden?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

**Lhptm Dr Michael Häupl:** Herr Klubobmann! Nur der guten Ordnung halber möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß dieses sogenannte 30-Milliarden-Paket - ein Etikett, das sich aus der öffentlichen Diskussion ergeben hat - mit 18 Milliarden Schilling in etwa von Seiten des Bundes zu sehen ist. Also von dem Herüberbaggern von 30 Milliarden Schilling ins Wiener Rathaus ist natürlich nicht die Rede. Abgesehen davon, daß diese Geldsumme dieses Haus anfüllen würde. Ich rechne damit, daß dies in einem Zeithori-

zont von acht Jahren der Fall sein wird.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Ich danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 4. Anfrage, gestellt von Herrn Abg Andreas Honay an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport. Ich bitte die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, die Frage zu beantworten.

**LhptmSt Grete Laska:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben mich gefragt, welche Initiativen Wien gesetzt hat zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für Lehrlinge.

Es ist so: Nachdem sich abgezeichnet hat, daß wir erstmals in Wien wieder mehr Lehrstellensuchende als angebotene Lehrplätze haben, waren natürlich sofort die Überlegungen wichtig, was wir tun können, um dieser Situation, daß Jugendliche kein entsprechendes Ausbildungsangebot finden, entgegenzuwirken.

Ich habe veranlaßt, daß es eine gemeinsame Initiative gibt - gemeinsam heißt in diesem Fall die Wiener Wirtschaft natürlich als wichtiger Partner, aber auch das Arbeitsmarktservice beziehungsweise Gewerkschaften und Kammern -, um gemeinsam zu überlegen, was wir alle dazu tun können, um für jene Jugendlichen eine neue Situation zu schaffen, nämlich jene, die sie sich wünschen, das heißt, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Ich muß sagen, daß ich für dieses Gespräch, das hier geführt wurde, eigentlich sehr dankbar bin und vor allem über das Ergebnis erfreut bin. Wir sind uns darüber einig, daß wir zwei Schwerpunkte setzen müssen, nämlich den einen langfristig und die anderen kurzfristig.

Langfristig ist es darum gegangen, ein gemeinsames Bekenntnis abzulegen und zu sagen: Ja, wir sind auch in Zukunft dafür, daß es in Österreich, aber besonders in Wien das duale Ausbildungssystem gibt. Es ist nicht nur wichtig, zu sagen, wir brauchen verstärkt Facharbeiter, sondern diese Facharbeiter müssen ausgebildet werden. Wien könnte letztendlich sein gesamtes Wirtschaftssystem nicht aufrechterhalten, weil wir alle wissen, daß die Mehrzahl der Wiener Klein- und Mittelbetriebe derzeit von ehemaligen Lehrlingen geführt wird. Wenn wir in die Zukunft schauen, dann müssen wir davon ausgehen, daß wir natürlich heute Lehrlinge ausbilden müssen, die später Facharbeiter werden, um dann auch diese Struktur der Wiener Wirtschaft aufrechthalten zu können.

Es gibt hier ein gemeinsame Bekenntnis und ein gemeinsames Ziel. Ich sage dem Herrn Präsidenten Nettig ein offizielles Dankeschön für seine Bereitschaft, diese Gespräche zu führen, und auch für seine Bereitschaft, Barrieren, die da und dort natürlich auf beiden Seiten vorhanden sind, zu bewältigen.

Kurzfristig - und das ist die zweite ganz wichtige Geschichte - wurde ein 10-Punkte-Programm erarbeitet. Es ist bis zum 30. Juni 1996 terminisiert. Es soll versucht werden, die Zahl der 700 Lehrstellensuchen-

den tunlichst abzubauen und ihnen Lehrstellen zu vermitteln. Es ist gelungen, gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice, hier eine besondere Aktion zu starten, nämlich all jenen Betrieben, die sich entschließen, bis zum 30. Juni 1996 einen Lehrling nicht nur aufzunehmen, sondern de facto das Lehrverhältnis beginnen zu lassen, einen Lohnkostenzuschuß für die Dauer eines Jahres in der Höhe von 2 500 S auszuzahlen - immerhin ein Anreiz, der sich auch schon bemerkbar macht, denn seit dem Start dieser Offensive ist es meines Wissens gelungen - gemeinsam mit einer großen Tageszeitung, die hier eingestiegen ist, der "Kurier" trägt diese Aktion mit, und auch dafür ein großes Dankeschön -, bereits knapp 250 Jugendliche in Beschäftigung zu bringen.

Der zweite Punkt ist: Seitens der Betriebe ist immer wieder der Vorwurf oder der Hilferuf gekommen, daß für jene Mitarbeiter, die in der Lehrlingsausbildung einzusetzen sind, Ausbildungskosten anfallen. Auch hier wurde eine Lösung gefunden, nämlich daß durch das Instrumentarium des Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds Kurskosten ersetzt werden können, um diese Schulungsmaßnahmen dementsprechend zu forcieren.

Ein dritter wichtiger Punkt ist der: Wir haben ja derzeit schon sogenannte Basismodule in den Berufsschulen für jene Lehrlinge, die eine Nachschulung oder eine Unterstützung brauchen, was ihre Sprache betrifft und ihre Sprachkompetenz, und wir wollen diese Basismodule ausweiten, auch um Nachqualifikationen zu schaffen, die nicht nur im sprachlichen Bereich, sondern auch in einzelnen Gegenständen beziehungsweise im Sozialverhalten anfallen. Auch das ist wichtig.

Die Stadt Wien hat ja bereits vor Jahren ihr Lehrstellenangebot erhöht. Während wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß viele Betriebe ihr Lehrstellenangebot reduzieren, kann die Stadt Wien - und dafür sei dem zuständigen Stadtrat gedankt - dieses hohe Angebot halten. Das heißt, die Stadt Wien bildet zurzeit nicht nur für den eigenen Bedarf aus, sondern über den eigenen Bedarf hinaus, was wichtig ist, weil wir wissen, daß die Lehrlinge der Stadt Wien eine sehr gute und eine sehr breite Ausbildung erhalten. Daher ist es wichtig, daß das in derselben Höhe, was die Anzahl betrifft, gehalten werden kann.

Ein wichtiger Punkt ist, daß es viele Betriebe gibt, die eine sehr gute Lehrlingsausbildung anbieten können, und bei anderen Betrieben taucht immer wieder das Problem auf, daß sie selbst nicht diese Kapazität aufweisen. Wir haben daher in dieses 10-Punkte-Programm aufgenommen, daß es Betrieben, die selbst nicht in vollem Umfang dieses Angebot machen können, ermöglicht wird, ihre Kapazität insofern auszuweiten, als sie bei anderen Betrieben ihre Lehrlinge mitausbilden lassen und dafür natürlich dementsprechend bezahlen.

Eine Sache, die vielleicht als Lächerlichkeit gewertet werden kann, für mich aber durchaus nicht so ist, denn in einer Zeit, wo die Situation angespannt ist,

muß man einfach jene lobend erwähnen, die versuchen, hier mitzuhelfen: Es wird eine Auszeichnung für jene Betriebe geben, die mithelfen, hier eine Entspannung herbeizuführen, eine Wiener Auszeichnung.

Wie gesagt: Die Betriebe, die bei der Aktion schon mitgemacht haben, signalisieren, daß sie sehr stolz sein werden, wenn sie diese Auszeichnung bekommen. Auch die Kammer hat sich bereit erklärt, mit einer eigenen Aktion hier mit einzusteigen, um auszudrücken, daß man so etwas nicht als Selbstverständlichkeit hinnimmt, sondern daß es uns sehr wichtig ist und wir auch nicht mit Lob sparen sollten.

Es ist auch wichtig - und das ist ein nächster Punkt -, daß die sogenannten Hauptschulexternistenkurse, die von verschiedenen Trägern angeboten werden, weitergeführt werden können, weil wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß es für Jugendliche, die keinen Hauptschulabschluß erlangt haben und ihn auch über den schulischen Weg nicht mehr erlangen können, wichtig ist, wenn sie sich nachqualifizieren können und den Hauptschulabschluß erlangen. Das ist nicht wichtig beim Einstieg in ein Lehrverhältnis, wohl wichtig aber dann für die weitere Berufslaufbahn. Daher sind wir sehr dahinter, daß diese Kofinanzierung seitens des Unterrichtsministeriums aufrechtbleibt, damit das auch in Zukunft gewährleistet ist.

Der achte Punkt ist, daß wir begonnen haben und das auch weiter ausbauen werden, in den Berufsschulen Kommunikationszentren einzurichten. Da kann man jetzt sagen: Was hat das mit der Lehrstelle zu tun? Es ist wichtig, daß jene Jugendlichen, die bereits eine Lehrstelle haben und damit in den Berufsschulen sind, davor geschützt werden, daß sie durch eigene Probleme oder durch Probleme in ihrem sozialen Bereich unter Umständen in Verlust der Lehrstellen geraten. Daher sind diese Kommunikationszentren vor allem für den sozialen Bereich sehr wichtig. Es ist eine Hilfestellung für die Jugendlichen, mit ihnen gemeinsam an ihren Problemen zu arbeiten, ihnen aber auch freizeitmäßig einige Angebote zu machen und so im sozialen Umfeld sicherzustellen, daß die Jugendlichen wirklich gut abgesichert sind.

Der neunte Punkt ist auch ganz wichtig. Es ist immer wieder der Vorwurf seitens der Wirtschaft, daß die Organisation unserer Berufsschulen nicht optimal sei. Es gibt auch hier das eindeutige Bekenntnis, je nach den verschiedenen Bereichen in eine sehr intensive Diskussion darüber einzusteigen, inwieweit die Organisationsformen der Berufsschule zeitgemäß und flexibel adaptiert werden müssen.

Der zehnte Punkt, der ebenfalls sehr wichtig ist, ist das gemeinsame Bekenntnis dazu, daß wir mittelfristig über neue Definitionen der Berufsbilder diskutieren müssen, und nicht nur diskutieren, sondern diese auch umsetzen müssen, daß wir in etwa in die Richtung der sogenannten Gruppenlehrberufe gehen, die für die Auszubildenden einfach ein breiteres Spektrum eröffnen, was sie mit ihrer Ausbildung erreichen können. Durch die Zusammenfassung in eine Berufsgruppe, wie

zum Beispiel bei den Friseuren und Friseurinnen, wo eine ganze Fülle von Berufen damit verbunden ist, kann man durch eine Effizienz und durch eine Steigerung der Attraktivität die Breite der Ausbildung betonen und für die Jugendlichen die Entscheidung für den Lehrberuf vielleicht noch attraktiver machen.

Alles in allem sind diese zehn Punkte ein erster Schritt, der Wirkung zeigt. Wie gesagt, mittelfristig und langfristig geht es darum, die Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung so zu gestalten, daß wir bewußt optimistisch in die Zukunft blicken können, und ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Danke.

**Eine Zusatzfrage? - Bitte.**

**Abg Andreas Honay (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Es ist so, daß wir in Wien lehrgangsmäßigen Unterricht - ich verwende den Begriff "flexible Unterrichtsform, lehrgangsmäßiger Unterricht" lieber als den Begriff "Blockunterricht", weil der schon sehr festgefahren ist und auch in verschiedenen Berufsgruppen gar nicht so sehr gewünscht wird - ja bereits haben. Ich nenne ein Beispiel: Bei den Malern und Anstreichern gibt es ihn bereits seit über einem Jahr, auch in der Baubranche.

Ich weiß aber auch aus vielen Diskussionen mit der Wiener Wirtschaft, daß es Branchen gibt, wo lehrgangsmäßiger Unterricht gar nicht gewünscht wird, beispielsweise im Gastgewerbebereich.

Mich würde interessieren, nachdem der Punkt 9 sehr prominent in dieser Wiener Lehrstellenoffensive angeführt ist und hier auch klargestellt wird, daß man sehr sorgfältig darauf achten muß, daß Wien als Ausbildungsstandort konkurrenzfähig bleibt zu anderen Bundesländern, wo es ja fast ausschließlich lehrgangsmäßigen Unterricht gibt, wie Sie sich den Weg zu diesen lehrgangsmäßigen Unterrichtsformen vorstellen können und was hier konkret Ihre nächsten Schritte sein werden.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

**LhptmSt Grete Laska:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte eingangs sagen, daß ich eines sicherlich nicht zulassen und tolerieren werde, auf keiner Seite: daß man festgefahren Argumentationsschienen nur deswegen nicht verläßt, weil sie halt so festgefahren sind. Wir haben die Verantwortung, und ich sehe meine Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt. Daher kann man jedenfalls nicht akzeptieren, daß es über irgendwelche derzeit geltenden Maßnahmen keine Diskussion gibt. Ich sagte schon, daß gilt sowohl für die eine als auch für die andere Seite.

Sie haben jetzt die Berufsschule angesprochen. Ich stehe daher auf dem Standpunkt, daß wir jenen Weg, der ja schon eingeschlagen wurde, wie Sie richtig erwähnt haben, konsequent forsetzen und sagen: Welche Ausbildungswege in der Berufsschule gehören organisatorisch verändert, für welche Berufsgruppen? Wo ist es unabdingbar und für die Betriebe, die ausbilden, tatsächlich notwendig, jenen Weg zu gehen,

der einmal als Blockunterricht, einmal als lehrgangsmäßige Ausbildung bezeichnet wird, was mir im Grunde genommen vollkommen egal ist? Wie kann man es so organisieren, daß das passiert, was wir uns wünschen, nämlich daß mehr Lehrlinge aufgenommen werden? Und das muß so vollzogen werden. Ich sage das ganz deutlich: Ich habe kein Verständnis dafür, daß etwa Berufsschullehrer vielleicht manchmal ein bißchen zu kurzfristig denken und sich gegen diese neue Organisation wehren, denn letztendlich können sie sich nur solange wehren, solange sie Berufsschüler haben; wenn sie keine mehr haben, können sie sich noch solange wehren, dann werden sie auch niemand mehr haben, den sie unterrichten können.

Ich weiß, daß es diese große Flexibilität auch bei Berufsschullehrern gibt. Den einen oder anderen, der vielleicht noch zögernde Überlegungen hat, werden wir mildtätig überzeugen, daß es gut sein wird, seinen Standpunkt noch einmal zu überdenken. Ich bin daher überzeugt, daß wir im gemeinsamen Interesse für die Jugendlichen Schritt für Schritt jene Bereiche neu organisieren werden, die uns dann gleichermaßen sicherstellen, daß die Betriebe mehr Lehrstellen anbieten, weil ja dann ein ganz wichtiges Argument wegfallen muß, mit dem jetzt immer argumentiert wird, nämlich daß sie eigentlich nur deshalb keine Lehrlinge anstellen, weil sie durch diese alte Organisationsform zu wenig im Betrieb und zu viel in der Schule sind.

Ich glaube, daß sich auch die Diskussion um die Erweiterung der Berufsschulzeiten dann etwas entspannen wird, weil es natürlich in dieser neuen Organisationsform nicht mehr so ist, daß man sagen kann: Na ja, jetzt nehmt ihr sie uns einen Tag weg, dann eineinhalb Tage, dann zwei Tage, und irgendwann werden sie drei Tage in der Berufsschule sein, und die Betriebe müssen das alles finanzieren. Ich glaube, auch hier wird eine Entspannung eintreten, wie schon gesagt, und ich hoffe das vor allem im Sinne derer, die wir zukünftig ausbilden.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg Andreas Honay (SPÖ):** Ein zweites Thema interessiert mich sehr aus Ihrer Sicht. Es ist ja so, daß große Betriebe, vor allem Industriebetriebe, in den letzten Wochen und Monaten Einsparungsprogramme in ihren Firmen fahren mußten. Wir müssen miterleben, daß hier besonders die Lehrwerkstätten betroffen sind, die ja zweifellos die qualifiziertesten Ausbildungssysteme anbieten, weil hier die Homogenität und die Kongruenz zwischen Ausbildung im Betrieb und Berufsschulausbildung am höchsten ist, es also an sich eine negative Entwicklung darstellt, wenn hier eingespart wird und diese Betriebe zur öffentlichen Hand kommen, zusehends auch zur Stadt kommen und nachfragen, ob denn nicht die Möglichkeit bestünde, die Lehrwerkstätten zu subventionieren. Das geht in vielen Bereichen bis hin zu 100 Prozent Subventionswünschen, also wo die Alternative dargestellt wird: Wenn ihr uns das nicht subventioniert, dann müssen

wir die Lehrwerkstätte schließen.

Mich würde da Ihre Meinung dazu interessieren. Halten Sie diese Forderung an sich für legitim, und glauben Sie, daß hier Wien einen Betrag leisten kann?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

**LhptmStv Grete Laska:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch dazu ein ganz klares Wort: Ich halte den Weg und auch den Begriff, den Sie erwähnt haben, grundsätzlich für falsch, wenn wir hier den Weg einer Subventionierung gehen würden, denn es kann nur der Weg des Leistungszukaufes der richtige sein. Ich habe das schon erwähnt. Ganz bewußt ist in dem 10-Punkte-Programm der Punkt 5 enthalten, der deutlich macht, daß es möglich sein muß, daß ein Betrieb bei einem anderen Betrieb Leistung zukauf für seine Lehrlinge.

Es muß auch gehen, daß ein Betrieb, der überhaupt keine Lehrlinge ausbildet, aus welchen Gründen auch immer - selbst wenn wir dann die Berufsschule neu organisiert haben, bildet der vielleicht noch immer keine aus -, die Möglichkeit hat, und nicht nur die Möglichkeit, sondern auch seiner Verpflichtung nachkommt - denn letztendlich sagen ja alle Betriebe, daß sie Facharbeiter brauchen, und Facharbeiter gibt es nun einmal nur, wenn Lehrlinge ausgebildet werden -, zu diesem Ausbildungssystem etwas beizutragen. Der erste Schritt ist, daß die Betriebe sagen, wir kaufen uns die Leistung woanders zu. Der nächste Schritt ist aus meiner Sicht, daß man sagt: Naja, wenn das so nicht funktioniert, wir aber trotzdem das gemeinsame Bekenntnis abgegeben haben, daß uns diese Ausbildungsform wichtig ist, dann müssen wir uns auch eine Finanzierung überlegen. Es kann keine rein öffentliche Finanzierung sein, und ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß hier jene Betriebe, die selbst nicht Lehrlinge ausbilden, aber in weiterer Folge Facharbeiter brauchen, einen Beitrag dazu zahlen, einen Beitrag dazu leisten, etwa in einen Fonds, der durchaus von der Kammer verwaltet werden kann, in einen Fonds, aus dem dann dort, wo die Kapazität von Ausbildungsstätten vorhanden ist, nämlich zum Beispiel in Lehrwerkstätten, tatsächlich die Ausbildung finanziert werden kann.

Auch hier ist es so, daß bei allem Verständnis und bei aller Toleranz eingefahrene Diskussionsschienen, wo die einen sagen, der Berufsausbildungsfonds ist etwas, worüber man nicht reden kann, so wie die anderen sagen, Blockunterricht ist etwas, da bricht sofort die Welt zusammen, meine Akzeptanz nicht finden, sondern ich bin der Meinung, daß wir über beide Punkte, vielleicht mit einem anderen Vokabel, wenn das die Sache erleichtert, sehr wohl zu diskutieren haben, um dann auch eine gemeinsame Lösung zu finden.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Ich danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 5. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg Peter Juznic an die Frau amtsführende Stadträtin

der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport. - Ich bitte Sie, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, die Frage zu beantworten.

**LhptmStv Grete Laska:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben mich nach dem Aufgabenbereich und dem Tätigkeitsfeld des mit 1. April 1996 installierten Seniorenbeauftragten gefragt, und ich sage Ihnen sehr gern, was zu seinem Aufgabenbereich gehört.

Es ist dies vor allem die Ausarbeitung von Konzepten in Seniorenangelegenheiten, einschließlich deren Abstimmung mit den betroffenen Dienststellen und Einrichtungen der Stadt Wien, also eine sehr übergreifende und vernetzende Aufgabe. Es ist dies die Mitwirkung bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für Maßnahmen im Seniorenbereich sowie bei der Erstellung von diesbezüglichen Studien. Es ist die Mitwirkung bei der Festlegung, Änderung oder Ergänzung von allen im unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang mit Seniorenangelegenheiten stehenden Maßnahmen. Es ist das die Durchführung von Koordinationsbesprechungen in Seniorenangelegenheiten mit allen Dienststellen des Magistrats, aber natürlich auch mit den zuständigen Stellen des Bundes, mit anderen Bundesländern, mit anderen Institutionen, wie zum Beispiel dem Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser und den Pensionistenverbänden.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die Führung der Geschäfte des Seniorenbeirates für Wien, der ja auch in Gründung ist. Es ist seine Aufgabe, zu beobachten, wie seniorenrelevante Entwicklungen im Ausland vor sich gehen, vor allem auch im Bereich der Europäischen Union. Es ist seine Aufgabe, Kontakt aufzunehmen mit internationalen Senioreninstitutionen beziehungsweise auch bei einschlägigen Veranstaltungen, Tagungen und Symposien teilzunehmen. Er hat mitzuwirken, daß die Information für Senioren beziehungsweise der Öffentlichkeit über Seniorenangelegenheiten effizient und gut läuft. Er hat dann vor allem auch zusammenfassend über seine Aufgaben Bericht zu erstatten, Bericht zu erstatten an mich als der zuständigen Stadträtin beziehungsweise an den Magistratsdirektor. Das heißt, er ist eigentlich eine Schlüsselstelle, der Ansprechpartner für jene Wienerinnen und Wiener, die wir zu den Senioren rechnen, und es ist das immerhin ein Zeitraum von 35 Jahren, den wir hier ansprechen. Er hat weiters die Aufgabe, die Angelegenheiten, die auf ihn zukommen, beziehungsweise die Wünsche und die Probleme, die jene Gruppe hat, dementsprechend einer Umsetzung innerhalb des Magistrats zuzuführen.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann danke ich für die Beantwortung.

Wir kommen zur 6. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg Dr Peter Pilz an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr. - Ich bitte Sie, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

**Amstf StR Fritz Svhalek:** Sehr geehrter Herr Abge-

ordneter! Nach der Nachbudgetaktion einiger steirischer Politiker wird auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit den steirischen Stellen sehr gut funktionieren. Jene Punkte, die schon bisher waren, werden nicht nur fortgesetzt, sondern natürlich auch entsprechend umgesetzt. Das beginnt logischerweise damit, daß die Beschäftigten im Höchstausmaß Steirerinnen und Steirer sind, und setzt sich insofern fort, als die Institutionen vor Ort - Vereine, Feuerwehr, Bergwacht et cetera - von der Stadt Wien unterstützt und gefördert werden.

Darüber hinaus gibt es eine entsprechende Zusammenarbeit auf allen fachlichen Gebieten, die dieses große, breite Feld der Tätigkeiten hervorbringt, und nicht zuletzt ist es auch so, daß die Stadt Wien Mitglied beim Verband der steirischen Wasserversorgungsunternehmen ist, was eine sehr wichtige Ebene der Zusammenarbeit darstellt, eine sehr wichtige Plattform der Diskussion und des Dialogs.

In dem Zusammenhang möchte ich auch auf zwei Bereiche hinweisen, wo die Stadt Wien federführend ist, um diese Zusammenarbeit und den Dialog zu fördern, das ist einerseits das Wasserleitungsmuseum und andererseits die Entwässerung von Schutzhütten, wo wir einige Punkte gemeinsam geleistet haben.

Sehr wichtig für die Zukunft ist auch, daß es gelungen ist, in Kooperation mit dem Bund und mit Bundesländern, vor allem hier Wien-Steiermark, eine federführende Beteiligung bei einem Karstforschungsprogramm im Sinne der Aktivitäten des Schutzes dieser Gebiete und Gewässer zu erreichen.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE):** Da haben sich - ich nehme an, du kennst die beiden Herren nicht, aber es hat sehr viel mit Wien zu tun - am 20. September 1995 um 11.30 Uhr im Rathaussaal der Stadtgemeinde Bruck an der Mur der Herr Wieser und der Herr Novak getroffen. Der Herr Wieser ist der Bürgermeister von Tragöß, der Herr Novak ist der Vertreter der Zentral-Wasserversorgung Hochschwab-Süd GesmbH - die kennst du -, das ist das Pendant zur Gemeinde Wien im südlichen Hochschwabgebiet, also die Organisation, die für die Wasserversorgung Graz - zentrale Steiermark zuständig ist, dort - im Gegensatz zu Wien - nicht Quellwasser, sondern Grundwasser entnimmt und ein paar sehr, sehr gefährliche Projekte plant oder bereits realisiert, wo es in der Bevölkerung bereits viele Bedenken gibt. Die treffen sich also im Rahmen der 21. Mitgliederversammlung des Wasserverbandes Hochschwab-Süd in Bruck an der Mur, und da sagt der Herr Wieser folgendes:

"Es wurde die Gemeinde Wien erwähnt. Diese ist Grundeigentümer fast des gesamten nördlichen Bereiches des Hochschwabgebietes. Es ist zu überlegen, welche Vorteile bringt das mit sich, wenn der Wasserberechtigte auch gleichzeitig Grundeigentümer ist?"

Wenn wir den Raum Tragöß betrachten, so handelt es sich hier um Privatbesitz, wir sind aber sehr wohl

wasserberechtigt. Dieses Gebiet gehört dem Forstgut Allinger-Mattner, wobei nunmehr aufgrund einer Besitzteilung der hintere Bereich Herrn Adolf Mattner gehört. Dieses Jagdgut wird sicher zum Verkauf anstehen, wobei sich hier die Frage stellt, ob wir als Wasserverband Hochschwab-Süd diese Flächen kaufen sollten."

**Der Herr Novak von der ZWHS sagt darauf:**

"Wir haben in diese Richtung Bestrebungen und werden uns bemühen, zusammen mit der Gemeinde Wien die gesamten Grundflächen käuflich zu erwerben. Es sind entsprechende Vorgespräche geführt worden, es müssen aber natürlich noch verschiedenste Details geklärt werden. Gemeinsam mit der Gemeinde Wien deshalb, weil die ZWHS beziehungsweise das Land Steiermark alleine einerseits an der ganzen Fläche nicht interessiert ist und andererseits die finanziellen Möglichkeiten hiefür nicht gegeben sind."

Und jetzt frage ich dich: Welche Rolle spielt hier ganz konkret die Gemeinde Wien? Wieweit sind die Verhandlungen über den Flächenerwerb gediehen?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Stadtrat.

**Amtsf StR Fritz Svhalek:** Die Gemeinde Wien spielt den legitimen Bereich, daß man hier Gespräche und Verhandlungen führt. Die Gespräche werden nicht nur entsprechend geführt, sondern sind auch offen. Daher sehe ich eigentlich in der heutigen Situation keine konkrete Aussage, die zu einer Situation führen würde, etwa was Verträge et cetera betrifft. Das ist in Diskussion. Und im übrigen sehe ich das Problem nicht, das du siehst.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE):** Jetzt muß ich, glaube ich, ein bißchen deutlicher werden.

Vom ganzen Zentralgebiet Süd des Hochschwabs wird die Gemeinde Wien keinen einzigen Tropfen Wasser bekommen. Das ist eine steirische Wasserspekulation der Grazer Stadtgemeinde und der dortigen Stadtwerke, an der Wien wassermäßig überhaupt kein Interesse hat.

Und jetzt frage ich dich: Warum beteiligt sich Wien an den steirischen Grundstücksankäufen, um Grundwasser für Graz dort entnehmen zu können?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Stadtrat.

**Amtsf StR Fritz Svhalek:** Also erstens wird man ja noch Diskussionen führen dürfen (Abg Hannelore Weber: *Welche Zielsetzung, bitte?*), und daher beteiligt sich die Stadt Wien nicht. Und drittens: Ich sehe das Problem nicht. Ich halte das für ausgesprochen legitim, daß eine Stadt Wien, die in den letzten Jahren und Jahrhunderten immer wieder federführend war, immer wieder überlegt hat, in welchen Bereichen sie ihre Politik macht, Diskussionen führt. Ich sehe darin eine völlig legitime Tatsache im Interesse der Wienerinnen und Wiener. (Abg Dr Peter Pilz: *Das ist ja unglaublich!*)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Danke für die Beantwortung.

Wir kommen somit zur 7. Anfrage, eingebracht von

Herr Abg Georg Fuchs an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung, und ich bitte Sie, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

Amtsf StR Werner Faymann: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Abgeordneter, Sie wissen, daß der § 15 in Wien in seiner Entwicklung eine große Bedeutung für ganz bestimmte Projekte hatte und hat. Es hat sich seine Bedeutung im Laufe der Jahre etwas geändert.

Einer der Bereiche, in denen der § 15 auch in Zukunft notwendig ist und, wie ich glaube, auch sinnvoll ist, liegt vor allem in der Mischfinanzierung. Das heißt, es entstehen in gewissen Bereichen Wiens nur deshalb Wohnhausanlagen, weil der Grundstückspreis unterschiedlich verteilt wird und jene etwa des § 15-Eigentums - um nur ein Beispiel zu sagen - mehr an Grundstückskosten beitragen als die anderen, also erst dadurch Förderung ermöglichen.

Nun, Ihre Frage zielt ja ab, ob es möglich wäre, dort Einkommensgrenzen einzuführen. Grundsätzlich wissen Sie ja, daß auch ich an die Einführung von Einkommensgrenzen denke. Wir wollen daher mit den Bauträgern einen Weg suchen, einen Zeitplan zu entwickeln, um Einkommensgrenzen beim § 15 einzuführen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Georg Fuchs (ÖVP): Herr Stadtrat, wie sehen Sie überhaupt die Entwicklung der Wiener Wohnbauleistung? Beziehungsweise wie hoch ist der Vorgriff an Förderungsmitteln für die kommenden Jahre überhaupt? Das ist nämlich auch wichtig. Und Sie wissen ja, wie werde ich bauen, wie viele § 15-Wohnungen werde ich bauen, wie viele § 2a- oder § 3a-Wohnungen. Denn Zeitungsberichten - einige Zeitungen haben ja bereits darüber geschrieben - ist zu entnehmen, daß es bei den Förderungsmitteln zu Engpässen gekommen ist. Stimmt das? Und wie schaut die Entwicklung aus? Denn es werden ja viele Wohnungssuchende, Wohnungswerber bereits mit der Auszahlung der Förderungsmittel vertröstet.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amstf StR Werner Faymann: Sie wissen, daß eine Wohnbauleistung von 10 000 Zusicherungen pro Jahr natürlich eine gewaltige Anstrengung, auch finanzielle Anstrengung, notwendig macht. Darüber hinaus, nicht zu vergessen, werden ja mit Wohnbauförderungsmitteln auch 3 Milliarden Schilling Stadterneuerung ausgelöst. Daher ist es in der Tat so, daß die Stadt alle Anstrengungen unternimmt, um dieses Wohnbauziel auch im heurigen Jahr zu erfüllen. Aber ich glaube, Sie wissen das so wie wir. Wir sind gut im Fahrplan, unser Versprechen auch im heurigen Jahr einzuhalten. In den letzten Jahren hat es immer wieder die Mutmaßung gegeben, wir werden durch Engpässe nicht in der Lage sein, unser Ziel zu erfüllen. Ich glaube, wir konnten auch in den vergangenen beiden Jahren die Erfüllung des Ziels nachweisen, so wie wir es heuer wieder

nachweisen werden, daß das Ziel von 10 000 Zusicherungen erfüllt werden wird.

Nun ist es tatsächlich so, daß wir ständig versuchen, mit den Bauträgern eine Vorgangsweise auszuloten, die es der Stadt ermöglicht, die Bezahlung der Förderungsmittel in Etappen zu gestalten. Warum? Weil es - und ich bringe das absichtlich in das andere Extrem - ja nicht sinnvoll wäre, daß die Stadt früher zahlt als unbedingt notwendig. Bauträger sind ja unterschiedlich, je nach ihren Eigenmitteln, aber vor allem unterschiedlich nach dem tatsächlichen Ablauf der Bauvorbereitung und des Baugeschehens nicht wirklich darauf angewiesen, am ersten Tag alle Förderungsmittel zu bekommen, um das andere Extrem zu sagen. Daher wurde und wird ständig mit den Bauträgern ein Weg erarbeitet, der natürlich manchesmal auch zum Unfrieden dahin gehend beiträgt, daß es sich um eine Verschlechterung einzelner Bauträger handelt, wenn man das Geld gleich bekommt, und dann bekommt man es ein bißchen später, weil man es sich leisten kann und weil es zu keinen Nachteilen insgesamt führt, sondern lediglich zu Vorteilen der Stadt. Dann gibt es natürlich auch Unzufriedene.

Ich glaube also, daß - so wie bisher im guten Klima - diese Diskussion zwischen Bauträgern und der Stadt Wien sicher auch noch zu weiteren Änderungen der Auszahlungsmodalitäten führen wird, aber keinesfalls zu Verschlechterungen für unsere Mieter.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Georg Fuchs (ÖVP): Herr Stadtrat, ich habe gefragt: Wie hoch ist der Vorgriff an Förderungsmitteln? Das haben Sie mir nicht beantwortet.

Sie haben im Wohnbauausschuß erklärt, daß Sie kein 5-Jahres- oder - meinetwegen - 2-Jahres-Wohnbauprogramm vorlegen können, weil Sie den Bedarf nicht kennen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, weil Sie verschiedene andere Faktoren nicht kennen. Aber wir haben ja in der Stadt ein Computerprogramm dafür finanziert vor einigen Jahren und auch kürzlich, und die Nachfolgeinstitution Professor Wagner der Stadt- und Regionalforschung hat ja wesentliche Möglichkeiten, hier auch Forschung zu betreiben.

Um im nächsten Jahr auch bauen zu können, müssen Sie natürlich schon Vorkehrungen treffen für Förderungen, und da ist es wesentlich: Wie hoch ist der Vorgriff an Förderungsmitteln? Das ist auch wesentlich für die Sicherung der Arbeitsplätze, Herr Stadtrat, denn wenn Sie im Wohnbauausschuß erklärt haben, Sie können nicht sagen, wie die Entwicklung geht, dann ist das eine Ungewißheit für die Arbeitsplätze. Das ist ja nicht in Ordnung.

Glauben Sie nicht, Herr Stadtrat, daß ein Wohnbauprogramm für unsere Stadt doch wichtig wäre, damit man vor allem weiß, wohin der Weg führt für die Wohnungssuchenden und für die Arbeitsplätze?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amstf StR Werner Faymann: Also ein Wohnbauprogramm für das laufende Jahr gibt es ja. Sie wissen

das ja auch.

Zur Erstellung eines 5-Jahres-Planes habe ich mir zu sagen erlaubt, daß 5- und 10-Jahres-Pläne überall gescheitert sind, auch jene, die das probiert haben. Daher ist das keine besonders nachahmenswerte Regelung. (Abg Georg Fuchs: *Beim Kommunismus und beim Sozialismus!*) Eben. Daher ist interessant, daß Sie sich dort die Anleihe nehmen. Das haben wir ja schon im Ausschuß diskutiert.

Tatsächlich wird es keinen Betrieb geben können, der sich auf fünf Jahre festlegt oder gar auf zehn Jahre, womöglich mit allen Details, wie das ursprünglich ja auch gefordert war. Ganz im Gegenteil: Es wird sinnvoll sein - und wir werden das auch weiter so halten -, Sicherheit für die Investitionen für das laufende Jahr zu schaffen, natürlich Vorsorge zu treffen, daß die Sicherheit der Investitionen auch für die Folgejahre greift. Aber da sind wir nun einmal von einer Entwicklung der Wohnbauförderungsmittel abhängig, die ja nicht zuletzt auf Bundesebene für die nächsten Jahre zu gestalten ist. Für das heurige Jahr ist das ja, wie Sie wissen, erledigt.

Daher ist auch die Frage sehr einfach zu beantworten: Wir können unsere laufenden Zahlungen, die wir jährlich haben, einerseits durch Auflösung der Rücklagen und andererseits durch Einnahmen aus den Wohnbauförderungsmitteln, die auf Bundesebene beschlossen werden, tätigen. Ganz im Gegenteil: Sie haben in den letzten Jahren kritisiert, daß wir zu viele Rücklagen angesammelt haben. Wir haben gesagt, wir haben diese Rücklagen nicht geschaffen, um sie irgendwie anders abzuziehen, sondern wir haben diese Rücklagen geschaffen, um sie dann, wenn es zur Auszahlung notwendig ist, einzusetzen.

Das heißt, unser Wohnbaubudget auch des heurigen Jahres setzt sich zusammen aus den Wohnbauförderungsmitteln, die wir vom Bund bekommen, plus Auflösung von Rücklagen, die genau dafür vorgesehen sind.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke für die Beantwortung.

Somit ist die Fragestunde beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von den Freiheitlichen zwei vorliegen.

Die Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Dr Rüdiger Stix, DDr Eduard Schock, Walter Prinz und Johann Römer haben eine an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend 30-Milliarden-S-Paket eingebracht. Gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurden die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt.

Da dieses Verlangen von der im § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet ist, haben die mündliche Begründung und die Debatte über den Gegenstand vor Schluß der öffentlichen Sitzung zu erfolgen.

Vor Sitzungsbeginn sind von den Landtagsabgeordneten der Österreichischen Volkspartei drei, von den Freiheitlichen vier und zwei 3-Parteien-Anträge von GRÜNEN, ÖVP und Freiheitlichen eingelangt.

Den vier Fraktionen wurden vor Sitzungsbeginn alle Anträge schriftlich bekanntgegeben. Überdies werden diese dem Sitzungsprotokoll im Wortlaut beigelegt.

Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Die Abgen Ing Horst Georg Riedler, Günther Reiter, Walter Prinz, Dipl Ing Dr. Herlinde Rothauer, Günter Kenesei und GenossInnen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Garagengesetz und die Wiener Bauordnung geändert werden, eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien zu.

Die Abgen Ing Horst Georg Riedler, Günther Reiter, Walter Prinz, Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer, Günter Kenesei und GenossInnen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (Techniknouvelle), eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien zu.

Die Abgen Ing Horst Georg Riedler, Günther Reiter, Walter Prinz, Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer, Günter Kenesei und GenossInnen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien und das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren geändert wird, eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien zu.

Von der Bezirksvertretung Josefstadt wurde gemäß § 104 der Wiener Stadtverfassung ein Antrag betreffend die Abänderung der Bauordnung für Wien eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem amtsführeren Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien zu.

Wenn dagegen kein Einwand erfolgt, nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor: Die Postnummern 10, 9, 8, 3, 4, 5, 6, 7, 1 und 2 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. - Ein Einwand erfolgt nicht. Ich werde daher so vorgehen.

Postnummer 10 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über den Nationalpark Donau-Auen, Wiener Nationalparkgesetz. Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Svhalek. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Es liegt dieses Gesetz mit sehr wichtigen Elementen zur Schaffung eines Nationalparks Donau-Auen

vor. Wir haben mit dieser Vorlage auch jene Punkte berücksichtigt, die zur Abstimmung mit dem beteiligten Land Niederösterreich und mit den Bundesstellen notwendig waren und sind, etwa die legistischen Abstimmungen mit dem Land Niederösterreich, wir haben aber natürlich auch die entsprechenden Gespräche mit den Ministerien geführt, die betroffen sind.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß dieses Gesetz die internationale Anerkennung nach den IUCN-Richtlinien gewährleisten wird, und daher ein wesentlicher Punkt der Forderungen Wiens erfüllt ist.

Ebenso ist ziemlich genau und deutlich auch die Form der zukünftigen Tätigkeit der Forstverwaltung dokumentiert. Auch die sehr wichtigen Bereiche der Fischerei und der Jagd sind darin geregelt.

In diesem Zusammenhang darf ich noch darauf verweisen, daß wir einen Nationalparkbeirat einführen werden, der nicht nur die Vertreter der Wirtschaftskammer Wien, der Wiener Landwirtschaftskammer, der Kammer für Arbeiter und Angestellte - nicht nur sehr wichtig für die zukünftige Arbeit -, den Landesjagdverband und den Wiener Fischereiausschuß berücksichtigt, sondern auch fünf Vertreter von in Wien tätigen und landesweit bedeutsamen Natur- und Umweltschutzvereinigungen einschließen soll.

Darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, zählt dieses Gesetz auch als wichtige Sicherung eines ökologisch bedeutsamen Raumes, der dadurch für alle Zeiten in seiner Vielfalt von Flora, Fauna und Tierwelt erhalten bleibt.

Falls es Diskussionen dazu gibt, bitte ich die Frau Präsidentin, die Debatte zu eröffnen.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Weber. Ich erteile es ihr.

**Abg Hannelore Weber (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Wir beschließen heute - nach mehr als elf Jahren - das Wiener Nationalparkgesetz. Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, noch kurz eine Rückschau vorzunehmen.

Es war am 10. Dezember 1984 um 15.30 Uhr, als nach vorhergehendem brutalen Einsatz der Gendarmerie gegen Hunderte von Naturschützern der erste Baum in der Au gefällt wurde. Diese Bilder gingen durch die Medien und haben Österreichweit eine Bewegung hervorgerufen, die von den Menschen vom Burgenland bis nach Vorarlberg, von StudentInnen bis zu PensionistInnen, von Arbeitern bis zu Künstlern und von Arbeitslosen bis zu Bankdirektoren unterstützt wurde. Quer durch die ganze Bevölkerung haben die Leute die

Wichtigkeit dieses Widerstands erkannt und in der Au einen gewaltfreien Widerstand geleistet.

Doch es kam noch ärger. Die Bundesregierung war noch immer nicht einsichtig. Es war genau am 19. Dezember 1984, als um 6.00 Uhr morgens die Exekutive mit Hunden und Gummiknöpfen brutal gegen die Demonstranten in der Au, die dort trotz Bedrohungen von Kälte und Hunger durchgehalten haben, vorging. Als diese Bilder in den Medien erschienen, marschierten in Wien 40 000 Menschen für diese Au zum Ballhausplatz. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Ich möchte heute die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei all diesen Menschen zu bedanken, daß sie damals zivilen Widerstand geleistet haben und den Naturschützern zur Seite gestanden sind. Denn nur ihnen haben wir es zu verdanken, daß wir heute hier ein Wiener Nationalparkgesetz verabschieden können und daß die Nachdenkpause, die der damalige Kanzler, Herr Dr Sinowatz, zur Einleitung des Weihnachtsfriedens erklärte, in Wien ein Ende gefunden hat.

Weil oben auf der Galerie Ulli Eichelmann sitzt, möchte ich mich auch bei ihm ganz besonders bedanken, stellvertretend für alle Umweltschützer, die bis heute meinungsbildend unterwegs waren und die wirklich verhindert haben, daß östlich von Wien vielleicht ein Bonsainationalpark zusammen mit einem Kraftwerk errichtet werden könnte.

Nun ist es soweit, daß eben östlich von Wien ein Nationalpark entsteht. Ich wünsche mir aber die Ausweitung Richtung March-Auen. Das wäre auch noch erstrebenswert. Die Grundlagen haben wir jedenfalls geschaffen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Besonders freut es mich - und so stelle ich mir gerade in diesen wichtigen Punkten Kommunalpolitik auch vor -, daß wir wirklich gemeinsam mit Umweltorganisationen und mit den Umweltsprechern aller Fraktionen ein Gesetz geschaffen haben, in dem alle diese Punkte berücksichtigt worden sind, angefangen von der verstärkten Einbeziehung der Öffentlichkeit, daß die IUCN-Kriterien in diesem Gesetz Niederschlag finden, daß es eine verbesserte Parteienstellung für die Nationalparkverwaltung und die Wiener Umweltwirtschaft geben wird und daß wir nun auch gemeinsam darangehen können, eine Vereinbarung mit dem Bund zu treffen.

Es ist nämlich nicht so, meine Damen und Herren, daß mit der Verabschiedung eines Gesetzes alles gerichtzt ist. Hier brauchen wir noch finanzielle Mittel.

Wir brauchen auch eine gute Nationalparkverwaltung. Da fängt es schon wieder an, was ich sehr bedauere. Kaum wird in dieser Stadt und diesem Land etwas Gutes vollbracht, geht es schon wieder los und der große Proporz schlägt zu. Wir brauchen auf einmal drei Geschäftsführer in dieser Nationalparkverwaltung.

**Entschuldigung, Herr Klubobmann Svoboda,** wenn Sie mir etwas zu sagen haben, dann sagen Sie es mir. Ich kann die Gebärdensprache noch nicht. (*Abg Ing Karl Svoboda: Nein, das betrifft nicht Sie! Es betrifft die Frau Präsidentin! Ich zeige ihr nur die Uhr!*) Ent-

**schuldigung, ich dachte, Sie gebärden mir irgend etwas!**

Es geht also um die Verwaltung, wo jeder im Rahmen des Sparpaketes, angefangen vom Staatssekretär Schlögl, von sparsamer und schlanker Verwaltung spricht. Ausgerechnet hier wird ausgeweitet. Man besteht darauf, daß es drei Geschäftsführer geben soll, wobei ich die Begründung überhaupt nicht einsehe: Es könnte doch nicht sein, daß ein verbeamteter Forstmann der MA 49 oder ein verbeamteter Forstmann der Bundesforste sich von einem Geschäftsführer der Nationalparkverwaltung, der durch Ausschreibung aus den sich Bewerbenden ausgesucht wurde und der Beste sein soll, etwas sagen lassen müssen, und wir bräuchten deshalb gleichzeitig noch einen Geschäftsführer der MA 49 und einen Geschäftsführer der Österreichischen Bundesforste.

Jetzt frage ich mich: Sprechen die beamteten Forstleute der Bundesforste oder der MA 49 eine andere Sprache? Spricht ein fähiger Geschäftsführer eine andere Sprache? Brauchen wir diese beiden Geschäftsführer, damit sie Übersetzung leisten? Was soll das bitte?

Ich appelliere an den Umweltstadtrat, sich wirklich noch einmal zu überlegen, ob wir uns nicht in diesem Sinne für eine schlanke Verwaltung, die dann eben von den Umweltorganisationen und vom Nationalratbeirat überprüft werden kann, entscheiden können.

Ich möchte auch darauf eingehen - weil es mich bei den Verhandlungen so verblüfft hat, daß es von Ihrer Seite kommt -, daß es doch nicht sein kann, daß jemand von der MA 49 etwas macht, was ihm ein anderer sagt. Es gibt so viele Varianten von Beamtenlösungen, die ich in diesem Hause erlebt habe. Auch dieses Problem könnte geklärt werden.

Sie haben es geschafft, daß Sie Amtssachverständige in internationale Expertenkomitees schicken, die dann zum Beispiel als Amtssachverständige eine Rauchgaswäsche beurteilen können, welche sie vorher ausgesucht haben. Es würde ja an Kindeswieglegung grenzen, wenn dieser anders entschieden hätte.

Ich habe erlebt, daß die kontrollierende Behörde - wie die MA 45 - bei einem Deponiebau auch die bezahlte Bauaufsicht übernimmt, um angeblich besser kontrollieren zu können. Für mich sind das bezahlte Beamte, die eingesetzt werden, die nicht die Kontrolle über das, was dort ist, ausüben können, wenn sie selbst die Bauaufsicht machen.

Die letzte Variante, die Ihnen gelungen ist - anscheinend hängen Sie so an drei Geschäftsführern - ist die Geschäftsführung in den EBS, wo wir auf einmal einen dritten Geschäftsführer brauchen. Das war der Fall der Karenzierung eines Beamten samt Sekretärin, wo bis heute nicht klar ist, warum wir dort einen dritten Geschäftsführer brauchen. Bis heute ist nicht klar, was die weiteren erweiterten Aufgaben der Geschäftsführung dort sind. Auch die Pensionierung des derzeitigen Geschäftsführers, Herrn Ruggenthaler, kann es nicht sein, denn dieser Beamte ist auch nicht so viel

jünger, daß man sagen kann, hier kommt ein ganz junger nach.

Also, meine Damen und Herren, Sie wären gut beraten, wenn wir in diesem Sinne wirklich auch von Wien aus jene Vorschläge aufnehmen, daß es um eine schlanke Verwaltung gehen sollte.

Auch die Kostenfrage ist für mich nicht geklärt. Wenn Sie sagen, diese Geschäftsführer kosten uns nichts, frage ich Sie: Wem gehen sie dann in Wien ab? Entweder haben sie dort eine Tätigkeit auszuführen, die es notwendig macht, zwei weitere Geschäftsführer einzustellen - dann können sie aber nicht gleichzeitig in der MA 49 oder in den Bundesforsten tätig sein, weil sie ja dort abgehen würden, wenn es so ausführlich ist - oder, wenn dem aber nicht so ist, brauchen wir sie dort in der Verwaltung nicht.

Ich denke mir, die Hintergründe sind schon ersichtlich, denn jeder will hier wieder seine Parteifinger drinnenhaben. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, nehmen Sie Ihre Parteifinger aus dieser Nationalparkverwaltung heraus, denn dieser Nationalpark ist nicht der Nationalpark der Wiener SPÖ. Er ist auch nicht der Nationalpark der niederösterreichischen ÖVP. Er ist nicht der Nationalpark der großen Koalition oder der Bundesregierung. Er ist der Nationalpark aller Österreicherinnen und Österreicher, alle Wienerinnen und Wiener, die sich vor mehr als elf Jahren für die Rettung der Au eingesetzt haben.

Handeln Sie danach! Machen Sie nicht wieder eine Ausweitung in Richtung Proporz und ähnliches mehr! Man sollte sich wirklich von diesen Dingen verabschieden!

Wir können auf der anderen Seite trotz aller langer, heftiger und sachlicher Diskussionen, die wir in diesem Zusammenhang im Naturschutzbeirat, aber auch im Landtag und im Gemeinderat geführt haben, heute dieses gute Gesetz gemeinsam verabschieden.

Ich erlaube mir aber noch, einen anderen Hinweis darauf zu geben, was sich in den letzten Wochen in Wien abgespielt hat, und bedauere es besonders, in diesem Zusammenhang den amtsf StR Hannes Swoboda zu erwähnen, weil ich diesen persönlich sehr schätze. Es geht dabei sehr wohl um zukünftige Umweltpolitik, um zukünftige Antiatompolitik und es geht auch um die zukünftige Agrarpolitik, die Österreich zum Beispiel im Europäischen Parlament zum Tragen bringen könnte.

Der Herr amtsf StR Swoboda als Österreichweiter Spitzenkandidat der SPÖ hat sich einfach 9 Millionen aus seinem Budget zur Verfügung gestellt und entgegen den Zusagen - wie mir bekannt ist -, daß mit allen Fraktionen gesprochen werden soll, mit allen Fraktionen verhandelt werden soll und alle Fraktionen die Gelegenheit bekommen werden, in dieser Causa in den Informationswochen ihre Sicht zu Europa darzustellen, dies nicht gehalten. Letzten Endes wurde hier die Chance vertan, auf sachlicher Ebene unsere gemeinsamen Wiener Vorstellungen zu einem Europa zu diskutieren.

Ich finde es wirklich bedauerlich, daß auch StR Swoboda in die alten Hatzl-Manieren zurückverfällt und daß wir heute wieder dort gelandet sind wie vor zwei Jahren, als wir uns "Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat, weil daham daham ist" anhören konnten und keine Chance zu gemeinsamen und sachlichen Informationen sowie zu gemeinsamen und sachlichen Diskussionen bekommen haben. Wir haben die Chance vertan.

Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir im Europaparlament gemeinsam eine Wiener Antiatompolitik betreiben und wie wir im Europaparlament gemeinsam zur Wasserpoltik Stellung nehmen können, wenn jetzt schon dieses Vertrauen gebrochen wurde. Gerade in der Antiatompolitik wissen Sie genau, meine Damen und Herren - wo die größten Verfechter dafür auch in Ihren Fraktion im Europaparlament sitzen, denn auch in Ihren Fraktionen sind sie sehr stark vertreten -, wir werden dort die Unterstützung eigentlich aller österreichischen Europaparlamentarier brauchen, um weiterzukommen und das umsetzen zu können, was wir in diesen fünf Jahren an Resolutionen immer wieder verabschiedet haben.

Weil wir schon beim "Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat" gelandet sind - hier hat sich in den letzten Tagen etwas ereignet, was mich besonders empört hat und was ich nicht für möglich gehalten habe. Das ist die Aussetzung der Generäpfel seitens jener Bewerber, die das tun wollten im voraus, weil sie sozusagen behaupten, daß ihnen eine Zusicherung seitens der SPÖ-Gesundheitsministerin signalisiert wurde. Hier vermisste ich Ihre Empörung. Ich vermisste die Empörung der Gesundheitsministerin, denn das, meine Damen und Herren, hätte genauso auf irgendeinem Feld in Wien passieren können.

Sind Sie wlich wirklich darüber klar, was hier passiert ist und welchen Gefahren wir hier ausgesetzt sind?

Kein einziger von Ihnen hat bis jetzt dazu Stellung genommen. Sogar die Gesundheitsministerin hat sich vorbehalten, bis heute darüber nachzudenken, statt daß sie empört - wie sie das in manchen Dingen tut -, ganz vehement, emotional und auch sachlich ihre Ablehnung zum Ausdruck gebracht hätte. Eigentlich hat alles geschwiegen, sodaß ich den Eindruck gewinnen müßte, es wäre Ihnen sowieso egal und Sie haben eigentlich überhaupt keine Ahnung über die Gefahr dieser genmanipulierten Lebensmittel.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal betonen, daß es nicht nur ganz wichtig für die Kommunalpolitik, sondern auch für eine gemeinsame Europapolitik ist, daß, wo es sachliche Übereinstimmung geben kann, zusammengearbeitet werden muß. Das Nationalparkgesetz ist ein positives Beispiel dafür. Der EU-Frühling der Wiener SPÖ hingegen ist das negativste und beschämendste Beispiel, wie man nicht Politik machen soll! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Ingrid Smekal: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Abg Dr Hawlik. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Johannes Hawlik (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

"Der Donaustrom und der Wald gehören zum Bestandteil unserer seelischen Landschaft" hat Jörg Mauthe in einer Studie "Die Sprache der Mächtigen und der Ohnmächtigen am Beispiel Hainburg" gesagt.

Diese seelische Landschaft scheint zumindest mit der Beschußfassung zum Nationalpark in Niederösterreich und in Wien gerettet. Insofern muß man sich freuen, wenn eine lange, fast über ein Jahrzehnt währende Nachdenkphase, doch zu einem Erfolg geführt hat.

Auch meine Vorrednerin hat schon erwähnt, daß es nicht ein Erfolg derjenigen ist, die jetzt den Nationalpark beschließen, sondern ein Erfolg derjenigen, die damals draußen gesessen sind und sich gegen die Verbauung des Gebiets gewehrt haben. Dafür gebührt ihnen wirklich Dank. Diejenigen, welche den Nationalpark eröffnen, werden andere sein. Der Dank dafür gebührt aber jenen, die das Gebiet erhalten haben. Das sei auch bei der Beschußfassung dieses Gesetzes an die Spitze gestellt.

Mauthe schreibt in seiner Studie weiters: "Der Baum ist so wie die Menschen leben sollen nämlich mit Wurzeln."

Hainburg war nicht nur ein Kampf um die Au, sondern Hainburg war auch ein Kampf um die Qualität der Demokratie. Es war ein Kampf um die Qualität der Wissenschaften in ihrer Beratungsfunktion. Es war eigentlich ein Kampf um die Existenzfragen wie Wasser und Wald und ob es hier Kompromisse geben kann. Und es war natürlich auch ein Kampf um die Frage, wieviel Energie man benötigt, welchen Lebensstil man haben muß oder wieviel "Erde braucht der Mensch". Das waren alles Fragen, die im Zusammenhang mit dem Bau des Kraftwerks Hainburg aufgeworfen wurden.

Man kann sagen, daß manche Dinge in der Politik positiv aufgenommen wurden. Wir haben gelernt, daß Umweltschützer nicht nur rabiate Leute sind, die irgend etwas behaupten, sondern es ist in verschiedenen Diskussionsplattformen gelernt worden, daß mit dem Kampf um die Natur ein ganz wesentlicher Wert einzubringen ist.

Die Plattformen, die es gegeben hat - unter anderem auch die Gesellschaft für Umwelt und Technik, die damals entstanden ist und bis heute existiert, aber auch die vielen anderen eigentlich aufgewerteten Naturschutzorganisationen -, gibt es heute noch. Sie spielen im politischen Meinungsprozeß eine ganz entscheidende Rolle.

Welche entscheidende Rolle sie spielen, zeigt auch das Gesetz. Die Naturschutzorganisationen in Wien und in Österreich haben wesentlich zur Gesetzesförderung beigetragen, wofür auch ihnen gedankt werden soll.

Natürlich gibt es auch Dinge, welche nicht in dem Ausmaß berücksichtigt geblieben sind.

Die Frage der Energie ist bis heute unbefriedigend gelöst. Wir haben noch immer weder in Wien noch im Bund ein Energiesparkonzept. Die Nutzung alternativer Energien passiert eigentlich eher zufällig aufgrund persönlichen Engagements, aber nicht aufgrund wirtschaftlicher Erkenntnisse. Die Tarife beziehungsweise die Einspeistarife für jene, die alternative Energie erzeugen, sind in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Hier gibt es also noch einen großen Nachholbedarf. Die Nachdenkphase, die bereits sehr lange gedauert hat, hat hier noch wenig erbracht.

Ich möchte beim vorliegenden Nationalparkgesetz gar nicht darüber reden, was wir vielleicht verabsäumt haben. Ich will nicht darüber reden, daß es wahrscheinlich klüger gewesen wäre, vor den Niederösterreichern ein Gesetz vorzulegen, um eine qualitätsmäßige Latte vorzulegen. Ich will nicht darüber reden, daß wir eine Nationalparkkampagne um 10 Millionen S in Wien gemacht haben, obwohl ohnehin alle dafür waren und die 10 Millionen S sicher sinnvoller hätten eingesetzt werden können. Ich will auch gar nicht darüber reden, daß das Gesetz wahrscheinlich früher dem Landtag hätte vorgelegt werden können.

Worüber ich aber reden will, ist, daß dieser Erfolg, der mit dem heutigen Gesetz passiert, nicht verloren geht, und zwar durch nachfolgende Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Nationalpark geschehen sollen. Ich meine damit, daß viele Dinge noch offen sind und einige Dinge noch in die richtige Richtung bestimmt werden müssen.

Offen ist - das möchte ich deutlich sagen -, wäre es bis heute auch nicht möglich war, etwas über diesbezügliche Verhandlungen zu erfahren:

Offen sind die Entschädigungsfragen für die Wiener Bauern in der Donaustadt. Diese sind nicht geregelt. Da es um die Existenz von Bauern geht, wäre es notwendig, daß man die Entschädigungsfragen löst.

Offen ist die Frage der Entschädigung für die Gemeinde Wien, ob es notwendig ist, quasi das gesamte Gebiet jährlich entzünden zu lassen, das seit 1978 eigentlich Vollnaturschutzgebiet ist und von dem wir wissen, daß die Bewirtschaftung weit weniger kostet als der Personalaufwand. Jagd, Fischerei und Forst kosten nämlich im Lobaugebiet jährlich 4,5 Millionen S. Das Personal dafür im selben Gebiet kostet aber 27 Millionen S, also etwa 7mal so hohe Kosten als für die Bewirtschaftung des Gebiets. Das ist entschieden zu viel.

Wenn man den Vergleich zieht, daß die Lobau um die Hälfte kleiner ist als das Gebiet in Niederösterreich, muß man dazusagen, daß die Kosten aber doppelt so hoch sind. Das darf doch nicht sein, daß der Personalbestand im um die Hälfte kleineren Gebiet in Wien als in Niederösterreich auch doppelt so hoch ist. Hier ist eine Unebenheit vorhanden - sagen wir es einmal so -, und daher kann man diese Art von Ablöse sicher nicht befürworten.

Noch viel entscheidender ist aber die Frage der Organisation. Ich möchte klar sagen: Wir sind für klare

politische Entscheidungsstrukturen, und wir sind gegen einen aufgeblähten bürokratischen Verwaltungsaufbau. Die Natur kennt keine Bürokratie. Daher soll ein Nationalpark auch nicht wie ein Amt geführt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist ein Anachronismus, daß ein Nationalparkgebiet, welches das kleinste in Österreich ist, die meisten Direktoren haben soll. Drei Direktoren und zwölf Aufsichtsräte und überdies drei unterschiedlich politisch Verantwortliche. Das kann es doch nicht sein.

Es ist eine deutliche Unvereinbarkeit mit Auftragnehmern und Auftraggebern gegeben, die ident und meistens sogar auch noch im Aufsichtsrat sind. Da kontrolliert sich quasi derjenige, der die Arbeit bekommt, selber. Das ist in einem Betrieb - unabhängig einmal von den Kosten, aber von der Struktur her - unmöglich. Man kann nicht Diener zweier Herren sein. Und man kann auch keine Doppelbezahlungen befürworten.

Wir sind für eine schlanke Verwaltung, für einen stufenweisen Aufbau dieser Verwaltung. Wir sind dagegen, daß das gesamte Personal - von dem ich schon gesagt habe, daß es zuviel ist - quasi in einem in die Nationalparkverwaltung übertragen wird.

Wir sind für eine klare Aufgabenstellung der Geschäftsstelle und Kooperation mit externen Partnern. Das heißt, kleiner Apparat und zusätzlich die Dienstleistungen, die man benötigt, einkaufen.

Wir sind für einen Direktor, der überdies öffentlich ausgeschrieben wird, denn die Direktoren, welche jetzt im Gespräch sind, sind quasi die ernannten Beamten aus den verschiedenen Forstverwaltungen. Das kann es doch auch nicht sein. Direktor soll werden, wer öffentlich ausgeschrieben ist und der für diese Profession auch entsprechende Qualifikation mitbringt.

Es können auch ruhig weniger Aufsichtsräte werden. Da bin ich einmal der Gemeinde Wien für die Beweglichkeit dankbar, daß sie gesagt hat, sie käme auch mit einem aus. Was die Aufsichtsräte betrifft, sollte hier auch der Bund abschicken, der ebenso eine schlanke Verwaltung will und der schlanken Verwaltung sinnvollerweise das Wort redet.

Eine Aufstellung zeigt nämlich ganz deutlich, was eine schlanke Verwaltung bedeuten würde. 86 Beschäftigte gegenüber etwa 17 am Anfang bei einer schlanken Verwaltung, bei Vollausbau vielleicht 50 Beschäftigte. Die Kosten - ich will gar nicht von den Betriebskosten reden - würden analog zu den Personalkosten bei einer zentralen Verwaltung an die 100 Millionen S ausmachen, bei einer schlanken Verwaltung etwa die Hälfte gegenüber dem Vollausbau.

Meine Damen und Herren, lassen wir uns den Erfolg, den wir mit der Vorlage des Gesetzes - das lange gebraucht hat - geschafft haben, jetzt nicht nehmen, indem wir nachfolgend eine aufgeblähte Bürokratie aufbauen. Es geht auch anders. Natur kennt keine Bürokratie! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg Schöfnagel. Ich ertei-

le es ihr.

Abg Barbara Schöfnagel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Wie wichtig uns der Beschuß des Nationalparkgesetzes ist, können wir heute an den Zuhörern sehen. Gesagt wurde, wir wollen es als ersten Tagesordnungspunkt behandeln, weil es uns ein wesentliches Anliegen ist. Ich weiß nicht, wessen Anliegen dies ist. Einzelnen ganz bestimmt, aber die große Masse von allen Fraktionen ist eigentlich desinteressiert. Das bedauere ich, aber es freut mich, daß wenigstens Umweltschützer hier sind, die sehr wohl Interesse an dem Ganzen haben. Die Politiker - möchte ich sagen - sind leider Gottes für dieses Gesetz nicht so sehr engagiert, wie wir es gern möchten.

Alle diejenigen, die 1984 in der Au gewesen sind, wissen noch, wie es damals zugegangen ist. Sie wissen ganz genau, welches Anliegen es nicht nur für diese Menschen war, sondern daß es dann auch österreichweit mitgetragen wurde.

Heute, nachdem das Gesetz so lange dahingeschleppt wurde und das Gesetz so lange dahinvegetiert hat, sagt man wir wollen es, aber - das möchte ich schon auch sagen - in Wirklichkeit wird das Ganze nicht so mitgetragen, wie wir es uns wünschen.

Ich hoffe sehr, daß es in Zukunft einmal so weit ist, daß alle Menschen in unserem Land - die Politiker und die Verantwortlichen, auch diejenigen, die den Nationalpark betreiben - entsprechend dazu stehen und für dieses Gesetz und die Umsetzung des Gesetzes da sind.

Es wurde schon etliches gesagt. Ich glaube, man muß nicht alles wiederholen. Trotzdem möchte ich ganz kurz erwähnen, das erstmal wurde der Gedanke des Nationalparks nicht erst 1978 - wie hier gesagt wurde - aufgegriffen, sondern bereits 1973 erfolgte die erste planlich dokumentierte Nationalparkidee. Das heißt, es ist 22 Jahre her, seitdem wir über diesen Nationalpark sprechen.

1978 ist - wie bereits gesagt wurde - die Planungsgemeinschaft Ost entstanden, die sich konkret um die Umsetzung dieses Nationalparks bemüht hat. Dann wurden viele Schritte zum Landschaftsschutzgebiet gesetzt. 1979 wurden dann die March-Donau-Auen erklärt. Aber erst - wie bereits erwähnt wurde - 1984 wurde durch die Demonstrationen und die Aubergerbeiter die Diskussion angezeigt und eine wesentliche Bewußtseinsbildung erreicht, sodaß wir feststellten, wir wollen diesen Nationalpark haben, ihn umsetzen und nach Möglichkeit an einem Strang ziehen, um dies auch zu erreichen.

Ziel war es, den Nationalpark als ein Gebiet, das sich durch weitgehende Ursprünglichkeit und durch ganz besondere Schönheit beziehungsweise Eigenart des Landschaftsbilds auszeichnet, im nationalen und gesamtstaatlichen Interesse zu erhalten.

Die Diskussionen, welche in der Folge stattgefunden haben, sind zum Teil wesentlich gewesen, haben

aber leider sehr lange gedauert. Sie waren aber notwendig, um zum heutigen Ergebnis zu kommen.

Man durfte die Grundwassereintiefung - also die Solestabilisierung - der Donau nicht außer acht lassen. Aber auch die Grundwasserverluste, die in weiten Gebieten Niederösterreichs eventuell entstehen könnten, mußte man bedenken. Man hat im Zuge dieser Entwicklung das Ramsaer Abkommen geschafft, aber auch versucht, dieses zu erhalten. Man mußte die ganzen naturrechtlichen Aspekte in Betracht ziehen, ebenso die Entschädigung der Landwirte und auch die Einbeziehung des Kraftwerks.

In langen Phasen dieser Entwicklung gab es immer wieder die Diskussion, ob sich der Nationalpark mit einem Kraftwerk vereinbaren läßt. Schlußendlich ist man dann zu dem einhelligen Beschuß gekommen, daß sich dies nicht vereinbaren läßt.

Ich hoffe, es bleibt dabei, daß die Freudau das letzte Kraftwerk ist, welches am Rande des Nationalparks errichtet wird, und daß nicht noch einmal ein Umschwung kommt und ein weiteres Kraftwerk östlich von Wien erbaut wird.

Die Millionenbeträge, welche für Forschung, für Planung und so weiter ausgegeben wurden, haben wir schon oft bekrittelt. In den vielen - also jetzt 22 - Jahren war es immer wieder notwendig, Geldzuschüsse zu geben und die Planungsgemeinschaft zu finanzieren. Für unser Dafürhalten ist das Ganze ein wenig ausgefert.

Unserer Meinung nach wurde auch in Niederösterreich vieles falsch angepackt. Die Anliegergemeinden wurden so informiert, daß sich die Bevölkerung massiv dagegen gewehrt hat. Die ersten Volksbefragungen sind zum Großteil negativ ausgefallen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß das vor allem aufgrund falscher Information geschehen ist. Zum Teil hatten die Leute aufgrund der Informationen Angst, daß sie nicht mehr auf ihr Grundrecht zurückgreifen können, ihren eigenen Grund nicht erhalten können und die Jagd und die Fischerei plötzlich völlig abgeschnitten sind. Genau das wollten wir aber alle nicht.

Zum Nationalparkgesetz selbst möchte ich sagen, die zuständigen Behörden, welche dieses ausgearbeitet haben, haben etwas Wesentliches geleistet. Wir waren einhellig der Meinung, die Bemühungen um dieses Nationalparkgesetz waren gut, auch wenn ganz gewisse Diskussionen noch stattgefunden haben beziehungsweise die Meinungen in einzelnen Punkten unterschiedlich waren.

Hier möchte ich nicht verhehlen, daß es mich bis heute noch ärgert und aufregt, wie man hier politisch agiert hat. Ich kann mich noch gut erinnern, daß wir - alle drei Oppositionsparteien vor Ostern gebeten und einen Antrag eingebracht haben, damit Gespräche mit den Oppositionsparteien und mit den Umweltschützern noch vor der Beschußfassung stattfinden sollen. Aber was ist geschehen?

Der Umweltausschussvorsitzende Effenberg hat erklärt, das brauchen wir nicht. Es sei sowieso alles da,

wir bekämen das dann nachher und hätten dann genug Zeit, darüber zu reden. Das war damals wirklich lächerlich! (Abg Franz-Karl Effenberg: *Das ist aber eine Interpretation, die nicht ganz richtig ist!*)

Lesen Sie es doch im Protokoll nach! (Abg Franz-Karl Effenberg: *Das brauche ich nicht!* - Abg Johannes Prochaska: *Das wird wahrscheinlich noch ärger gewesen sein!*) Der Herr Stadtrat hat dann gesagt, wir würden darüber reden. (Abg Franz-Karl Effenberg: *Aber eingeladen haben ich!*) Es war damals eine wirklich lustige Situation, daß ein Stadtrat - und das habe ich damals schon gesagt - gemeint hat, er stimme dafür, daß wir ein Gespräch führen, aber kein Stimmrecht im Gemeinderat hat und die ganze sozialistische Fraktion abgelehnt hat, überhaupt vor der Beschußfassung im Stadtsenat einem Gespräch zuzustimmen.

Daß nachher Gespräche stattgefunden haben, hat der Druck bewirkt. Ich will nicht verhehlen, daß nach der Beschußfassung im Stadtsenat Gespräche stattgefunden haben. (Abg Franz-Karl Effenberg: *Aber das ist doch überhaupt nicht wahr!*) Wenn Sie an Gedächtnisverlust leiden, tut es mir leid! (Abg Franz-Karl Effenberg: *Ich habe gesagt, daß wir nach Einbringung in die Landesregierung noch Gespräche führen werden!* Bleiben Sie bitte bei der Wahrheit, Frau Kollegin!) Es wurde abgelehnt, Gespräche vor der Stadtsenatssitzung zu führen. Denken Sie einmal nach, wofür Sie gestimmt haben und wofür nicht! (Abg Franz-Karl Effenberg: *Ich habe gesagt, daß wir nach Einbringung in die Landesregierung entsprechende Gespräche führen werden!*)

Es scheint, daß Sie solche Sachen gern vergessen. Es zeichnet sich auch aus, daß wir hier immer wieder erleben, daß eine sachliche Diskussion kaum noch stattfindet. Genau das ist es, was wir bekritiseln. Man fährt darüber hinweg. Man diskutiert ganz selten darüber. Gerade bei einem solchen Beschuß wäre es wesentlich, daß man sachlich und seriös mit allen diskutiert, die glauben, etwas Wesentliches beitragen zu können. Ich werde später noch darauf zurückkommen, wie es mit der Artikel-15-a-Vereinbarung sein soll.

Prinzipiell möchte ich aber ein paar Aspekte zum Nationalpark Donau-Auen sagen. Ich werde nicht so weitschweifig wie meine Voredner in andere Gebiete des Umweltschutzes gehen, sondern mich noch einmal mit dem Thema Nationalpark auseinandersetzen. Was ist ein Nationalpark?

Ich werde Ihnen ganz kurz noch einmal die Definition vorlesen. Vom Gesetz her können die Landesregierungen im Alleingang Nationalparks errichten. So haben bereits die Länder Salzburg und Kärnten den Nationalpark Hohe Tauern ins Leben gerufen. Die echten Nationalparks müssen aber von der IUCN nach bestimmten Maßstäben akzeptiert werden.

Das wird so dargestellt:

"Es müssen größere Gebiete sein. In ihnen muß zumindest ein Ökosystem durch menschliche Nutzung nicht wesentlich verändert worden sein. Sie sollen großartige Naturlandschaften oder geologische Beson-

derheiten einschließen und/oder Lebensräume für besonders interessante Tier- und Pflanzenarten sein. Bestehende menschliche Nutzungen sollen in ihrem Umfang reduziert werden. Nur ein begrenzter Flächenanteil darf für touristische Zwecke beansprucht werden."

Die bisher in Österreich bestehenden Nationalparks entsprechen alle nicht diesen Kriterien.

Wir haben heute schon gehört, daß der jetzt zu beschließende Nationalpark den Kriterien entsprechen sollte. Trotzdem darf man nicht übersehen, daß wir einen ganz besonderen - ich würde sagen einmaligen - Nationalpark beschließen, denn am Rande dieses Nationalparks - gerade ausgenommen, damit es nicht augenscheinlich wird oder hineinfällt - liegt ein Öltankklager, das uns seit Jahren immer wieder zu schaffen macht, denn die Öllinsen, die dort sind, geraten immer wieder in Bewegung.

Sie alle wissen - wenn Sie die Forschungsergebnisse gelesen haben -, daß bei den Untersuchungen im Grundwasser immer wieder Rückstände auftreten, auch in der Lobau und in den weiter östlich gelegenen Gebieten.

Wir müssen uns wirklich sorgen, ob dieses Öltankklager mit seinen Öllinsen - auch wenn rundherum Sperrbrunnen errichtet wurden - nicht irgendwann zur massiven Gefahr für den Nationalpark wird.

Ich fordere Sie auf, daß man dies weiterhin nicht außer acht läßt und immer wieder beobachtet und schaut, damit diese Gefahr entweder völlig eingedämmt oder aber nicht virulent wird.

Es ist aber nicht nur das eine, das unseren Nationalpark gefährdet. Wir haben in dem Gebiet auch eine Schnellstraße. Wir haben weiters ein Kraftwerk - das Kraftwerk Freudau -, welches jetzt direkt am Rande des Nationalparks gebaut wird. Wir müssen uns darüber Sorgen machen, daß all dies irgendwann einmal dem Nationalpark zum Schaden gereicht. Genau das wollen wir aber nicht.

Ich möchte nicht unbedingt schwarzmalen und sagen, es ist alles negativ. Nein, im Gegenteil, es ist positiv, daß wir das Nationalparkgesetz beschließen. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß es rundherum große Gefahren gibt, die wir beachten und in Ordnung bringen sollen, soweit es möglich ist.

Wir haben auch sonst noch viele Probleme mit der Errichtung des Nationalparks gehabt. Zum Beispiel waren da die Verhandlungen mit den Grundbesitzern.

Wenn Kollege Hawlik bei der letzten Sitzung anwesend gewesen wäre, hätte er Informationen darüber bekommen und nicht sagen müssen, es hätte keine gegeben.

Es gibt aber auch die Sorgen über den Erhalt des Grundwassers in den niederösterreichischen Gemeinden und vor allem den Widerstand vieler Gemeinden, weil sie auch wegen der Fischerei, der Jagd und wegen des Tourismus Probleme auf sich zukommen sehen.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung - und das haben wir schon oft gesagt -, daß wir die Umsetzung des

Nationalparks eigentlich viel schneller hätten haben und viel billiger hätten durchführen können. Aber nun ist es einmal soweit. Das Gesetz liegt vor.

Die Vorgangsweise, wie es diskutiert wurde, ist nicht akzeptieren. Trotzdem sind wir froh, daß es endlich soweit ist.

Daß es Schwierigkeiten gibt, wenn zwei Länder und der Bund gemeinsam zu einem Konsens kommen müssen, ist uns klar. Schlußendlich sind wir aber jetzt soweit, daß von allen Seiten Kompromisse eingegangen wurden und der Nationalpark mit seinen etwa 15 000 Hektar beschlossen werden soll - zumindest für das Wiener Gebiet.

Ich möchte - weil wir momentan relativ eng immer wieder von unserem Wiener Nationalpark sprechen - doch aufzeigen, welche Probleme es in Niederösterreich noch gibt. Denn wir haben nur für ein ganz kleines Gebiet des Nationalparks zu beschließen. Der wesentlich größere Teil liegt aber in Niederösterreich. Uns muß bewußt sein, daß sich für die Gemeinden beziehungsweise die Menschen, die dort leben, die Problematik ganz anders zeigt als für uns.

In Wien ist es so, daß Grundeigentümer zum Großteil die Gemeinde Wien ist. Wir haben kaum Schwierigkeiten mit den Grundablösen, im Gegensatz zu den niederösterreichischen Gemeinden, wo doch wesentlich mehr private Grundbesitzer sind und die Verhandlungen mit diesen völlig anders verlaufen.

Zum zweiten gibt es in Wien keine Schwierigkeiten - oder kaum Schwierigkeiten - mit Jagd und Fischerei. In Niederösterreich ist es für viele Menschen der Brotgewinn. Und für viele Menschen besteht dort einfach die Angst, daß die Rechte, die sie hatten, irgendwann einmal beschnitten werden. Es scheint so, daß inzwischen Einigungen stattgefunden haben und die Personengruppen Jagd und Fischerei nun auch für den Nationalpark sind.

Zum dritten möchte ich aber auch erwähnen, daß Wien keine Sorgen mit dem Grundwasser hat. Niederösterreich hat hingegen massive Bedenken, ob die Grundwasservorkommnisse und auch die Entnahme als Trinkwasser für das Land gesichert bleiben. Wir sollen also aus Wiener Sicht nicht vergessen, daß es für die Niederösterreicher ein ganz wesentliches und lebenserhaltendes Problem ist, daß ihr Grundwasser und ihr Trinkwasser erhalten bleibt.

Zum vierten möchte ich noch die Solestabilisierung der Donau erwähnen. Für uns in Wien gibt es momentan kein Problem diesbezüglich. Durch die Verträge mit dem Kraftwerk Freudeneau wurde vereinbart, daß bis elf Kilometer östlich der Donau ständig ein Geschiebe eingebracht wird. Aber was bedeutet das? Bis Orth an der Donau ist die Solestabilisierung fixiert. Es gibt keine Sorgen. Aber wie geht es dann weiter? Was kommt in Zukunft auf Niederösterreich zu? Entsteht ein Kolke. Wer kümmert sich? Wer bezahlt? Wir sollten also nicht vergessen, daß es dabei wirklich ganz große Probleme gibt.

Zum letzten, dem Problem der Heilquellen in Bad

Deutsch-Altenburg. Es ist nicht endgültig geklärt und abgesichert, daß diese Heilquellen auch weiterhin geschützt bleiben.

Wir sollten also daran denken, wenn sich die Niederösterreicher mit ihrer Entscheidung schwerer tun als wir. Sie haben wirklich massive, konkrete Probleme. Wir sollten nicht überheblich sagen, wir übernehmen die Vorreiterrolle und Niederösterreich soll sich eben anschließen. Es ist für unser Nachbarland doch wesentlich schwieriger. Das sollten wir nicht vergessen.

Als letzten Punkt möchte ich das, was meine beiden Vorredner angesprochen haben, auch erwähnen. Das Nationalparkgesetz können wir heute, wenn alles gutgeht, einstimmig beschließen. Das Wesentliche aber - die Umsetzung beziehungsweise die Beistellung des Verwaltungsrats im Rahmen einer Artikel-15a-Vereinbarung - kommt erst. Genau das ist der sprüngende Punkt.

Man hat uns versprochen - und das möchte ich noch einmal deponieren und festhalten -, daß alle Parteien und auch die Umweltschutzorganisationen rechtzeitig in die Gespräche eingebunden werden, wie die Verwaltung beziehungsweise der Aufsichtsrat bestellt werden soll.

Jetzt hört man, daß der Entwurf inzwischen vorhanden ist. Ich zumindest habe keine von diesen Unterlagen bisher erhalten. Deswegen möchte ich darauf drängen und intensiv darum bitten, daß bald zu Gesprächen eingeladen wird und bald darüber diskutiert werden kann, damit wir nach Möglichkeit auch bei dieser Artikel-15a-Vereinbarung eine gemeinsame Plattform finden und einen gemeinsamen Beschuß fassen können. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn vorher alle Diskussionsgrundlagen auf den Tisch gelegt werden, darüber gesprochen wird und wir uns wieder irgendwo mit Kompromissen einigen können.

Ich möchte mich jetzt gar nicht darauf einlassen, wer was machen soll. Das kann man erst dann diskutieren, wenn der Vorschlag wirklich am Tisch liegt. Das sollte aber bald geschehen.

Wichtig ist uns, daß es eine schlanke Verwaltung, das heißt eine billige Verwaltung, wird. Eine möglichst sinnvolle Verwaltung für den Nationalpark und für die Menschen, die dort sein möchten. Wir hoffen, daß es nicht nur ein Nationalpark für die erholungssuchende Wiener Bevölkerung wird, sondern daß er auch den niederösterreichischen Gemeinden einen vielfachen Nutzen bringen wird.

Mit der Errichtung einer geschützten Naturlandschaft haben wir es geschafft, unseren Nachkommen - wenn auch nur in einem kleinen Bereich - ein Gebiet von einer wirtschaftlichen Nutzung freizuhalten und ein Naturgebiet zu erhalten, das für die Zukunft vorbildhaft sein kann.

Wir sind fest davon überzeugt, daß dieser Nationalpark etwas Sinnvolles ist. Deshalb stimmen wir dem Gesetz heute natürlich auch zu. (Beifall bei den FPÖ.)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Effenberg. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg Franz-Karl Effenberg (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Landtags!

Wir haben heute das Wiener Nationalparkgesetz zur Behandlung. Ich glaube, es ist heute schon sehr viel von allen Fraktionen dazu gesagt worden. Dieses Wiener Nationalparkgesetz - ich darf das wiederholen - ist ein Beispiel dafür, wie bei manchen Sachthemen die Zusammenarbeit nicht nur in diesem Hause, sondern insgesamt auch mit anderen Organisationen - in diesem Zusammenhang mit den Naturschutzorganisationen - wirklich bestens funktioniert.

Das Bedauerliche ist, daß im Zuge der Diskussionen doch immer wieder Wermutstropfen einfließen, wozu ich mir doch einiges zu sagen erlaube.

Obwohl es gelungen ist, Einigung betreffend den Gesetzesentwurf und die dazugehörigen entsprechenden erläuternden Bemerkungen zu erzielen, hören wir da und dort gewisse Unstimmigkeiten beziehungsweise werden Dinge anders interpretiert, als sich diese tatsächlich dargestellt haben.

Ich erlaube mir daher zu bemerken, daß Parteiengespräche vor dem Einbringen in die Wiener Landesregierung ganz einfach aus dem Grund abgelehnt worden sind, weil zu diesem Zeitpunkt die Osterzeit war. Ich glaube, es wäre nicht sehr fruchtbringend gewesen, gerade zu dieser Zeit diesbezügliche Verhandlungen zu führen. Damals habe ich zugesagt, daß wir nach dem Einbringen im Stadtsenat - respektive Wiener Landesregierung - mehr Zeit und entsprechende Ruhe haben, um die diesbezüglichen Gespräche zu führen.

Ich glaube, man sollte, wenn man hier vom Rednerpult aus Äußerungen tätigt, doch weitestgehend bei der Wahrheit bleiben.

Ich darf darüber hinaus betonen, daß ich mit Einbringung in die Landesregierung allen Fraktionssprechern den zuletzt aktuellen Gesetzesentwurf schriftlich übermittelt habe. Ich glaube, das kann bestätigt werden.

In der Folge habe ich dann zu den diesbezüglichen Parteiengesprächen und auch die ÖGNU - den Dachverband - eingeladen. Diese Gespräche haben in der entsprechenden Ruhe stattgefunden, weil wir eben Zeit gehabt haben.

Ich will gar nicht darauf eingehen, daß Frau Kollegin Schöfnagel gemeint hat, manche der Gesprächsteilnehmer wären etwas aufgereggt und beunruhigt gewesen. Die Gespräche haben in der entsprechenden Sachlichkeit stattgefunden. In der Folge wurden dann auch die entsprechenden diesbezüglichen Änderungen vorgenommen.

Wenn wir uns daran erinnern, handelt es sich dabei an und für sich um eine übliche Vorgangsweise, wie wir das bisher auch in anderen Bereichen getan haben, wo es einen derart breiten Konsens gegeben hat. Ich

erlaube mir, das der Ordnung halber zu betonen.

Nahezu alle Sprecher zum Wiener Nationalparkgesetz haben ein bißchen in der Erinnerungskiste gekramt, wobei zumindest von einem Sprecher die Meinung vertreten wurde, daß es nicht der Erfolg derer sei, die heute da sitzen. Nach einer langen Nachdenkpause, so wie alle gemeint haben, darf ich darauf hinweisen, daß das nicht ganz stimmt. Wenn ich mich an die Geschichte in Hainburg zurückinnere, war auch unser heutiger Wiener Bürgermeister, Dr Michael Häupl, dort vertreten und jene, die teilgenommen haben, werden sich vielleicht auch daran erinnern. Ich möchte das auch nur der Ordnung halber hier erwähnen.

Und wenn man dann doch dort und da ein bißchen Polemik herausgehört hat und heute von Frau Kollegin Weber im besonderen darauf hingewiesen wurde, daß mit diesem Ereignis im Jahre 1984 die Umweltbewegung vielleicht erst in diesem Maße zu leben begonnen hat und daß die Ereignisse um Hainburg eigentlich dafür ausschlaggebend waren, so erlaube ich mir doch darauf hinzuweisen, daß zum Beispiel bereits zu diesem Zeitpunkt die Lobau längst unter Naturschutz gestanden ist. Und ich glaube, gerade in diesem Hause dürfen wir doch darauf aufmerksam machen, daß dem so gewesen ist, obwohl man es immer ein bißchen unter den Teppich kehren möchte, was mich doch ein bißchen traurig stimmt.

Ich möchte niemandem vorwerfen, hier nestbeschmutzend tätig zu sein. Aber es stimmt mich doch ein bißchen traurig, weil wir auch in der Vergangenheit gerade hier auf Wiener Boden sehr fortschrittlich gedacht haben und wirklich sehr fortschrittlich unterwegs gewesen sind. (Abg Jean Margulies: Ein Paradebeispiel dafür ist das Zentraltanklager Lobau!)

Ja, gerade der Schani Margulies sollte doch eigentlich sehr klar und deutlich wissen, durch welche Ereignisse das Zentraltanklager Lobau entstanden ist. (Abg Jean Margulies: Darum weiß ich es auch gut!) Dazu braucht man nicht hier herumzusitzen, hämisch zu grinsen und auf verschiedene Dinge aufmerksam zu machen. Ich glaube kaum, daß das gerade unser Verdienst gewesen ist. (amtsf StR Fritz Svhalek: Das waren seine Genossen!) Ich glaube vielmehr, das waren die damaligen Genossen vom Schani Margulies. Ich würde ein bißchen in der Erinnerungskiste kramen, bevor ich da von den hinteren Rängen hämische Bemerkungen höre. (Heiterkeit und Beifall von Abg Jean Margulies.) Denk ein bißchen dran, Schanit Denke an deine politischen Ursprünge, dann wird dir vielleicht einiges einfallen.

Natürlich war eines der Themen die laufenden Art. 15a-Vereinbarungen, war eines der Themen, wie denn diese schlanken Nationalparkverwaltung nunmehr aussehen soll. Es sind viele Vergleiche angestellt worden von bezahlten Bauaufsichten, von EBS-Geschäftsführungen und viele andere mehr. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang erstens einmal darauf hinzuweisen, daß ich es als nicht sehr zielführend erachte,

permanent von außen Unruhe in laufende Verhandlungen hineinzutragen.

Zum zweiten was nun die Geschäftsführung betrifft, so soll es unserer Ansicht nach drei Geschäftsführer geben. Dies umso mehr auch deshalb, weil ich da zum Beispiel ein Schreiben des Umweltdachverbandes ÖGNU in Händen habe, wo unter anderem steht, ein gemeinsamer Nationalpark erfordert nämlich, daß das bisher im Bereich der Forstverwaltungen Eckartsau - Österreichische Bundesforste, und Lobau - Stadt Wien, beschäftigte Forstpersonal mit allen Rechten und Pflichten von der NationalparkverwaltungsgesmbH übernommen wird. Von der ÖGNU wird auch eine schlanke Verwaltung verlangt. Das Interessante ist, daß zum Beispiel die ÖGNU 20 Leute beschäftigt. (*Abg Ing Karl Svoboda: Das ist schlank?*) Also die ÖGNU selbst hat sicherlich alles andere als eine schlanke Verwaltung. Jetzt erlaube ich mir auch noch ein bißchen tiefer hinunterzugreifen.

Es ist dort bislang auch immer verweigert worden, einen Betriebsrat zu wählen. Das nur so nebenbei. Von wegen schlanke Verwaltung: Von der ÖGNU wird verlangt, das Personal der Forstverwaltung Lobau einerseits und von Eckartsau andererseits in die Nationalparkverwaltung hineinzunehmen. Was spricht dagegen, wenn dieses Personal, kostenlos auf beiden Seiten, sowohl in Eckartsau wie auch in der Lobau, für die Sache arbeitet so wie bisher und von Wiener Seite wie auch von den Bundesforsten jeweils ein Geschäftsführer bestellt wird? Was spricht dagegen? Absolut nichts spricht dagegen, und es kommt ein weiterer, ein dritter Geschäftsführer dazu und die drei müssen sich eben zusammenreden. Das ist ja auch bislang gelungen. Wenn ich das so sagen darf: Als die Einträge von außen einmal abgeschlossen waren und die Leute normal untereinander reden konnten, ist nämlich auch etwas weitergegangen. Ab diesem Zeitpunkt haben sie etwas weitergebracht.

Und ich möchte von dieser Stelle aus wirklich allen beamteten Mitarbeitern sowohl auf Bundesseite wie auch auf unserer Landesseite für die fruchtbringende Arbeit, aber auch den Naturschutzorganisationen, den NGOs, wirklich sehr sehr herzlich danken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Letztendlich haben sich dann bei den Parteienverhandlungen die Dinge, die von den anderen Fraktionen hineingetragen und in den Verhandlungen gefordert wurden, eigentlich in Grenzen gehalten. Von den anderen Fraktionen ist überhaupt nichts gekommen, wenn ich das so sagen darf. Es waren dies eigentlich alles Vorschläge des Präsidenten Heilingbrunner, offensichtlich im Einvernehmen mit den Naturschutzorganisationen. Von den anderen Fraktionen ist im Grunde genommen nichts gekommen. Ich persönlich habe mich in der Vergangenheit sehr wohl und sehr intensiv mit all diesen Dingen beschäftigt.

Ja, Kollege Hawlik, von wegen schlanke Verwaltung, keine Doppelzahlungen - ich weiß nicht, wie man überhaupt zur Behauptung von Doppelzahlungen

kommt. Ich verstehe das nicht. Die einen werden von der Gemeinde Wien, die anderen von den Bundesforsten bezahlt. Will jetzt Herr Kollege Hawlik alle Beamten kündigen, sollen sie jetzt von Bund und Gemeinde entlassen werden, um dann dort arbeiten zu können? Oder ist Herr Kollege Hawlik der Meinung, daß sie jetzt im Zuge der Nationalparkverwaltung zusätzliche Mittel aus dem Säckel der Nationalparkgesellschaft bekommen? Das möchte ich verneinen. Es ist dem nicht so.

Ich möchte vielmehr noch darauf verweisen und es ist dies ein interessantes Detail am Rande: Herr Minister Bartenstein war selbst am vorigen Donnerstag bei der Spatenstichfeier Regelsbrunner Au - Altarmöffnung. Ich habe dort im Übrigen eigentlich die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen aus diesem Hause vermißt. Es war wirklich sehr interessant, gerade im Hinblick auf den künftigen Nationalpark, wie es aussehen wird. Dank des WWF und der WSD, der Wasserstraßendirektion, gibt es da ein wunderbares Projekt der Altarmöffnungen. Sie sollten sich wirklich einmal informieren und sich das genau anschauen. (*Abg Hannelore Weber: Das kenne ich schon lange. Deswegen muß ich nicht zum Spatenstich gehen!*) Das ist komplett nationalparkkonform, eine Supersache, die auch lange genug gedauert hat.

Bei dieser Gelegenheit hat Herr Minister Bartenstein selbst von einer schlanken Nationalparkverwaltung gesprochen. Er hat aber jetzt wieder Herrn Mag Reinhold Christian in diese Nationalparkverwaltung hineingedrückt. Man muß sich das einmal in den Ohren und auf der Zunge zergehen lassen. Herr Mag Reinhold Christian, der in der Vergangenheit nicht sehr glücklich agiert hat, was die Entstehung des Nationalparks betrifft, sollte für fünf Monate 1 200 000 S bekommen. Versteht Ihr das, werte Kolleginnen und Kollegen? Ich verstehe es nicht ganz, für fünf Monate 1 200 000 S. Mir fehlen die Worte. Und das ist rechents, Herr Kollege Hawlik? (*Abg Hannelore Weber: Europa-Frühling!*) Das ist Ihr Minister Bartenstein, der ihn um diesen Beitrag unbedingt dort sitzen haben möchte.

Darüber hinaus, werte Kolleginnen und Kollegen, soll es einen Aufsichtsrat mit sechs Mitgliedern von Bundesseite geben. Okay, es sind sehr viele Ministerien da betroffen. Vielleicht kann man mit dem Bund noch sprechen. Es wird sicherlich möglich sein, daß es dort zu einer Verringerung kommt - von Niederösterreich und Wien jeweils drei. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang einmal mehr darauf hinzuweisen, daß Wien sowieso schon erklärt hat, darauf zu verzichten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist so viel gesagt worden. Es gäbe wirklich eine Vielzahl von Dingen darauf zu antworten. Ich weiß nicht, was das Wiener Nationalparkgesetz jetzt mit den EU-Informationswochen zu tun hat. Manche in diesem Hause haben offensichtlich vergessen, daß StR Hannes Svoboda eigentlich auch Außenstadtrat ist. Warum soll es nicht derartige Informationswochen geben? Es wurde ja auch in der vergangenen Woche einmal mehr zugesagt, daß auch die anderen Parteien, wenn sie mit den

Organisatoren entsprechende Gespräche führen, dort ihre Stände aufstellen oder egal was auch immer tun können. Ich weiß ja nicht ... (Abg Günter Kenesei: *Es wurde uns vor zwei Monaten zugesagt, aber bis jetzt haben wir an keiner Informationsveranstaltung teilnehmen dürfen!*)

Herr Kollege Kenesei sitzt noch immer in der letzten Reihe und macht natürlich wieder einen endlosen Wirbel. Ich frage mich wirklich, Kollege Kenesei, Kollegin Weber, was diese Geschichte im Grunde genommen mit dem Wiener Nationalparkgesetz zu tun hat? Wenn Frau Kollegin Weber von der Anti-Atompolitik auch unserer Fraktion spricht, weiß ich nicht, was Sie damit gemeint hat. Unsere Fraktion in Brüssel? Da schauen Sie in die falsche Richtung. (Abg Hannelore Weber: *Sprechen Sie mit Ilona Graenitz, wie es ihr geht!*)

Ich darf einmal mehr daran erinnern, es wurde vor Monaten in Brüssel eine Resolution zugunsten der friedlichen Nutzung der Kernenergie verabschiedet. Das Interessante dabei war, zwei Fraktionen aus unserem Land - nämlich jene der ÖVP und der Freiheitlichen - haben dieser Resolution in Brüssel zugestimmt. Ich darf einmal mehr daran erinnern, daß wir hier in Österreich die Entscheidung getroffen haben, der friedlichen Nutzung der Kernenergie eine Absage zu erteilen. Daher stimmt es mich äußerst verwunderlich, daß es zwei Fraktionen gibt - aus Österreich nach Brüssel delegiert, gewählt vom österreichischen Volk -, nämlich Freiheitliche und Österreichische Volkspartei, die dort einer derartigen Resolution, offensichtlich unter dem Druck ihrer großen Brüder, zugestimmt haben.

Daher erachte ich es für sehr wichtig, was bei der Wahl jener Proponenten, die uns künftig in Brüssel vertreten werden, herauskommt. Denn wenn ich mir vorstelle, daß österreichische Abgeordnete anderer Fraktionen dort ganz andere Dinge beschließen, als jene Vorgaben, die ursprünglich in Österreich definiert wurden, so kann ich mich nur wundern.

Sie können dort offensichtlich die Österreicherinnen und Österreicher nicht vertreten, denn ich glaube, Sie sind dort, um unser Land entsprechend zu vertreten. Aber es hat auch die Anti-Atompolitik eigentlich mit dem Wiener Nationalparkgesetz nichts zu tun, genauso wie die Genkartoffel, wozu angeblich Frau Ministerin Krammer nichts gesagt hat. Dann frage ich mich aber, warum die Erdäpfel dann blitzartig wieder weggeräumt worden sind? Weil nämlich entsprechende Veranlassungen von Frau Bundesministerin Krammer getroffen wurden.

Das wird alles da heraußen so herumgedeutet, links und rechts ein bißchen im Schmutz gedreht, sodaß dann unter dem Strich unter dem Motto, irgend etwas wird schon hängen bleiben, wieder ein ganz anderes Ergebnis erzielt wird. So hat es eine Vielzahl von Meldungen gegeben, die ganz einfach nicht der Realität entsprechen.

Frau Kollegin Schöfnagel hat ja im Grunde genommen dem Kollegen Hawlik schon darauf geantwortet,

was die Entschädigungen der Landwirte betrifft. Ich erlaube mir einmal mehr darauf hinzuweisen, daß gerade zwischen den Vertretern der Stadt und den Landwirten ein sehr gutes Einvernehmen besteht. Hier laufen sehr fruchtbringende Verhandlungen und im Grunde genommen ist alles klar, einerseits was die Entschädigungen und andererseits die Grundtäusche anlangt, und wenn man jetzt von außen gewisse Dinge hineinträgt, so könnte es natürlich zu einer Unruhe kommen könnte.

Ich glaube aber, wir haben das relativ gut über die Runden gebracht, wofür ich mich - um jetzt mit der Kritik aufzuhören - auch bei allen anderen Fraktionen sehr herzlich bedanken und gleichzeitig den Wunsch äußern möchte, daß wir bei aller Polemik natürlich auch in vielen anderen Bereichen auf diese Art und Weise zusammenarbeiten können.

Zuletzt: Es wurde gesagt, das Energiesparkonzept wäre offen, es ließe sich dazu einiges sagen. Es tut sich sehr viel, hat Herr Kollege Hawlik gesagt, aber an Einzelinitiativen, was die Nutzung alternativer Energieformen in Wien betrifft - Photovoltaik, Windenergie, Solar, und so weiter und so fort. Was der Kollege Hawlik aber verschwiegen hat und ich nicht müde werde, das in der Öffentlichkeit zu sagen, ist, daß Wien Österreichweit ganz einfach die besten Einspeistarife hat, das lassen wir wieder ein bißchen unter den Tisch fallen. Es gibt kein weiteres Bundesland in Österreich, das so hohe Einspeistarife hat wie das Land, die Gemeinde Wien. Das lassen die Oppositionsparteien, egal welche andersdenkende Fraktion, immer unter den Tisch fallen, behandeln es nebenbei, so daß unterm Strich nahezu herauskommt, die machen ja überhaupt nichts, wir hätten ja gerne, aber leider Gottes können wir nicht, und da vergißt man auch über diese Dinge zu sprechen.

Abschließend erlaube ich mir einmal mehr darauf hinzuweisen, daß ich sehr froh darüber bin, daß die Verhandlungen gut gelaufen sind. Wir werden selbstverständlich, was die Art. 15a-Vereinbarung betrifft, zu gegebener Zeit die entsprechenden Fraktionsgespräche führen. Einer der Garanten dafür ist unser amtsführender Stadtrat und ich ersuche Sie, nicht unruhig zu werden. Wir werden diesen Nationalpark - ich bin mir dessen 100prozentig sicher - am 26. Oktober eröffnen. Bürgermeister Dr Michael Häupl wird einer jener sein, die die Eröffnung des Nationalparks vornehmen werden. Bürgermeister Dr Häupl war auch einer derjenigen, die im Jahr 1984 in der Hainburger Au zugegen waren, und er wird derjenige sein, der diesen Nationalpark miteröffnen wird, auch wenn Herr Hawlik darüber lacht. - Recht herzlichen Dank. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Staubenwöhl: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abg Weber. Ich erteile es ihr. (Abg Ing Karl Svoboda: Zum zweiten Mal)

Abg Hannelore Weber (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Auch ich kann bis zwei zählen, sehr geehrter Herr Klubobmann. Sie müssen mir das nicht unbedingt vorwerfen, daß ich zum zweiten Mal hier rede, aber ich glaube, daß die Geschäftsordnung dem überhaupt nichts entgegensezt, daß sich eine Abgeordnete in diesem Haus zum zweiten Mal zum Wort meldet. Ich denke auch, daß das die Zustimmung der anderen Fraktionen findet. Ich weiß nicht, was das soll, sehr geehrter Herr Kollege Svoboda. (Abg Ing Karl Svoboda: Ich habe Ihnen überhaupt nichts vorgeworfen. Ich habe nur gesagt, daß Sie sich zum zweiten Mal zum Wort melden, dazu haben Sie ja das Recht! - Abg Ilse Forster: Das hat er nicht als Vorwurf gesagt!)

Aber warum ich mich noch einmal hier zum Wort melden muß, ist eigentlich auf die Aussagen meines Vorredners zurückzuführen, denn eines lasse ich mir wirklich nicht gefallen, und ich habe mich heute sehr zurückgenommen und habe sehr betont, wie wichtig diese Zusammenarbeit trotz aller Widersprüchlichkeiten war, nämlich daß Sie sagen, ich wäre eine Nestbeschmutzerin. Denn Sie haben genau das gemacht, was Sie den anderen vorgehalten haben - so hinter vorgehaltener Hand. Er will ja nicht sagen, daß ich eine wäre, aber ich bin doch eine, weil ich nicht erwähnt habe, daß die Stadt Wien die Lobau damals unter Naturschutz gestellt hat. (Abg Franz-Karl Effenberg: Warum haben Sie es nicht erwähnt?)

Das ist natürlich auch eine lobenswerte Sache, aber wie ernst Sie das genommen haben, möchte ich Ihnen jetzt erklären. Vor 40 Jahren hat die russische Besatzungsmacht die ÖMV schon zurückgegeben und bis heute ist das Öltanklager Lobau nicht saniert. Wir beschließen heute ein Nationalparkgesetz und ich hätte mir schon erwartet - vor allem von StR Svoboda -, daß er sagt, jetzt ist Schluß mit dem Donau-Oder-Kanal, der ja auch irgendwie in Ihren Einflußbereich fällt, was die Planung betrifft, und jetzt ist vor allem Schluß mit der Debatte um die Untertunnelung der Lobau. Das hätte ich mir heute von Ihnen erwartet. Und ich lasse mir nicht gefallen, daß Sie auf diese Art und Weise hier wieder auf die Opposition losgehen. Hierzu sind Sie uns heute auch eine Erklärung schuldig. Wenn Sie den Naturschutz wirklich ernst nehmen, dann gehen Sie hier heraus und erklären Sie, wir wollen keinen Donau-Oder-Kanal, wir wollen keine Untertunnelung der Lobau, weil das mit einem Nationalpark nicht vereinbar ist. (Beifall bei den GRÜNEN.) Sonst sind Sie wirklich nicht ernst zu nehmen.

Und noch eines: Es steht mir nicht zu, jetzt über Geschäftsgebarungen der ÖGNU zu reden oder was Herr Bartenstein gesagt hat. Ich bin eine eigenständige Mandatarin und ich möchte noch einmal wiederholen, ich wünsche mir für diese Nationalparkverwaltung eine schlanke Verwaltung mit einem Geschäftsführer. Diese Funktion soll ausgeschrieben werden, der Befähigste soll es werden und von diesem können, meines Erachtens nach, auch verbeamtete Forstleute der MA 49 und verbeamtete Forstleute der Bundesforste Order übernehmen. Ich will nicht, so wie Sie es gesagt ha-

ben, daß sich die drei wieder zusammenreden müssen. Anscheinend stimmt es doch, daß hier verschiedene Sprachen gesprochen werden. Ich und die GRÜNEN wollen, daß für diesen Nationalpark eben mit einer Stimme gesprochen wird, daß endlich umgesetzt wird, was das Gesetz sagt und daß wir wirklich einen Nationalpark eröffnen können, der allen Österreicherinnen und Österreichern gehört und nicht einen Nationalpark der SPÖ oder ÖVP darstellt. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Vielleicht kann ich die Aufregung ein bißchen zurückschrauben, weil offensichtlich ... (Abg Ing Karl Svoboda: Das ist eben unser Demokratieverständnis - bei uns redet nicht nur einer, sondern drei! - Heftige Diskussion der Abgeordneten untereinander.) Entschuldigen Sie, wenn ich da die Debatte störe, aber ich hätte ganz gerne das Schlußwort gehalten. Frau Präsidentin, man stört mich.

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Ja bitte, der Herr Berichterstatter hätte gerne sein Schlußwort gehalten. Bitte die Damen und Herren, die Diskussionen einzustellen. (Abg Jean Margulies: Der Herr Klubobmann stört!)

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek (fortsetzend): Schan, normal bin ich nicht so heikel, du weißt das, aber ich habe jetzt die Chance, etwas zu erklären, weil es offensichtlich Mißverständnisse gibt. Deshalb habe ich gebeten, mich nicht zu stören. Jedenfalls, ich glaube, daß die Gespräche über die Verwaltungsformen noch stattfinden werden. Ich habe erst in den letzten Tagen wieder von Bundesseite gehört, daß es da oft ständig und eigentlich minütlich Änderungen gibt. Wenn wir daher einen Vorschlag bekommen, der diskussionsfähig ist und nicht so wie jetzt, wo verschiedene Fragen aufgelistet sind, dann werden wir sofort in die ausgesprochenen und auch zugesagten Parteiengespräche eintreten.

Ich glaube nämlich, daß die Frage der Verwaltung nicht das Problem ist, wie es heute dargestellt wurde, und meine daher, daß wir dann wirklich ins Detail gehen, wenn hier entsprechend auch vom Bund, vom Land und von Wien zumindest von der Fachebene her, ein bißchen konkretere Vorschläge da sind als die jetzige Diskussion. Ich halte die Diskussion, die heute hier geführt wurde, ich sage das sehr offen, eigentlich für eine Phantombdiskussion. Es ist eine ausgesprochene Phantombdiskussion.

Erstens noch einmal zu den Aufsichtsräten. Mir ist das völlig egal und auch uns, ob die Stadt Wien einen Vertreter hinschickt oder drei. Wenn wir nur einen hinschicken sollen, dann schicken wir nur einen hin. Es stellt überhaupt kein Problem dar. Wir haben auch überhaupt kein Problem damit, daß es einen Geschäftsführer gibt, der bezahlt ist und einen Ge-

schäftsführer, der ausgeschrieben wird. Aber wenn Ihnen das Modell besser paßt, daß ich nicht drei Geschäftsführer sage, sondern ein Geschäftsführer und drei Verantwortliche, dann bin ich gerne bereit, diese Wortwahl zu treffen.

Nur eines lasse ich sicher nicht zu: daß ein Gesetz beschlossen wird auf Grundlage internationaler Richtlinien, die in erster Linie von der Bundesforstverwaltung Eckhartsau und von der Stadt Wien umgesetzt werden, wo entsprechende Fachleute sitzen, die weiterhin vom Bund beziehungsweise von der Stadt Wien bezahlt werden, die aber überhaupt keine Chance haben, gleichberechtigt bei einer Verwaltung, die in erster Linie von der Natur lebt, mitzureden. Das ist auszuschließen, meine Damen und Herren. Ich sage das sehr offen, und es ist die schlanke Verwaltung, die Sie wollen.

Es wird einen Geschäftsführer geben, den der Nationalpark zu bezahlen hat, es wird dieser eine Geschäftsführer ausgeschrieben, und das war es, und wenn der Bund es will und mitzahlt, wird es auch nur einen Wiener Aufsichtsratsvertreter geben. Ich kenne nichts schlankeres, Kollegin Weber. Man kann es nur dann nicht als schlank verstehen, wenn man daraus eine politische Diskussion machen will.

Daher lassen Sie es mich noch einmal sagen: Unser Modell ist klar. Der Nationalpark darf nicht viel kosten und er wird daher auch nur einen Geschäftsführer kosten, der ausgeschrieben wird und der ganz bestimmte Aufgaben hat. (Abg Hannelore Weber: *Der genügt!*) Das ist kein Gerücht, das ist die Realität des Lebens. (Abg Hannelore Weber: *Der genügt, habe ich gesagt. Wir brauchen die anderen nicht!*)

Nein, der genügt nicht, Kollegin Weber, der genügt eben nicht! Denn Sie können doch nicht das Know-how der Fachleute der Bundesforste beziehungsweise der Fachleute der MA 49 - selbst wenn der Nationalpark gewisse Grundrahmen vorschreibt - so gering-schätzen, daß ein Geschäftsführer, wer immer das ist, vielleicht ein Künstler, vielleicht ein Naturschützer, wer immer, dann alleine, undemokratisch darüber befindet, beschließt, was letztendlich die anderen durchzuführen haben. Das führt ja den Nationalpark ad absurdum, liebe Kollegin Weber. Dann brauchen wir auch keinen Beirat und keinen Aufsichtsrat.

Das ist es, bitte, und seien Sie so lieb, nehmen Sie das zumindest einmal in meinen Ausführungen zur Kenntnis. Ich kann es ohnehin nicht verhindern, wenn Sie das Thema in der öffentlichen Diskussion wieder polemisch darstellen, aber bitte versuchen wir zumindest, sachlich zu diskutieren. (Abg Hannelore Weber: *Darum bemühe ich mich ja!*)

Ich weiß, es ist mühsam, aber glauben Sie nicht auch, daß es mit Ihnen ein bißchen mühsam ist, liebe Kollegin Weber, die Mühe ist nicht nur einseitig.

Aber jedenfalls noch einmal: Wir haben hier eine klare Linie. Die klare Linie ist Aufsichtsrat, wenn der Bund das will, kein Problem, maximal einer von Wien, warum nicht, überhaupt kein Problem. Wir haben den

Beirat in unserem Gesetz festgelegt, klar definiert, ehrenamtlich - keine Frage.

Und ich sage es noch einmal: Wir stellen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 49 so wie bisher zur Verfügung, genauso wie es der Landwirtschaftsminister mit den Bundesforsten tut. Das kostet nicht mehr und nicht weniger als jemals zuvor. Das ist die Tätigkeit, die wir sowieso durchführen müssen, weil die Lobau Naturschutzgebiet ist, weil die Bundesforste den Wald nicht verrotten lassen wollen. Dazu kommt ein bezahlter Geschäftsführer, der ausgeschrieben wird, und die Forderung des Landwirtschaftsministers und der Stadt Wien lautet, daß die Leiter der beiden Forstverwaltungen gleichberechtigt im Dreierteam in der Geschäftsführung mitbestimmen. Das ist es, Kollegin Weber, Kollege Hawlik, nichts anderes und das ist unser Diskussionsvorschlag, von dem ich glaube, daß er schlachtweg richtig ist und daß er auch entsprechend umgesetzt werden soll.

Zum Abschluß zu der interessanten Bemerkung des Kollegen Hawlik, der gesagt hat, es gibt kein Bundesenergiekonzept: Ich freue mich und werde den seit zehn Jahren amtierenden ÖVP-Wirtschaftsministern mitteilen, daß Herr Kollege Hawlik fordert, endlich ein Bundesenergiekonzept vorzulegen, das nur am Rande erwähnt.

Ich werde jedenfalls ebenso die Gelegenheit wahrnehmen, nicht nur, wie ich vorher gesagt habe, daß wir das bei den weiterführenden Gesprächen - sobald es einen ernsthaften Diskussionsvorschlag und nicht nur Fragestellungen gibt - auch entsprechend politisch diskutieren, sondern ich möchte auch sehr deutlich sagen, daß wir diesen Weg weitergehen. Diesem Nationalpark ist eine breite Palette an Aktivitäten vorangegangen, von kämpferischen Einzelpersonen, von jenen, die Sie erwähnt haben, in der Hainburger Au, bis zu jenen, die schon seit Jahrzehnten um die Natur gekämpft haben. Diese Bewegung ist ja schon frühzeitig entstanden und hat dann durch einen aktuellen Anlaß auch neue Impulse erhalten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch jenen danken, die seit Jahrzehnten im Naturschutz tätig sind, gerade in diesem Gebiet. Ich möchte jenen danken, die damals 1984 auf allen Seiten dazu beigetragen haben, daß es hier eine neue Dimension der Diskussion gibt, und ich möchte nicht zuletzt danken, daß wir in den letzten Monaten hier dieses Gesetz so beschlossen haben und natürlich auch den Beamten, die sich hier sehr bemüht haben, die Grundlagen in legistischer Form zu setzen, sodaß wir dann politisch keine Mühe hatten, einen gemeinsamen Weg zu finden.

In diesem Sinne glaube ich, daß dieses Nationalparkgesetz einen wichtigen Beitrag für den Nationalpark Donau-Auen darstellt, einen wichtigen Beitrag auch, um mit international anerkannten Richtlinien ein Beispiel für ein Gebiet zu geben, daß in seiner Form wirklich die letzte Aulandschaft in Europa darstellt. Und ich danke bei dieser Gelegenheit, trotz aller inhaltlichen Differenzen im Detail, daß wir uns letztlich dazu

gefunden haben, ein gemeinsames einstimmiges Gesetz zu verabschieden.

Wir können sicher sein, daß wir, wenn es nicht um Geplänkel geht, sondern um inhaltliche Diskussion auch bei den weiteren Punkten, wo wir den Bund und das Land Niederösterreich als Partner brauchen, eine gemeinsame Linie finden werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu Postnummer 9. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt - Wiener Umweltschutzgesetz geändert wird.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es geht um das Gesetz, mit dem das Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt - Wiener Umweltschutzgesetz geändert wird. Hier geht es um die Einfügung nach § 15, daß entsprechend der Zeit im Zusammenhang mit EDV-Möglichkeiten und Anpassung das Wiener Umweltinformationssystem, das eine größtmögliche Vernetzung an Informationen und Möglichkeiten der weiteren Tätigkeit bietet, einzufügen.

In diesem Sinne ersuche ich, wenn es Wortmeldungen gibt, die Debatte zu eröffnen.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Weber. Ich erteile es ihr.

Abg Hannelore Weber (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Umweltstadtrat! Meine Damen und Herren!

Wir werden dieser Gesetzesvorlage Umweltinformationssystem zustimmen. Ich möchte aber hier nur ganz kurz aber um so deutlicher bemerken, daß dieses Umweltinformationssystem kein Landesumweltinformationsgesetz ergänzen kann. Ich warte noch immer auf jene Unterlagen, die Bürgermeister Häupl anlässlich einer mündlichen Anfragebeantwortung den Klubs zugesagt hat, daß EU-Beamte angeblich bestätigt hätten, daß das, was Sie jetzt vorhaben, Umweltinformationssystem zusammen mit dem Auskunftspflichtgesetz

nicht den EU-Linien widerspreche.

Ich ersuche dringendst, den Klubs diese Bestätigung der EU zukommen zu lassen, denn die rechtliche Auffassung, so wie ich sie nämlich gehört habe - auch seitens der EU - ist eben anders und wir bräuchten doch ein Landesumweltinformationsgesetz.

Bitte rücken Sie endlich diese Unterlagen heraus. Denn ich nehme nicht an, daß ein Bürgermeister hier herausgeht und die Unwahrheit sagt. Es wäre wirklich wichtig, damit wir hier endlich einmal zu einer Lösung kommen, daß jene Unterlagen, die Sie angeblich von der EU haben, die besagen, wir bräuchten kein zusätzliches Umweltinformationsgesetz, auch in die Hände der anderen Fraktionen in diesem Hause gelangen. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort. - Kein Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zu Postnummer 8. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Schulgesetz geändert wird, und zwar die 12. Novelle zum Wiener Schulgesetz.

Ich ersuche die Berichterstatterin, Frau Landtagsabgeordnete Lapp, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Mag. Christine Lapp: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Es geht um die 12. Novelle zum Wiener Schulgesetz, in der die gesetzlichen Voraussetzungen für die pädagogische Schulautonomie an Berufsschulen geschaffen wird sowie auch an Berufsschulen der Schulgemeinschaftsausschuß ermächtigt werden soll, autonom einzelne schulfreie Tage beschließen zu können sowie um eine flexiblere Vertretungsmöglichkeit für die Mitglieder des Kollegiums im Stadtschulrat.

Ich ersuche um Beschußfassung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Jerusalem. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Sehr geehrte

Frau Vorsitzendel Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Die GRÜNEN werden dem Gesetz zustimmen. Erlauben Sie mir aber dennoch einige prinzipielle Feststellungen zu dieser Materie, die mir sehr wichtig sind.

Ich möchte zunächst einleitend festhalten, daß ich erstens der Meinung bin, daß wir den Stadtschulrat für Wien in dieser Angelegenheit als Träger oder Fortführer der Autonomie gar nicht brauchen. Es wird sich für uns in Zukunft die Frage stellen, braucht man den Stadtschulrat überhaupt? Es wird sich die Frage stellen, soll der Stadtschulrat und sollen nicht die Landeschulräte abgeschafft werden und einer tatsächlichen Autonomie Platz machen?

Es sind ja auch bereits ähnliche Überlegungen und Anregungen von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion gekommen. Ich füge hinzu, daß ich diese Meinung teile. Ich glaube, es war der Schulsprecher der SPÖ, Herr Niederwieser, der diese Ansicht, daß nämlich der Stadtschulrat abgeschafft werden sollte, bereits auch öffentlich geäußert hat.

Zweitens bin ich der Meinung und auch darauf will ich in meiner Rede eingehen, daß die duale Ausbildung, so wie sie in Österreich stattfindet, als gescheitert zu betrachten ist und man dieses Problem wird lösen müssen.

Drittens bin ich der Meinung, daß der Bund und die Länder in Bezug auf die Lehrlinge ihrer Aufgabe der Ausbildung nicht nachkommen und daß sich auch das wird ändern müssen.

Ich bin irgendwie verwirrt, weil die Stadträtin nicht anwesend ist und meine Frage ist, wenn es sich um ein Gesetz handelt, ob da nicht die Stadträtin an sich Berichterstatterin ist oder sein sollte? Nicht? (Abg. Jean Margulies: Wir lassen nachsehen, ob das geschäftsordnungsmäßig überhaupt zulässig ist!) Bitte, ja. Nicht, daß ich meine Rede zweimal halten muß, weil sie nicht geschäftsordnungsmäßig ist. Das wäre sehr schlecht, da teile ich Ihre Meinung. (Abg. Jean Margulies: Uns ist es auch aufgefallen!)

Zum Punkt 1. An sich ist die Schulgesetzgebung eine Grundsatzgesetzgebung des Bundes. Das heißt, auf Bundesebene wird die Anzahl der Wochenstunden und die Anzahl der Planposten festgelegt. Ich bin der Meinung, wenn man diese Vorgaben und Rahmenbedingungen hat, daß es ausreicht, diese Rahmenbedingungen an die Schulen weiterzuleiten, und dort vor Ort dafür sorgt, daß die Wochenstunden und die Planposten eingehalten werden.

Es wurde nämlich vielfach, auch in unseren Unterlagen zu diesem Landesgesetz die Sorge geäußert, die Schulen selbst würden die Ressourcen überschreiten. Ich halte das für gänzlich unmöglich und teile die Sorge daher auch nicht. Denn Ressourcen, die nicht vorhanden sind, kann man auch nicht überschreiten. Ich denke daher, daß die Schulen selbst diejenigen sind, die diese Einteilung alleine und gänzlich autonom vornehmen sollten. Der Stadtschulrat wird dazu in keiner Weise gebraucht, denn die Schulen selbst wissen am

besten, welche Bedingungen und Bedürfnisse sie vor Ort haben.

Gänzlich absurd wird die Sache dann, wenn der Stadtschulrat auch noch einen Stichtag festlegt, an dem für die Berufsschulen diese Mindestanzahl an Schülern feststehen muß, denn das geht überhaupt nicht. Wir alle wissen, daß an Berufsschulen häufig erst nach Weihnachten überhaupt feststeht, wieviele Schüler an dieser Schule sein werden.

Ich plädiere daher dafür, daß man die Autonomie der Schulstandorte erweitert, den Stadtschulrat aus seiner Kompetenz diesbezüglich entläßt und eine Diskussion darüber beginnt, ob nicht der Stadtschulrat für Wien ersatzlos gestrichen werden sollte. Meiner Meinung nach ist das der richtige Weg und auch der notwendige Weg, denn es werden in Zukunft, wenn Schulen autonom Aufgaben gestellt bekommen und lösen sollen, auch Mittel an diese Schulen fließen müssen, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Und diese Mittel werden keine zusätzlichen sein, sondern müssen im wesentlichen jene sein, die derzeit in den Stadtschulrat für Wien hineinfließen.

Zweiter Punkt, die duale Ausbildung und warum ich der Ansicht bin, daß sie im wesentlichen in der Form, wie sie in Österreich derzeit gedacht ist, gescheitert ist. Sie alle, nein, einige von Ihnen, sind immer wieder bei diesen Lehrlingstagen dabei, und bei den Lehrlingstagen stellt sich eindeutig heraus, daß die Zufriedenheit der Lehrlinge, sowohl mit ihrer Ausbildungssituation an der Schule, aber auch innerhalb der Wirtschaft, gering ist und daß sich eigentlich die Lehrlinge etwas anderes wünschen.

Wir haben aber noch ein zweites Problem, das ich für ein ebenso großes halte, 700 Jugendliche haben nämlich heuer überhaupt keine Ausbildungsstelle gefunden, und ich denke mir, damit kann sich weder der Bund, noch können sich die Länder damit zufrieden geben. Da gibt es eine Verpflichtung, und diese Verpflichtung lautet, alle Jugendliche, die eine Ausbildung haben wollen, müssen diese auch bekommen.

Wir stellen das weder bei den Volksschülern noch bei den Hauptschülern in Frage. Wir pumpen sehr viel Geld in weiterbildende höhere Schulen, und wenn jemand studiert, so kostet das auch eine Menge Geld. Es wird eine einzige Ausnahme gemacht, und diese einzige Ausnahme sind die Lehrlinge. Bei den Lehrlingen wird gespart, und Sie können sich den Vorwurf nicht ersparen, daß hier eine Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit Platz greift. Damit werden wir uns in Zukunft auseinanderzusetzen haben.

Meiner Meinung nach, ist das, was jetzt gemacht wird und was heute auch in der Fragestunde bereits angeklungen ist, die Sache mit den 2 500 Schilling, die die Betriebe erhalten, die jetzt einen Lehrling für ein Jahr lang aufnehmen, eine richtige Maßnahme. Ich unterstütze sie auch, es ist aber eine Maßnahme, die das Problem an sich nicht löst. Es ist eine Notlösung, jetzt zwar eine richtige Lösung, die aber die duale Ausbildung insgesamt nicht aus ihrer Misere heraus-

reißen wird.

Zweiter Punkt. Die Überlegung, daß Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, in Zukunft in einen Fonds einzahlen sollen - auch das halte ich für eine Notlösung, über die man nachdenken kann. Aber ich füge hinzu, in der Wirtschaft rennt das üblicherweise ja ganz anders. Kein Betrieb, keine Firma, die jemanden aufnimmt, der studiert hat, zahlt in einen Fonds ein für den Fall, daß man an dieser Ausbildung nicht beteiligt war. Das ist eine sehr kuroise Maßnahme, die einer genaueren Erklärung und Überlegung Platz machen sollte. Darüber will ich nachdenken, und das muß man zur Diskussion stellen.

Insgesamt aber bleibt ein Eindruck übrig, der fatal ist, nämlich daß bei der Ausbildung von Lehrlingen nicht der Lehrling und seine Ausbildung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Man macht auch jetzt bei den Notlösungen, die man gesetzt hat, folgendes: Man formuliert ein Ziel und das Ziel lautet, man möchte dafür sorgen, daß so viel als möglich Lehrlinge in der Wirtschaft aufgenommen werden. Jetzt stehe ich nicht an, zuzugeben, daß das auch ein Ziel ist, aber mir fehlt ein anderes Ziel, das Vorrang haben müßte, und dieses erste und wesentliche Ziel heißt, wir wollen Lehrlingen eine optimale Ausbildung geben.

Dieses Ziel wird meiner Meinung nach seit Jahrzehnten nicht erreicht, denn die Klagen, die wir uns alljährlich anhören, sind immer dieselben. Und da muß man mit prinzipiellen Überlegungen einsetzen, die eines ganz klar stellen: Es ist die Aufgabe der Länder und des Bundes, Lehrlinge auszubilden. Es geht nicht an, daß Jugendliche auf der Straße stehen, weil sie keinen Ausbildungsplatz erhalten, und es geht nicht an, daß für alle anderen sehr, sehr viel Geld ausgegeben wird, ein Mehrfaches von dem, das in die Lehrlingsausbildung hineinfließt, und Lehrlinge in dieser Form benachteiligt bleiben. Das ist eine Kritik, die sich vor allem an die sozialdemokratische Fraktion richtet. Ich hoffe, sie kommt an, und ich hoffe, es besteht der Mut dazu, sich neue zukunftsorientierte Modelle zu überlegen, die den Lehrling in den Mittelpunkt des Interesses stellen.

Ein Punkt, den ich auf keinen Fall vergessen möchte, ist der mit den türkischen Lehrlingen. Jener Punkt, der ab September mit zu berücksichtigen ist und wo ich es Ihnen mit auf den Weg gebe, daß man die MA 62 diesbezüglich sehr genau informieren wird müssen, um Fehler zu vermeiden. Es gibt einen Assoziationsvertrag der Türkei mit der ehemaligen EWG, und an diesen Assoziationsvertrag ist Österreich seit dem Beitritt zur EU gebunden. Darin wird eindeutig festgehalten, daß Jugendliche mit türkischer Staatsbürgerschaft, die ihre Ausbildung in Österreich abgeschlossen haben, genauso wie inländische Jugendliche zum Arbeitsmarkt zuzulassen sind. Ich halte daher jetzt und hier fest, daß ich erwarte und mich selbstverständlich darum kümmern werde, daß das im September auch in dieser Form gehandhabt wird und wir nicht neuerlich vor dem Problem stehen, daß türkische Jugendliche

keine Arbeitsgenehmigung erhalten. - So viel nur zur Erinnerung.

Ein allerletztes Anliegen oder ein paar Worte auch zur Wiener Wirtschaft. Ich sehe sehr wohl die großen Probleme, in der sich die Wiener Wirtschaft derzeit befindet und vor allem kleine Betriebe, die große Probleme haben. Ich sehe auch die hohen Lohnnebenkosten, die es derzeit teilweise Betrieben unmöglich machen, überhaupt Leute aufzunehmen und zu finanzieren, und ich verstehe auch, daß die Wirtschaft im Rahmen des Stadtschulratkollegiums ihre Interessen vertritt, wie sie das auch tut. Das steht ihr zu. Das ist richtig so. So soll es auch sein. Aber eines fehlt mir, nämlich daß die Wirtschaft sagt, es liegt auch in ihrem Interesse, daß optimale Fachkräfte ausgebildet werden. Das soll ja das Ergebnis des Ganzen sein.

Weiters fehlt mir, daß die Wiener Wirtschaft - damit meine ich auch besonders die ÖVP - auch ganz klar und eindeutig sagt, im Mittelpunkt steht die Ausbildung der jungen Menschen. Da erwarte ich mir auch von Seiten der Wiener Wirtschaft und von Seiten der ÖVP, daß man sich in ganz Wien gemeinsam mit den Sozialpartnern, mit der Politik, mit dem Land und dem Bund darauf einigt, daß ein neues Modell der Lehrlingsausbildung entwickelt wird, das entweder das duale Ausbildungssystem ersetzt, wenn es nicht funktioniert, oder aber zweigleisig daneben fährt. Ich kann mir vorstellen, daß wir in Wien darüber diskutieren, daß neben dem dualen Ausbildungssystem auch eine Collegeausbildung eingerichtet wird, oder teilweise wäre es ja eine Ausweitung des Collegeangebots, denn teilweise gibt es da ja bereits Modelle.

Abschließend vielleicht noch ein Satz. Ich denke, wir haben lange genug die Probleme von einer Seite auf die andere gewälzt, ohne sie zu lösen. Und ich fordere Sie im Interesse der Jugendlichen auf, jetzt über neue Modelle der Zukunftsausbildung von Lehrlingen nachzudenken und auch darüber eine Diskussion zu beginnen. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Nettig. Ich erteile es ihm.

Abg Walter Nettig (ÖVP): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf auf ein paar Bemerkungen von Frau Kollegin Jerusalem eingehen, möchte aber schon sagen, daß es sehr kühn ist zu sagen, daß das duale Ausbildungssystem versagt hat. Denn da müßte man, glaube ich, schon eine eigene Veranstaltung machen, um nachzuweisen, welche Leistungen dieses Dualsystem seit 1945 für die Ausbildung erbracht hat, daß es auch zur Qualität dieser Ausbildung beigetragen hat. Warum sonst kommen fast täglich Delegationen nach Wien, um sich über den Stand und über die Konstruktion unserer Ausbildung ein Bild zu machen? Es ist ja nicht umsonst so, daß dieses Ausbildungssystem auch Nachahmer gefunden hat. Wenn nicht zuletzt in Österreich relativ wenig Gewährleistungsprozesse hinsicht-

lich der Qualität und Beschaffenheit der Produkte, wie auch der Orientiertheit der erbrachten Dienstleistungen angestrengt werden, so hängt das auch ursächlich mit der Qualität unserer Ausbildung zusammen.

Jetzt weiß ich, Sie selbst kommen aus der Lehrerschaft. Sie haben Ihre Erfahrungen. Ich darf in aller Bescheidenheit auch für mich reklamieren, wenn ich von einer Sache etwas verstehe, dann ist das sicherlich die Sache der Ausbildung. Ich selbst war ja Lehrling, habe mich damals selbst mit 50 jungen Menschen um einen Lehrplatz beworben und hatte Glück, denn es war eine schwere Zeit. Es war wieder eine andere Situation, allerdings wirtschaftlich bedingt. Ich habe diese Lehre gemacht, sie mit der Gesellenprüfung abgeschlossen und bin dann meinen Weg gegangen.

Daher kann ich auch als Unternehmer, als Jungunternehmer mit Stolz berichten, daß ich einer der ersten war, der in der Wiener Berufsschule in der Hütteldorfer Straße eine Spezialabteilung empfohlen und durchgesetzt hat, wo wir gemeinsam mit den Berufsschullehren einen ganz neuen Weg beschritten haben, und zwar daß wir die Industrie dazu gebracht haben, daß sie Geräte zur Verfügung stellt, daß sie Unterrichtsgegenstände einführt, die eben in einem kleinen oder mittleren Betrieb nicht möglich gewesen wären. Das heißt also, ich habe mich immer zum dualen Ausbildungssystem bekannt. Ich selbst habe dann Hunderte von Lehrlingen - wie ich glaube, sehr erfolgreich - ausgebildet. Viele von ihnen sind heute in leitenden Stellungen tätig beziehungsweise haben auch ihren Weg als Unternehmer gemacht. Ich glaube daher, man sollte, wenn man das Kind mit dem Bade ausschüttet, zuerst einmal schauen wo die tatsächlichen Schwächen liegen, und ich gebe zu, es gibt hier sicherlich einiges das reformbedürftig ist.

Generell, liebe Frau Kollegin, hat sich das duale Ausbildungssystem aus meiner Sicht des Fachmannes und ich würde auch sagen des positiv Betroffenen durchaus bewährt. Zum heutigen Thema möchte ich sagen, ich sehe es natürlich mit einem lachenden und einem weinenden Auge, da hier auch vorgesehen ist, dem aus meiner Sicht bisher eher bedeutungslosen Schulgemeinschaftsausschuß bei der Umsetzung der Autonomie erweiterte Kompetenzen einzuräumen.

Nun, ich darf aber schon auch sagen, daß bisher und auch in Zukunft hier offensichtlich auf einen wichtigen Partner - nämlich die Unternehmer - vergessen wurde. Eines sei dazu vielleicht auch noch ganz grundsätzlich gesagt: Alle Produkte, natürlich inklusive des Produkts der Ausbildung, werden scheitern, wenn sie am Ziel vorbeikonstruiert sind. Genauso darf ich hier auch als Vertreter des größten privaten Schulerhalters in Österreich sprechen. Wir sind neben der katholischen Kirche mit unseren Einrichtungen - Handelsakademien, Hotelfachschule Modul, die Weltruf besitzt - sicherlich sehr erfahren. Aber es ist auch uns passiert, daß wir ab und zu einmal an den Wünschen und Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei einen Lehrgang eingerichtet haben. Den haben wir dann bald wieder

eingestellt, wenn wir gesehen haben, daß dieses Produkt nicht angenommen wird.

Wieder zurückkommend auf diesen Schulgemeinschaftsausschuß. In dem Moment, wo ein Partner, der doch, glaube ich, sehr wichtig ist, nämlich jener, der auch die Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, einfach ausgeschlossen ist, wenn man ihn vor der Tür stehen läßt, dann muß ich ehrlich sagen, kann ich mir nicht vorstellen, daß aus dieser sogenannten Autonomie etwas werden kann.

Ich möchte auch sagen, meine Damen und Herren, daß sich die Situation in Wien dramatisch verschlechtert. Letzter Stand: Im Mai dieses Jahres gibt es bereits mehr als 2 600 Vormerkungen von Jugendlichen beim Arbeitsmarktservice, und auf der anderen Seite sind wir nur in der Lage - und ich bin sehr betrübt darüber, muß ich sagen - zirka 1 300 Lehrstellen anbieten zu können. Das ist ein Alarmsignal für mich, und ich darf in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß ich bereits vor einem Jahr von dieser Stelle aus auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht habe.

Aber dieses rückläufige Angebot an offenen Lehrstellen hat ja seine Ursachen. Und ich bin mit Ihnen einer Meinung, Frau Kollegin, wenn Sie sagen, man muß das Problem bei der Wurzel packen. Jawohl ich bekannte mich zu diesen Sofortmaßnahmen. Ich war ja dabei, wie wir sie auch kreiert haben. Ich bekannte mich dazu, daß es unsere Pflicht und unsere Aufgabe ist, raschest für die Unterbringung dieser jungen Menschen zu sorgen. Jahrelang haben wir jedoch zur Kenntnis genommen, daß sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmerinnen und Unternehmer in dieser Stadt, was die Lehrlingsausbildung betrifft, ständig verschlechtert haben. Denn es muß ja einen Grund haben, warum in den letzten Jahren das Angebot derartig rückläufig war. Das kann man nicht nur auf die Kosten schieben, die sind da, das ist überhaupt keine Frage.

Ich wollte nicht mit meinem eigenen Beispiel kommen, daß ich eben vor mehr als 35 oder 40 Jahren 127 Schilling monatlich an Lehrlingsentschädigung bekommen habe. Das hat damals gerade für die Wochenkarte und vielleicht für ein Packerl Mannerschnitten gereicht. Das war so in etwa der Wechselkurs. Ich bin auch sehr interessiert, daß die Lehrlingsentschädigungen weiterhin bezahlt werden. Das heißt, daß der Lehrling sehr wohl das, was er jetzt bekommt, mit den Valorisierungen auch weiterhin erhalten soll. Auf der anderen Seite glaube ich aber, es ist Zeit, gerade bei diesem Segment die Lohnnebenkosten entsprechend abzusenken. Denn es ist nicht einzusehen, daß dieser Punkt auch dazu führt, daß heute vor allem ein klein- und mittelständischer Unternehmer nicht mehr in der Lage ist, diese doch beachtlichen finanziellen Forderungen auch einspielen zu können. Das heißt, daß er aus seinen Deckungsbeiträgen diese Lehrlingsausbildung auch finanzieren kann. Das ist aber nicht der einzige Grund, das sage ich auch in aller Offenheit. Es ist heute schon angeklungen, daß auch am schulischen Sektor viele Dinge passiert sind, viele Negativentwick-

lungen passiert sind, die es einfach ebenfalls weniger attraktiv machen, junge Menschen in dieser Stadt auszubilden.

Ich darf Ihnen sagen, wir haben sicherlich in Wien insoferne eine Sondersituation, daß die Qualität der Abgänger - sprich die jungen Mädels und Burschen, die wir aus den Hauptschulen bekommen - sicherlich nicht jenem Standard der Allgemeinbildung und des Allgemeinwissens entspricht, wie wir sie zum Beispiel in den Bundesländern vorfinden. Ich spreche da aus Erfahrung. Wir haben in Graz zwei Betriebe, und neben dem besseren Ausbildungsstandard haben wir dort auch die Möglichkeit des sogenannten Blockunterrichts, der sich in der Regel sehr gut bewährt hat.

Der junge Mitarbeiter - der junge Lehrling - weiß, daß er die Möglichkeit hat, in der Berufsschule in einem Block konzentriert unterrichtet und ausgebildet zu werden. Der Lehrherr - der Unternehmer - kann seine Mitarbeiter- und Zeitplanung dadurch ganz genau einteilen.

In der Fragestunde wurde festgestellt, daß es ja in Wien bereits Gruppen gibt, die diesen Blockunterricht schon haben, einige Bereiche in der Wirtschaft aber diesen Blockunterricht nicht unbedingt begrüßen. Beides sind aber Marginalien, glauben Sie mir! Ich bin allabendlich bei Diskussionen unterwegs und weiß, wo der Schuh drückt. Eine der Hauptforderung ist eben die Durchsetzung dieses Blockunterrichts.

Ich möchte alle Damen und Herren, die mit den Vertretern der Gewerkschaft der Lehrer zu tun haben, ersuchen, auch hier ihren Einfluß geltend zu machen. Es ist nämlich schon so - das wurde ja von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin auch gesagt -, daß es von der Lehrergewerkschaft ein Pyrrhussieg war, einerseits diesen Blockunterricht zu verhindern, andererseits aber in Wien - als einzigem Bundesland Österreichs - im Bereich des Handels die Berufsschulzeit zu verdoppeln. Das hat natürlich dazu geführt, daß das Angebot noch dramatischer zurückgegangen ist. Die Lehrergewerkschaft hat hier gesiegt.

Aber warum ist es ein Pyrrhussieg? Wir brauchen uns in ein paar Jahren gar nicht mehr darüber zu unterhalten, wie wir ausbilden wollen und in welcher Form die theoretische Ausbildung zu erfolgen hat, weil wir nämlich keine Lehrlinge mehr zum Ausbilden haben werden! Das ist ja eine Entwicklung, die uns - glaube ich - allen nicht gefällt, und die wir auf alle Fälle verhindern müssen.

Ich darf aber auch bei dieser Gelegenheit betonen, daß wir jetzt mit den Vertretern der Lehrergewerkschaft in sinnvolle, konstruktive Gespräche eingetreten sind. Ich habe auch morgen diesbezüglich mit der Frau Präsidentin Hostasch ein Gespräch. Die Zeichen stehen auf Sturm! Ich möchte noch einmal sagen: Wenn nicht raschest an die Wurzeln gegangen wird, dann wird es mit der Zukunft der Wiener Ausbildung und ihrer Qualität sicherlich sehr schlecht bestellt sein.

Ich darf vielleicht noch ganz kurz darauf hinweisen - um auch den Vorwurf zurückzuweisen, daß nichts

geschehen ist -, daß wir vor Jahren ein sogenanntes 5-Punkte-Notprogramm im Rahmen des ÖVP-Programms "Wirtschaftsprogramm für Wien" vorgestellt haben.

Das alles sind aber die Details, die dazu führen, daß es eben ein geringeres Angebot von Lehrstellen gibt. Es ist - zum Beispiel - nicht einzusehen, warum man den Lehrvertrag nicht durch eine sinnvolle Bindung etwas auflockern kann. Wir stellen uns vor, daß die gesetzliche Probezeit bei Lehrverträgen von zwei Monaten auf das fröhliche Maß von drei Monaten verlängert wird. Es ist ja auch so, daß der junge Mensch erst nach einigen Wochen oder Monaten erkennt, ob er mit seiner Berufsauswahl wirklich jenen Beruf gefunden hat, der ihn zufriedenstellt und wo er auch für sich die besten beruflichen Zukunftschancen sieht.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß wir als einzige Stadt Mitteleuropas das BIWI - das Berufsinformationsinstitut - haben. Wir bieten dort mit 25 jungen Menschen eine Information an, die wirklich einmalig ist. Mit Hilfe von audivisuellen Geräten werden die Chancen, Aufgaben, Einkommensmöglichkeiten und alle Zukunftsperspektiven aufgezeigt. Ich möchte auch hier um Ihre Mithilfe ersuchen, damit wir diese wirklich sinnvolle Aufklärungs- und Informationsstelle noch besser gestalten können.

Jetzt möchte ich noch etwas zum Überzogenen Jugendschutzgesetz sagen. Ich bin sehr dafür, daß der Jugendschutz selbstverständlich streng gehandhabt wird. Ein spezifischer Jugendschutz muß auch entsprechend angewendet werden. Ich sehe aber - zum Beispiel - nicht ein, daß heute einerseits jeder 14jährige Lehrling alleine eine Disco bis Mitternacht besuchen darf, andererseits aber zur gleichen Zeit in einem gastronomischen Betrieb vor Vollendung des 19. Lebensjahres nicht arbeiten darf. Also das sind - aus unserer Sicht - Ungereimtheiten, über die man sicherlich auch diskutieren sollte.

Dann die Schikanen für die Ausbildner! In den vergangenen Jahren wurde versucht, die Qualität der Ausbildung durch neue und zusätzliche Auflagen abzusichern. Das ist durchaus zu unterstützen, hat aber zu sehr überzogenen Bestimmungen geführt. So ist es aus unserer Sicht absolut unzumutbar, daß Personen, die schon seit Jahren und Jahrzehnten Lehrlinge erfolgreich ausbilden, nachträglich eine Ausbildnerprüfung ablegen müssen. Also hier müßte doch eine Unterstützung - ich würde sagen mit Augenmaß - für die Möglichkeit der Erteilung einer sogenannten Nachsicht gefunden werden.

Vor allem aber die Lohnkosten müßten sicherlich den Marktrealitäten angepaßt werden. Ich bin ja persönlich ein Gegner von Subventionen oder Unterstützungen. Ich bin der Meinung und der Überzeugung, daß ein Unternehmer in einer Stadt, einer Region oder einem Land dann erfolgreich sein kann, wenn er die Möglichkeit hat, seine Gewinne und Deckungsbeiträge selbst - ohne sinnvolle oder sinnlose Subventionen - zu verdienen. Es gibt selbstverständlich Ausnahmen, wie wir sie hier in dieser Stadt im Rahmen des Wiener

Wirtschaftsförderungsfonds durchführen. Aber genauso würde ich meinen, daß hier bei der Diskussion um die Absenkung von Lohnnebenkosten andere Maßstäbe angewandt werden müßten!

Wir müssen alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen, damit wir das Gespenst der Jugendarbeitslosigkeit in dieser Stadt in den Griff bekommen! (Beifall bei der ÖVP.)

Glauben Sie mir, das ist ein Thema, das mir ganz besonders nahegeht, und es tut mir weh, wenn ich sehe, daß auch tüchtige, vermittelbare, junge Menschen mit einer guten Ausbildung nicht in der Lage sind, einen geeigneten Lehrplatz zu finden. Es ist ja nicht so, daß sich heute die jungen Leute speziell auf einen Beruf konzentrieren und sagen: Ich will entweder diesen Beruf oder gar keinen. Sie sind einsichtig geworden und wählen zwischen zwei, drei verschiedenen Berufen, die sie bevorzugen, aus. Dabei setzen sie natürlich auch Prioritäten. Ich muß Ihnen sagen, daß einem das Herz weh tut, wenn man die jungen Leute wegschicken und ihnen jede Illusion rauben muß! Hier muß etwas geschehen!

Ich möchte mich bei der Gelegenheit aber auch bei allen Damen und Herren aller Fraktionen bedanken, mit denen wir tagtäglich - jede Woche, jedes Monat, jedes Jahr - zusammenarbeiten, wenn es um die Ausbildung dieser Jugend geht. Ich darf auch bitten, daß wir dieses so wichtige Thema aus dem kleinkarierten Parteienwahlkampf heraushalten, so wie das ja bisher auch geschehen ist.

Zusammenfassend möchte ich feststellen und hoffe, liebe Frau Kollegin (zur Abg Susanne Jerusalem gewandt), daß ich auch Sie noch von der Zukunft des dualen Ausbildungssystems überzeugen kann: Es ist viel zu ändern und zu modernisieren - das gebe ich zu -; und ich glaube, daß auch die Lehrergewerkschafter umdenken werden. Davon bin ich überzeugt. Die Gespräche sind im Fluß. Die Unternehmer müssen an sich selbst und an der weiteren Verbesserung der Qualität der Ausbildung in den Betrieben arbeiten, das ist überhaupt keine Frage. Aber glauben Sie mir, das Gros der jungen Lehrlinge ist mit der Ausbildung zufrieden! Es gibt da und dort berechtigte Reklamationen und Kritik. Wir nehmen das ernst und sind nicht bereit, schwarze Schafe in unseren Kreisen zu decken und zu schützen.

Zum Abschluß habe ich noch einen Wunsch, und ich glaube, daß Sie sich mit diesem auch identifizieren können: "Karriere mit Lehre" darf kein leerer Slogan bleiben! Die Wiener Lebensqualität hängt ursächlich mit der Qualität der Ausbildung zusammen!

Nochmals herzlichen Dank an alle, die sich um die Zukunft dieser Jugend annehmen. Ich bin davon überzeugt, daß wir gemeinsam dieses Problem auch lösen werden! - Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr Erwin Hirnischall: Als nächste Rednerin ist die Frau Abg Schwarz-Klement gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ): Herr Präsident! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Da-

men und Herren!

Mit dieser 12. Novelle zum Schulgesetz soll nun auch den Berufsschulen - analog der Regeln im AHS- und im Pflichtschulbereich - ein Stückchen Selbstbestimmung gewährt werden.

Wir Freiheitlichen werden dieser Gesetzesvorlage zustimmen, weil es ein Schritt in die richtige Richtung ist, aber unter Selbstbestimmung stellen wir uns schon etwas anderes vor! Meine Damen und Herren von der SPÖ, was Sie hier unter Autonomie dem Bürger, dem Lehrer, dem Schüler, dem Direktor - ich möchte die Reihung jetzt nicht werten - und dem Wähler als Autonomie verkaufen wollen, ist nichts anderes als eine politische Leine der SPÖ, an der die Schulen weiterhin gegängelt werden sollen! Diese politische - wenn auch etwas verlängerte - Leine bleibt bestehen.

Bedingt durch die Tatsache, daß der Wiener Stadtschulrat - und natürlich auch das zuständige Ministerium - in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich in den Händen einer Partei war, ist es auch so wichtig, daß wir im Stadtschulrat den Vizepräsidenten, der hier eine sehr wichtige Kontrollfunktion ausübt, stellen. (Abg Volkmar Harwanegg: Das werden wir aber wieder abschaffen!) Er ist hier anwesend und ich darf ihn hiermit herzlichst begrüßen, denn er ist an dieser Sache natürlich sehr interessiert!

Die Tatsache, daß dieser Wiener Stadtschulrat seit Jahrzehnten in den Händen einer Partei ist, ist für unsere Stadt und für unser Land nicht ohne Folgen geblieben.

Unser Schulwesen genoß einst international einen ausgezeichneten Ruf. Diese Zeiten sind längst vorbei, wie wir alle mittlerweile erfahren haben. Eine OECD-Studie hat das auch bereits aufgezeigt. Fest steht jedenfalls, daß das Bildungsniveau unserer Jugend ständig im Sinken begriffen ist. Ein Grund dafür ist sicher, daß Sie, meine Damen und Herren von den Sozialisten, mit aller Gewalt die gemeinsame Schule der 10- bis 14jährigen herbeiführen wollen. Sie haben dafür schon sämtliche Hintertüren geöffnet! Sie vergessen aber dabei, daß bei aller Chancengleichheit, die die Kinder haben sollen, nicht alle Kinder gleich sind. Begabtenförderung ist natürlich in der sozialistischen Ideologie nicht vorgesehen, aber dafür ist ein Aufsteigen mit "Nicht genügend" bereits möglich! Man diskutiert bereits über die Abschaffung der Beurteilung, obwohl alle Umfragen beweisen, daß Schüler ihre Leistungen beurteilt wissen wollen. Da frage ich mich natürlich schon, wie das Zeugnis der Zukunft denn ausschauen wird: "Hat am Unterricht teilgenommen" oder - da ja die Fehlstunden jetzt auch nicht mehr registriert werden - lautet das Zeugnis dann vielleicht: "War hier angemeldet"?

Jedenfalls, meine Damen und Herren der Stadtregierenden, so präzise Ihre Vorstellungen für Nivellierungen nach unten sind, so vage bis gar nicht vorhanden sind Ihre Pläne zur Förderung von Begabten. Umfragen haben ergeben, daß Schüler und Studenten durchschnittlich bereits 22 Jahre für ihre Ausbildung

benötigen. Gleichzeitig ist aber die Studierfähigkeit der Maturanten deutlich gesunken, obwohl die Eltern für das heimliche Schulgeld - für den Nachhilfeunterricht - Unsummen bezahlen. Wenn aber heute ein Kind eine Hauptschule besuchen will, weil es einen gewerblichen Berufswunsch hat und das Handwerk ja noch immer goldenen Boden hat, muß es mit dem Unverständnis seiner Umwelt rechnen. Da wird hinter vorgehaltener Hand im Bekannten- und Freundeskreis getuschelt, und es wird auch ganz offen gefragt, ob es vielleicht mit dem Lernen nicht so recht klappt! All diese Dinge müssen das Kind und die Familie über sich ergehen lassen.

Aber gerade der eklatante Mangel an Facharbeitern beweist die Notwendigkeit einer Änderung dieses Schulsystems! Die klassische Mittelschule mit ihrem humanistisch - ethischen Lehrauftrag gibt es praktisch nicht mehr. Die Hauptschule, die eine solide Berufsgrundausbildung vermitteln sollte, ist zu einer Restschule verkommen, nicht zuletzt durch den überaus großen Anteil von Schülern, die unserer Sprache nicht mächtig sind. Unsere Jugend ist auf dem besten Weg, die Grundkenntnisse des Lesens und Schreibens zu verlernen! Herabgesetzte Anforderungen in der Schule, Fernsehen, Computer und vieles mehr haben ihr die Fähigkeit genommen, sich zu artikulieren. "Super", "klass", "mega" und so weiter - wir kennen alle diese Einwortsätze, mit denen unsere Jugend ihre Gefühle ausdrückt!

Die Folgen werden nicht nur in der Berufsschule spürbar, sondern sie begegnen uns auf Schritt und Tritt im täglichen Leben. Fachlich verunsicherte, nicht verantwortungsbewußte Schulabgänger begegnen uns immer wieder in Ämtern, Geschäften und so weiter. Es tut mir leid, daß die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin im Augenblick nicht da ist, aber bei der Beantwortung auf die vielen Anfragen, die der Kollege Honay an sie gestellt hat, hat sie nichts anderes als Schönfärberei - mit plakativen und schönen Worten - betrieben. Die Situation unserer auszubildenden Jugend ist wirklich nicht rosig und nicht so, wie sie es dargestellt hat! Wie soll man denn auch im Berufsleben bestehen, wenn einem nicht beigebracht werden durfte, Verantwortung zu tragen, Probleme auch allein zu bewältigen und Leistungen zu erbringen?

Wir leben in einer Leistungsgesellschaft, und man sollte doch annehmen, daß in dieser materialistisch gesinnten und bestimmten Gesellschaft das Leistungsprinzip an oberster Stelle rangiert. Aber immer mehr Betriebe sind vom Gegenteil überzeugt, lehnen es ab, solche Lehrlinge aufzunehmen, und geben die Lehrlingsausbildung auf. Die Folgen sind uns allen bekannt und klar: Jugendarbeitslosigkeit. Das ist eines der am häufigsten gebrauchten Worte dieser Tage, und seitens der SPÖ droht die Gefahr, daß wieder nur kurzfristige Überlegungen realisiert werden.

Wenn ich vorhin bei den Ausführungen der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin nichts falsch verstanden und zwischen den Zeilen richtig mitgehört ha-

be, dann hat sie eine Lehrlingssteuer oder Lehrlingsabgabe angekündigt. Ich hoffe, ich habe es richtig verstanden, und nehme an, sie wird das noch aufklären. (Abg Andreas Honay: Das wird sie!)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie daher alle gemeinsam dringlich auf: Schaffen Sie endlich Voraussetzungen für Schulen, die auf das Leben vorbereiten! Geben Sie unserer Jugend doch endlich eine Chance! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirnischall: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg Vettermann das Wort.

Abg Heinz Vettermann (SPÖ): Herr Präsident! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor allem geht es ja darum, daß die Teilungszahlen und die freien Tage genauer definiert werden sollen und es ein Stück mehr Schulautonomie geben soll. Es wurde aber auch einiges Grundsätzliches zum Stadtschulrat und zur Schulpolitik gesagt. Ich will das alles doch ganz kurz beantworten.

Die Forderung, daß man den Stadtschulrat abschaffen sollte, ist wirklich keine sozialdemokratische aus Wien. Ich kann mir so etwas eigentlich überhaupt nicht vorstellen. Dieses Gremium ist doch als Brain-Trust organisiert, und eine Landesorganisation ist zwingend notwendig. Es kann ja nicht jede Schule lehren, was sie will! Natürlich gibt es die Bundesgesetze, aber die Feinabstimmung und die genauere Koordination geschieht im Stadtschulrat. Das ist - glaube ich - eine wertvolle und wichtige Arbeit, die hier im Interesse Wiens geschieht.

Ich persönlich lehne die Abschaffung ab. Ich sage ja zu mehr Autonomie. Die Festlegung eines Stichtags ist deshalb notwendig, weil am Anfang des Schuljahrs noch nicht klar ist, welche Schülerzahl es geben wird. Man braucht aber irgendwann eine Teilungszahl. Daher ist es richtig und lebenspraktisch - und auch für die Wirtschaft gedacht -, daß diese Teilungen erst ab einem gewissen Stichtag erfolgen. Das ist der wahre Grund!

Ich meine, die Kollegin Schwarz-Klement hat sich hier als Kassandra versucht. Bei mir ist es nämlich so angekommen, daß das der Untergang des Abendlandes sei, denn der Analphabetismus droht! (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Lesen Sie keine Zeitung?) Ich meine, daß gerade das Gegenteil der Fall ist! Die Jugend ist - alles in allem - besser ausgebildet als je zuvor! (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Sie haben keine Ahnung von der Praxis!)

Mir ist auch überhaupt nicht einsichtig, daß unsere Versuche, die Schule der 10- bis 14jährigen zusammenzuführen, direkt mit der Berufsschule zu tun haben sollen. Die Berufsschule beginnt ja bekannterweise erst nachher! Das wurde halt, weil es ideologisch paßt, auch in diese Diskussion geworfen. Es mag auch im Umfeld der FPÖ schon möglich sein, daß getuschelt wird, wenn jemand in die Hauptschule geht. Richtig ist es auf keinen Fall, weil es ja gerade dort Fördergruppen gibt. Dort gibt es ja die Leistungsgruppen, die es

Übrigens auch in den Berufsschulen gibt. Gerade hier wird ja auch Begabung gefördert. Wir setzen mehr auf Förderung statt auf Bestrafung. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg.

Wenn man sich also die Lehrlingsentwicklung in Wien anschaut, muß man sagen, daß sie - international gesehen - gut ist. Es ist aber sicher richtig, wenn gesagt wird, daß jeder Lehrstellensuchende - jeder einzelne - zuviel ist! Deshalb gibt es ja auch die Wiener Lehrstellenoffensive, um die - international gesehen - niedrige Zahl der Null anzunähern. Das ist - glaube ich - eine richtige und wichtige Aktivität.

Man sollte "Karriere mit Lehre" aber nicht nur plakatieren - das zur Wirtschaft gesagt -, denn sonst bleibt es eben das Schlagwort, das es im Moment ist. Eines muß ich schon sagen: Man kann das doch nicht plakatieren und dann nicht ausbilden! Wer soll denn ausbilden, wenn es die Wirtschaft nicht tut? Sie fordert ja die gut ausgebildeten Fachkräfte! Diese gut ausgebildeten Fachkräfte sind ja auch das Kapital, das wir in Wien haben. Wenn aber niemand mehr ausbilden will, wird es sie nicht mehr geben, oder es gibt dann eine Entwicklung wie in Deutschland. Dort halbieren sich die Lehrlingszahlen, sodaß faktisch nur mehr die eine praktische Ausbildung bekommen, die dann junge Meister werden. Die anderen gehen in eine berufsbildende mittlere oder höhere Schule. Diese Schulen gibt es ja auch in Wien, und sie werden auch immer mehr genutzt. Wenn man aber diesen Trend stoppen will, dann muß man eben Lehrplätze schaffen,

Ich glaube (*Beifall der SPÖ*), daß wir hier ein klares Bekenntnis zum dualen System abgeben sollten. Es hat sich bewährt, aber man sollte die jetzige schwierige Situation nicht versuchen auszunützen. Ich meine, daß ich schon verstehe, was die Wirtschaft tut. Wir werden aber da sicher nicht nachgeben, damit man gleich mit einem total sozialen Abbauprogramm beginnen kann! Ich glaube nicht, daß, wenn man sagt: Wir erweitern die Probezeit, wir lockern die Kündigungsfristen, wir tun dies und das, wir zahlen noch weniger, sich alles zum Guten wenden wird.

Ein klares "Nein" von uns zum Sozialabbau unter diesen Voraussetzungen, aber ein "Ja" zu mehr Flexibilität und zu einer finanziellen Förderung, die gerade bei Jugendlichen gerechtfertigt ist. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ist sogar noch ärger als die Langzeitarbeitslosigkeit von Erwachsenen. Mit diesen muß man nach einem Jahr nämlich wieder ein Arbeitstraining machen. Dieses Sozialtraining, bei dem die sozialen Techniken, die in einem Jahr verlernt wurden - Pünktlichkeit, wie man mit dem Chef umgeht, wie man in Gruppen zusammenarbeitet -, wieder erlernt werden, bezahlt das Arbeitsamt. Bei einem Jugendlichen aber, der das nie gelernt hat, muß man nachsozialisieren. Das rechtfertigt in diesem Bereich auch erhöhte Aufwendungen, erhöhte Geldmittel und eine erhöhte Förderung, um jedem, der diese Ausbildung haben möchte, diese Chance auch geben zu können.

Es gibt jetzt die Wiener Lehrstellenoffensive, die

von der Frau Vizebürgermeisterin initiiert wurde, und ich glaube, sie läuft wirklich gut. Bis Juni wird mit einer finanziellen Förderung probiert, den Sockel, den es jetzt gibt, abzubauen. Vom letzten Schuljahr sind noch 350 Jugendliche übriggeblieben, und davon wurden jetzt über 100 vermittelt. Wir werden natürlich bei den Absolventen des heurigen Schuljahrs wieder das gleiche Problem haben. Wir werden aber hier mit entsprechenden Förderungen agieren und Kurse für diejenigen, die den Hauptschulabschluß nicht geschafft haben - das ist sicher ein zusätzliches Handicap - anbieten. Wir werden ihnen Arbeitserprobungen anbieten, und ich glaube, daß wir damit auch bei dem etwas schwierigeren Teil der Jugend vorgesorgt haben.

Zum Blockunterricht möchte ich sagen, daß natürlich auch die Schule hier flexibel agieren soll. Es ist nur so, daß in der Steiermark, wo (*zu Abg Walter Nettig gewandt*) - Ihrem Beispiel nach - der Blockunterricht bereits existiert, trotzdem die Lehrlingszahlen sinken. Es kann also nicht allein am Blockunterricht liegen, denn sonst müßten die Lehrlingszahlen in der Steiermark gleich bleiben und nur in Wien sinken! Das ist aber nicht der Fall!

Ich bin dafür, daß wir über den Blockunterricht verhandeln. Diese Verhandlungen gibt es ja auch schon. Wir sollten das branchenweise machen, denn es gibt ja schon einige Branchen mit Blockunterricht. Außerdem wurde mir von Berufsschullehrern gesagt, daß im Gastgewerbe von den Lehrern so eine Abstimmung gewünscht wurde, aber die Innung sie nicht wollte. Aber in den Branchen, wo es die Innung will, wird zu gegeben, daß es noch Schwierigkeiten mit den Berufsschullehrern gibt. Ich denke mir, daß wir uns Branche für Branche anschauen sollten, um festzustellen, in welcher Zeit solche Blocks am besten stattfinden könnten, weil es doch zumindest vier Wochenblöcke geben müßte. Ich glaube, das wäre der richtige Weg.

Bei den zehn Punkten der Wiener Lehrstellenoffensive ist ja auch vorgesehen, daß wir Basismodule anbieten. Das sind Module, um gewisse Fertigkeiten - falls diese in der Unterstufe der Schule nicht vermittelt wurden - noch zusätzlich zu erwerben. Ich glaube, daß auch das ein zusätzliches Angebot ist, um mögliche Defizite abzubauen. Die 2 600 Suchenden, die genannt wurden, sind ja jetzt noch in der Schule. Wir werden also bis Ende Juni versuchen, den schon genannten Sockel abzubauen, damit wir uns dieser Vermittlung dann mit verstärktem Elan widmen können.

Wien spart nicht bei den Lehrlingen, im Gegenteil. Wir investieren viel in die Berufsschulen, und zwar genausoviel wie für die AHS und für die weiterführenden Schulen. Ich glaube sogar, wir sind das einzige Bundesland in Österreich, das bei den Lehrlingen nicht sparen will, denn wir sagen, daß uns jeder Schüler gleich viel wert ist, egal, ob Lehrling, Maturant oder Schüler einer anderen Schule.

Ich möchte also zum Schluß sagen, daß es neben diesen Investitionen zwei Forderungen gibt, von denen ich überzeugt bin, daß deren Erfüllung die Situation

verbessern würde.

Die eine Forderung ist, daß man doch - um besser vermitteln zu können - probieren sollte, die Berufe vermehrt zu Flächenberufen zusammenzuschließen. Dadurch wäre man mit einer Ausbildung in drei, vier, fünf Berufen einsatzfähig, und ein wahrscheinlicher Wechsel wäre leichter und schmerzloser möglich.

Die zweite Forderung ist der Berufsausbildungsfonds, der mir überhaupt nicht kurios vorkommt, im Gegenteil. Ich finde es eine große Ungerechtigkeit, daß einige wenige Betriebe die Ausbildungskosten für alle tragen, und alle anderen - ich würde sagen Mitschmatzter - sich dieses Reservoirs bedienen. Ich sage, daß die Betriebe, die nicht ausbilden wollen, dafür zahlen sollen, daß einige wenige im Interesse der gesamten Wiener Wirtschaft diese Arbeit auf sich nehmen! (Beifall bei der SPÖ.)

Der heutige Beschuß ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er bringt für die Berufsschulen mehr Flexibilität. Das wird die Zukunft der Wiener Lehrlinge - zumindest in diesem einen Teil - positiv beeinflussen. Ich freue mich über die heutige Zustimmung. - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirnischall: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg Mag Karl das Wort.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die vorliegende 12. Novelle zum Wiener Schulgesetz regelt vier Punkte:

1. Die Schulautonomie auch im Berufsschulbereich.
2. Die Festlegung einzelner schulfreier Tage an Berufsschulen durch die Schulgemeinschaftsausschüsse.
3. Eine Vertretungsregelung im Kollegium des Stadtschulrats für Wien nach Kurien und Fraktionen.
4. Eine Anpassung der Zitierungen an das Wiener Bezügegesetz 1995.

Zu 3 und 4 ist nichts zu sagen, denn das sind Anpassungen.

Vorerst möchte ich einmal kritisch bemerken, daß wir im Mai 1996 das beschließen, was in einzelnen Punkten bereits seit September 1995 durchgeführt wird. Ich habe das bereits im Ausschuß kritisiert, und die Frau Vizebürgermeisterin meinte, daß andere Bundesländer noch später dran seien. Das ist zwar richtig, ist aber keine Entschuldigung, da es auch welche gibt, die früher und rechtzeitig dran waren. Es sollten jedenfalls hier in Zukunft die Dinge rechtzeitig beschlossen werden.

Zur Schulautonomie, zu der wir natürlich positiv eingestellt sind, ist zu bemerken - der Herr Präsident Nettig hat das ja auch schon getan -, daß die Lehrberechtigten in den Schulgemeinschaftsausschüssen nicht vertreten sind.

Ich bringe daher den folgenden Beschußantrag ein:

Die zuständige Frau amtsführende Stadträtin möge namens des Wiener Landtags die Frau Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten ersuchen, die notwendigen gesetzlichen Änderungen einzuleiten, um den Lehrberechtigten an den Berufsschulen

ein Mitspracherecht zu sichern, das dem der Eltern an anderen Schulen gleichwertig ist.

Das ist eine Bundesregelung, die nur auf diese Art und Weise durchgeführt werden kann, und ich beantrage in formeller Hinsicht die Zuweisung an den zuständigen Ausschuß.

Im Zusammenhang mit den Fragen der Schulautonomie darf ich mir aber erlauben, auf Mißstände in einem anderen Bereich des Wiener Schulwesens hinzuweisen, auch wenn sich der Landeshauptmann als Stadtschulratspräsident hinter dem § 123c der Wiener Stadtverfassung - kein Bereich der Vollziehung des Landes - versteckt hat.

Die Wiener AHS haben sei 1. Jänner 1996 finanzielle Autonomie. Jede Schule erhält einen Betrag, der sich aus einem Grundbetrag, dem Steigerungsbetrag für jede Klasse, dem Reinigungsanteil, dem Energieanteil, dem Brennstoffanteil, dem Mietenanteil, dem Fahrtkostenzuschußanteil, dem Kostenersatzanteil, dem Projektanteil und dem Swing zusammensetzt. Diese Gelder werden vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten an den Wiener Stadtschulrat überwiesen, der sie an die Schulen weitergeben soll.

Angeblich werden diese Beträge aber nur beträchtlich gekürzt an die Schulen weitergegeben, weil der Stadtschulrat jahrelang sein Budget überzogen hat, und daher Schulden haben soll. Die Weitergabe der Mittel hat auch bereits zwei Berichtigungen erfahren. Die Diskussion über die Bezahlung von Heizung und Reinigung, aber auch andere aus dem Budget zu bezahlende Dinge - wie zum Beispiel die Lehrerfortbildung - hat zu beträchtlicher Unruhe an einigen Schulen geführt.

Ich habe mir also erlaubt, an den Herrn Landeshauptmann eine Anfrage zu richten. Ich habe gefragt, ob der Stadtschulrat Schulden hat, und es richtig ist, daß Gelder, die vom Ministerium zugewiesen wurden, zurückgehalten werden. Ob es zum Beispiel auch richtig ist, daß die Wiener Schulen für Fernwärme mehr zahlen als andere Abnehmer.

Der Herr Stadtschulratspräsident - nicht der amtsführende, sondern der wirkliche, also der Herr Landeshauptmann - hat also eine Beantwortung dieser Anfrage abgelehnt, was vielleicht - streng verfassungsrechtlich genommen - sogar richtig ist, ich aber doch als ein wenig kleinlich empfunden habe.

Ich glaube, man sollte noch einmal sagen - Herr Präsident Nettig hat es schon erwähnt -, daß das duale System ein System ist, um das wir in ganz Europa begeistert werden. Es ist ein System, das man erhalten sollte, und das auch dann nicht gescheitert ist, wenn bei Lehrlingstagen vereinzelt darüber Beschwerde geführt wird, daß Lehrlinge mißbräuchlich zum Zusammenkehren oder zur Verrichtung von anderen niederen Arbeiten verwendet werden. Natürlich gibt es schwarze Schafe, und gegen diese soll man vorgehen. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, daß auch einem Lehrling keine Perle aus der Krone fällt, wenn er einmal zu-

sammenkehrt! Das darf natürlich nicht eskalieren, aber grundsätzlich sollte man das nicht überbewerten.

Im Zusammenhang mit dem erwähnten Blockunterricht bin ich guten Mutes, daß hier ein Kompromiß zwischen den Interessen der Wirtschaft auf der einen Seite und den Interessen der Lehrergewerkschaft auf der anderen Seite - ich sage das als ein alter Gewerkschafter - durchaus gefunden werden kann.

Was schließlich den Vorschlag der Kollegin Jerusalem, den Stadtschulrat abzuschaffen, betrifft, so sage ich ganz offen, daß ich mir schon manchmal wünschen würde, daß es ihn nicht mehr gäbe, weil hier - vor allem in bürokratischer Hinsicht - oft Dinge geschehen, die eigentlich wirklich nicht zu verstehen sind. Ich bin aber doch nicht ganz davon überzeugt, daß wir auf ihn ganz verzichten können. Ich würde mir vielleicht eine gewisse Zurückdrängung - vor allem auf bürokratischem und juristischem Gebiet - wünschen, glaube aber, daß man ihn doch nicht ganz abschaffen wird können.

Es gibt den berühmten Spruch, den ich nicht nur für einen Spruch, sondern für eine ganz wichtige Lebensweisheit halte: "Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir." Heute lernen wir nicht mehr nur eine ganz kurze Zeit, sondern wir müssen lebenslang lernen. Wenn wir diese zwei Grundsätze befolgen, dann ist mir um das Wiener Schulwesen nicht bang! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr Erwin Hirnchall: Als weiterer Redner hat sich noch der Abg Wolfram zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Gert Wolfram (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich habe in der Anfragestellung des Herrn GR Honay mit großer Begeisterung festgestellt, daß dem Berufsbild der Lehrlinge doch mehr Bedeutung zugeschrieben werden soll. Wir leiden ja nicht nur deswegen unter diesem Mangel an Lehrlingsausbildungsstätten, weil die wirtschaftliche Situation etwas schwieriger geworden ist, sondern weil es ganz bewußte Politik war, die Entwertung der Handarbeit auf die Fahnen zu schreiben.

Wir haben es - und das ist ein Vorwurf, den ich an die linke Reichshälfte stellen muß - damit zu tun, daß in der Gesellschaft ein Lehrling in seiner Qualität nicht diese Anerkennung bekommen hat, die ihm eigentlich hätte zukommen müssen. Die Handarbeit und die schöpferische Tätigkeit, die in der Folge dann ein Facharbeiter ausgeführt hat, ist eine Qualität, die in Zweifel gezogen wurde.

Alle Kinder drängen in die höhere Mittelschule. Der Beruf ohne Arbeitsmantel ist ein Berufsbild, das unter dem Titel "Meine Kinder sollen es einmal besser haben" angestrebt wird.

Ich bin also damit einverstanden, daß man hier neue Berufsbilder erstellen möchte, und hoffe, daß das vernünftig - auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft - durchgeführt werden wird.

Wir haben schon in den verschiedenen Bereichen gehört, daß diese Lehrlingsausbildung - das duale Ausbildungssystem - ein vernünftiges System ist. Ich stehe dazu, obwohl es von der Frau Kollegin Jerusalem kritisiert wird. Wir stehen auch zu diesem dualen Ausbildungssystem. Wir haben nur das Problem, daß dem Lehrherrn in den verschiedensten Bereichen unzumutbare Schwierigkeiten zugemutet werden. Der Herr Präsident Nettig hat schon einige aufgezählt. Es ist einfach nicht zumutbar, daß man den Lehrherrn mit einer Fülle von Nebenbelastungen überhäuft.

Ich darf Ihnen da nur ein Briefes vorlesen, das von der Republik Österreich an einen Lehrausbildungsbetrieb geschrieben wurde, und das wirklich nicht dazu beiträgt, daß die Situation zwischen Lehrherrn und Lehrling verbessert wird:

Da gibt es jetzt - offensichtlich von Sozialisten eingeführt - in Wien einen Rundruf (*Abg Andreas Honay: Von den Sozialdemokraten!*), mit dem man versucht, herauszufinden, ob in Kfz-Betrieben auch Mädchen aufgenommen werden. Das wurde in Wien nämlich flächendeckend gemacht.

In diesem Fall war der 85jährige Patriarch am Telefon und hat gesagt: "Also Mädchen bilden wir keine aus." Er kriegt nämlich sonst die Probleme mit der sexuellen Belästigung. Das ist in Punkt 9 der wichtigsten Neuerungen nachzulesen. Er bildet schon weibliche Lehrlinge aus, aber natürlich nur im Büro. Im Kfz-Betrieb möchte er sie nicht ausbilden.

Was passiert also jetzt? Er bekommt einen Brief vom Bundeskanzleramt. Die Anwältin für Gleichbehandlung, die Frau Mag Ines Grabner, schreibt ihm, er habe ein Mädchen als Lehrling abgelehnt und dadurch gegen das Gleichbehandlungsgesetz verstößen. Dieses Gleichbehandlungsgesetz verbietet es nämlich, das Mädchen abzulehnen. Wunderbar! Er muß also der Frau Mag Ines Grabner bis 31. Mai 1996 eine Stellungnahme abgeben, warum er das Mädchen abgelehnt hat. Natürlich wird er jetzt schreiben, daß es ein Irrtum war, und er natürlich auch ein Mädchen einstelle. Das ist kein Problem. Sie soll kommen und eine Aufnahmsprüfung machen. Bei dieser wird sie aber dann durchfallen, denn es ist ja klar, daß er sie gar nicht aufnehmen will!

Es kann nicht funktionieren, wenn man versucht, die Gesellschaft mit Gesetzen in den Griff zu kriegen! Das kann nur über einen anderen Weg funktionieren. Man kann nur auf den Betrieb vernünftig einwirken, und ihm Unterstützungen geben.

Ich habe gehört, daß das heute auch angesprochen werden wird. In diesem Zusammenhang ist auch diese Übergangslösung mit den 2 500 S Unterstützungen sehr zu begrüßen. Das ist ein vernünftiger Weg! Aber das andere ist ein Blödsinn, und - unter uns gesagt ist - der falsche Weg, denn das führt zu einer Konfrontation! Dieser Lehrherr ärgert sich noch bis in die ferne Zukunft, daß er eine Antwort schreiben muß.

Das nächste Thema ist natürlich, daß die schulische Ausbildung wirklich reformiert gehört. Der Block-

unterricht gefällt dem Kollegen Honay nicht so gut, denn offensichtlich erinnert ihn das an unsele Zeiten. Mir ist es gleich, wie das heißt, und ich bin dafür, daß das Problem berufsspezifisch gelöst wird, und nicht alle gleich betreffen soll. Es soll nach den beruflichen Notwendigkeiten gelöst werden.

Ein weiterer Punkt unserer Kritik ist natürlich die Ausbildung der Lehrer. Wir haben im Fachbereich in der Warenkunde einen katastrophalen Mangel zu verzeichnen. Wir haben keine wirklich ausgebildeten Lehrer.

Ich bringe Ihnen jetzt ein Beispiel, denn in Österreich gibt es nämlich ein Kuriosum. Es gibt überall wirtschaftliche Probleme, und wir schaffen uns durch vorauselenden Gehorsam selbst auch noch Probleme!

In meiner Berufssparte gibt es die Lösungsmittelverordnung. Hier kommt der Gesetzgeber zu der grandiosen Überlegung, daß er in Österreich verbietet, Farben und Lacke zu verkaufen, die Lösungsmittel beinhalten. Es darf nur mehr mit Wasserlacken gearbeitet werden. An sich ist die Idee ja gar nicht so schlecht. Gefährlich sind ja nur die Dinge, die gut gemeint sind, aber schlechte Auswirkungen haben. Was passiert aber? Wir haben dadurch einen Technologieeinbruch von 70 Jahren. Wir haben in dieser Berufssparte "Farben und Lacke" eine Erfahrung von 70, 80 Jahren, die mit einem Schlag nicht mehr zählt. Wir beginnen mit einer technologisch verordneten Umstellung auf Wasserlacke. Das bedeutet, daß wir ein Erfahrungspotential von 2, 3 Jahren haben. Wir wissen überhaupt nicht, wie sich das im Renovierungsbereich auswirken wird. Wir wissen nicht, wie das mit der Haftung aussieht wird. Wir wissen nicht, wie das alles in 3, 4 Jahren zu bewältigen sein wird. Wir haben im Berufsbereich aber Leute, die auf dem alten Technologiestand ausgebildet sind, und natürlich keinen blassen Dunst davon haben - wie eben die meisten der in unseren Bereichen ausgebildeten älteren Mitarbeiter -, wie sich diese Technologieänderung auswirken wird.

Hier müßte es eine wesentliche Hilfe durch die Ausbildung geben, und im Schulgesetz müßte mehr Beweglichkeit vorhanden sein, sodaß es tatsächlich möglich wäre, Leute aus der Praxis und mit Erfahrung in diesen Schulbereich einzubringen.

Aber man geht ja hier den verkehrten Weg. Früher hat es die Leute aus der Praxis gegeben, die im Schulbereich als Lehrer tätig waren. Heute gibt es die in der Schule ausgebildeten, von der Pädagogischen Akademie kommenden Lehrer, die eine - wahrscheinlich - politische Bildung hervorragend vortragen können. Die Praxis ist aber durch sie nicht gegeben.

Ich möchte unsere Forderung in dieser Angelegenheit zum Abschluß noch einmal kundtun: Wir verlangen ein vom Bund finanziertes Leistungsstipendium - das ist auch hier schon öfters angesprochen worden -, vergleichbar dem der AHS-Schüler, und eine steuerliche Entlastung der lehrausbildenden Betriebe. Es gefällt mir überhaupt nicht, wenn eine Lehrlingssteuer eingeführt wird. Das ist auch wieder der verkehrte

Weg. Alle, die keine Lehrlinge ausbilden, sollen also offensichtlich Steuer bezahlen. Der umgekehrte Weg wäre aber der richtige, daß lehrausbildende Betriebe steuerliche Anreize - zum Beispiel durch den Entfall der Kommunalsteuer auf Lehrlingsentschädigungen - bekommen. Statt des neunten Schuljahres sollte es möglich sein, Probelehrten durchzuführen. Das wäre ein vernünftiger Ersatz des nicht funktionierenden polytechnischen Lehrgangs.

Diese Neuorganisierung der Lehrlingsausbildung - da treffen wir uns mit Ihren Vorstellungen -, aber vor allem die praxisbezogene Weiterbildung der Berufsschullehrer ist von unbedingter Notwendigkeit. Aber auch die allgemeine Förderung einer möglichen Lehrlingsweiterbildung im Ausland und die Gleichstellung im öffentlichen Dienst von Meisterprüfung und B-Matura sowie der freie Zugang zu den Fachhochschulen wären auch Themen, die einige Möglichkeiten bieten könnten.

Wir stimmen dieser marginalen Änderung, die heute hier beschlossen werden soll, zu, obwohl wir glauben, daß mit dieser Änderung die Lösung des gravierenden Problems der Ausbildung von Lehrlingen nicht gewährleistet ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirnschall.: Zum zweiten Mal ist die Frau Abg Jerusalem gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Ich mache es ganz kurz, aber ich lasse es mir nicht nehmen, jetzt noch einmal abschließend eines festzuhalten:

Wir sind möglicherweise im September damit konfrontiert, daß tausend Lehrlinge keine Arbeitsstelle finden. Wenn wir Glück haben, sind es etwas weniger, wenn wir großes Pech haben, dann sind es etwas mehr. Ich habe hier von dieser Stelle aus gefordert, daß man in Anbetracht des Scheiterns der dualen Ausbildung in diesem einen Punkt - sie mag ihre Meriten haben, aber in diesem Punkt ist sie gescheitert - überlegt, begleitend zum dualen Ausbildungssystem ein weiteres Ausbildungssystem anzubieten, und zwar entweder begleitend oder ersetzend.

Ich habe dazu heute von der SPÖ nichts gehört, obwohl ich schon große Erwartungen in sie gesetzt habe. Der Herr Vettermann hat dazu nichts gesagt.

Ich erinnere noch einmal: Es ist Aufgabe des Landes und des Bundes, die Ausbildung - auch der Lehrlinge - zu gewährleisten. Wenn die Wirtschaft ausfällt und nichts anzubieten hat, dann muß das Land in die Presche springen! Es kann nicht das Problem der Lehrlinge werden, was jetzt in dieser Situation zu tun sein wird.

Ich halte das noch einmal dezidiert fest und erwarte mir, daß wir darüber in den nächsten Wochen und Monaten eine Diskussion führen.

Jetzt noch ein kleiner Punkt, der mir wesentlich erscheint. Der Herr Abg Vettermann hat hier gesagt: Es kann doch nicht sein, daß jede Schule lehrt, was sie will.

Nur zur Erinnerung: Die Lehrpläne und Grundsatz-

gesetzgebung macht der Bund und nicht der Stadtschulrat. Was ich für entbehrlich halte, ist der Stadtschulrat mit seinem Präsidenten und mit seinem Vizepräsidenten, weil ich der Meinung bin, daß dort keine echten Kompetenzen sind, all das aufgeteilt werden könnte und das auch sehr im Sinne einer zusätzlichen Autonomie wäre. So viel sollte auch ein SPÖ-Abgeordneter, der Mitglied des Stadtschulratskollegiums ist, auch wissen! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

**Präsident Dr Erwin Hirnischall:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen, und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

**Berichterstatterin Abg Mag Christine Lapp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ausgehend von der 12. Novelle zum Wiener Schulgesetz haben wir hier heute eine sehr umfassende Diskussion zu der dualen Ausbildung geführt. Ich will sie jetzt nicht zusammenfassen, sondern ich möchte hier im Schlußwort nur einige Akzente bringen.

Es gab früher die Meinung oder den Stehsatz: "Lehrjahre sind keine Herrenjahre." Auch hier zeigt sich meiner Meinung nach, wie die Gesellschaft den Stellenwert der Lehrlinge sieht. Ich glaube, daß wir - ausgehend von der dualen Ausbildung, die in Österreich verankert und international anerkannt ist, aber derzeit durch die wirtschaftliche Lage und durch Zwangsmaßnahmen ziemlich in die Zange genommen wird - es schaffen werden, diese weiter auszubauen, und vor allem ihre Grundfesten so flexibel zu gestalten, daß Lehrlinge in unserer Gesellschaft sehr wohl einen wichtigen Stellenwert haben werden und ihnen dieser nicht immer wieder abgeredet wird.

Die Wiener Lehrstellenoffensive zeigt meiner Meinung nach, daß hier von politischer Seite - von Wirtschaftsseite und von sämtlichen Interessenvertretungen - Maßnahmen gesetzt werden. Ich möchte das nur mit einem Ausdruck der Jugendlichen kommentieren und meine: Das ist einmal "megacool". Diese Zusammenarbeit muß weiter gefestigt und ausgebaut werden, damit eben Lehrlinge in unserer Stadt wieder Lehrstellen und Arbeitsplätze finden. Sie sollen vor allem nicht als halbe Portionen in unserer Wirtschaft dargestellt werden, sondern ihr Stellenwert soll sehr wohl erkannt werden.

Diese Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Interessenvertretungen steht - meiner Meinung nach - noch vor sehr großen Nagelproben. Ich denke mir aber, daß diese Nagelproben in bewährter Weise bestanden werden können.

Es wird immer davon gesprochen, daß lebenslanges Lernen das Motto von uns allen sein soll. Ich habe dabei das Gefühl, daß man von den jungen Menschen in unserer Stadt dieses lebenslange Lernen verlangt und anscheinend glaubt, wenn man älter ist, daß man das nicht mehr machen muß. Aber ich glaube, daß sich sehr wohl Ausbildner, Lehrherren, Politikerinnen, Politiker, also sämtliche Menschen in unserer Stadt dem Motto des lebenslangen Lernens verschreiben

müßten, da sich eben die Gesellschaft so stark wandelt und solche Veränderungen bringt, daß niemand umhinkommt, lebenslanges Lernen in sein Leben einfließen zu lassen.

Ich möchte auch meinen, daß die Wiener Lehrstellenoffensive ein erster Schritt dazu ist. Irgendein japanisches Wort sagt, daß die längste Reise auch mit dem ersten Schritt beginnt.

Ich denke, daß wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch mit diesem weiteren Schritt gezeigt haben, daß wir für die Lehrlinge in unserer Stadt sehr wichtige und sehr potente Ansprechpartner sind!

Ich möchte ersuchen, daß Sie der 12. Novelle des Wiener Schulgesetzes zustimmen. - Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Dr Erwin Hirnischall:** Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Bevor wir zur zweiten Lesung kommen, haben wir einen Beschußantrag der Abgen Walter Nettig und Mag Franz Karl, betreffend die Schulautonomie an den Berufsschulen, zu behandeln.

Sie haben den Antrag gehört. Es wurde beantragt, diesen Beschußantrag an die Frau amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauенfragen und Sport zuzuweisen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Zuweisung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand.

- Das ist einstimmig so der Fall.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Verfassung der Bundesstadt Wien, Wiener Stadtverfassung, und die Wiener Gemeindewahlordnung 1996 geändert wird.

Berichterstatter hierzu ist Herr amtsf StR Hatzl.

Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl:** Herr Präsident! Hohes Haus!

Es wurde schon erwähnt, um welches Gesetz es sich handelt.

Ich möchte nochmals dokumentieren, daß die Geschäftsordnungen des Landtags, des Gemeinderats sowie der Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Gemeinderats geändert werden sollen.

Insbesonders sollen das Recht der dringlichen Anfragen und der dringlichen Anträge neu gestaltet und Bestimmungen über die Abhaltung einer aktuellen Stunde sowie über die Möglichkeit des Abschlusses von Fraktionsvereinbarungen in die Geschäftsordnun-

gen des Landtags und Gemeinderats neu aufgenommen werden.

Alle Ausschüsse - einschließlich des Immunitätskollegiums - sollen künftig auch Ersatzmitglieder haben. Die Wahl sämtlicher Mitglieder soll durch ein fraktionelles Nominierungsrecht ersetzt werden, weil das auch sinnvoller ist.

Den Ausschüssen soll auch die Möglichkeit der Abhaltung einer Enquete gegeben werden.

Zur Unterstützung des Vorsitzenden des Gemeinderats beziehungsweise des Präsidenten des Landtags sollen Präsidialkonferenzen eingeführt werden.

Nachdem für diese Bereiche die erforderlichen Voraussetzungen in der Stadtverfassung bisher nicht enthalten waren, ist diese Novellierung und Änderung notwendig.

In weiterer Folge darf ich auch festhalten, daß dem Stadtsenat aufgrund seiner Zuständigkeit für die Versetzung von Gemeindebeamten in den Ruhestand beziehungsweise zur Annahme der Dienstentsagung definitiver Beamter jährlich eine nicht unbedeutende Anzahl von Geschäftsstücken vorgelegt wird. Mit diesen Veränderungen, die man hier vorgesehen hat, können daher auch Vereinfachungen in den Verfahrensabläufen vorgenommen werden.

Wenn das so beschlossen wird, dann bin ich dafür besonders dankbar, weil es auch eine Vereinfachung und Verkürzung des Verfahrensablaufs im eigenen Wirkungsbereich bedeutet.

Im Übrigen gibt es dann noch einige andere kleinere Bereiche, die ebenfalls in diese große Novelle der politischen Veränderung von Maßnahmen, Rechten, Vereinbarungen und Geschäftsordnungsbereichen aufgenommen worden sind.

Ich ersuche daher um Zustimmung.

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Danke.

Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist als erster Redner der Herr Abg Mag Karl. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Ceterum censeo constitutionem esse reformandam quam celerrime! (Präsidentin Ingrid Smejkal: Die Amtssprache ist Deutsch!) Herr Präsident! Herr Stadtrat! Hohes Haus!

Bevor mich der Herr Präsident auf den § 22 Abs. 1, 2. Satz der Wiener Stadtverfassung: "Die Verhandlungssprache ist die deutsche Sprache" aufmerksam macht, kehre ich gerne zu dieser zurück. Aber (Heiterkeit bei der SPÖ.) fast zwei Jahre lang habe ich alle meine Reden - und es waren nicht wenige - mit diesem oder einem ähnlichen oder einem ins Deutsche übertragenen Satz geschlossen, in der Hoffnung, alle Fraktionen dieses Hauses aufzurütteln.

Das ist mir nur sehr bedingt gelungen. Aber immerhin beschließen wir heute wenigstens einen Teil

der Änderungen, die wir vernünftigerweise vor zirka sechs Jahren im Forum Stadtverfassung hätten beschließen sollen.

Ich habe es schon öfters gesagt und ich sage es heute wieder: Die treibende Kraft dieser Reform war und ist die Österreichische Volkspartei (Beifall bei der ÖVP.- Abg Andreas Honay: Das ist der Beifall von nur fünf ÖVP-Abgeordneten!) Bitte? (Abg Andreas Honay: Ich habe gesagt, das ist der Beifall von nur fünf ÖVP-Abgeordneten!)

Kollege Honay! Ich habe schon einmal gesagt, ich bin so stark, daß ich diese Unterstützung gar nicht brauchel (Amtsf StR Johann Hatzl: Also warum das? - Allgemeine Heiterkeit.) Nein, ich freue mich natürlich, wenn die Abgeordneten applaudieren. Nicht nur die der Österreichischen Volkspartei, sondern auch die anderen. (Weitere Heiterkeit. - Abg Ing Karl Svoboda: Wir sind aber mehr als fünf!) Seid doch nicht so streng, denn wenn ich euch durchzähle, seid ihr wahrscheinlich prozentuell auch nicht mehr! (Abg Andreas Honay: Aber nicht so wenige wie die ÖVP! - Weitere allgemeine Heiterkeit.) Aber vielleicht klatscht ihr alle auch mit, wenn ich sage: Die treibende Kraft dieser Reform war und ist die Österreichische Volkspartei Wo bleibt der Applaus? (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Sozialdemokraten hatten bis vor kurzem als Mehrheitspartei kaum ein Interesse an einer Reform dieser autoritativen Bürgermeisterverfassung. (Abg Ing Karl Svoboda: Das stimmt ja nicht!) Nun werden sie ab Herbst in den Vorteil der von der ÖVP erkämpften Minderheitenrechte kommen. Das ist der Hauptgrund, warum wir diese doch erfreuliche Änderung (Heiterkeit bei der SPÖ.) heute beschließen werden.

Die Freiheitlichen waren immer nur mit halben Herzen bei der Sache. Sie waren in dieser Legislaturperiode die einzige Oppositionspartei, die das Instrument der dringlichen Anfrage zur Verfügung stand. Sie haben das auch reichlich ausgenutzt.

Den Grün-Alternativen war die Geschäftsordnung deswegen relativ egal, weil sich ihr Klubobmann ohnehin nie an sie hält. In der Früh vor laufenden Fernsehkameras zum Tagesordnungspunkt 1 oder zur Geschäftsordnung seine Wortspende abzugeben, gegen Mittag zu verschwinden - er hat ja das, was ich hier sage, heute bestens bewiesen, weil er seine Wortmeldung ja zurückgezogen hat - und die Nachmittags-, Abend- und Nachtarbeit seiner Frauenriege plus Kenesei - Entschuldigung - und Margulies zu überlassen, das hat Peter Pilz zur Perfektion gebracht. Dazu braucht man keine Geschäftsordnungsreform. (Abg Jean Margulies: Wir sind eben eine demokratische Partei!)

Daß etwas zustande gekommen ist, meine Damen und Herren, ist eigentlich ein Wunder. - Bitte, ich habe Sie nicht verstanden, Kollege Margulies. (Abg Jean Margulies: Wir sind eine Managerpartei!) Aha, na okay. (Abg Volkmar Harwanegg: Der reine Kapitalismus!) Es ist wirklich ein Wunder, daß etwas zustande gekommen ist, denn die Verhandlungen wurden so geführt, wie sie optimal nicht geführt werden dürften. Ich will

Sie wirklich nicht mit Details langweilen, aber allein die Terminvereinbarungen zwischen den Klubobmännern von SPÖ, ÖVP, Grün-Alternativen und dem Herrn Präsidenten Hirnischall - denn Pawkowicz hielt sich weitgehend aus den Verhandlungen heraus - wären ein eigenes Spitzenkabarettprogramm. So gab es monatelange Pausen zwischen den einzelnen Verhandlungsrounden, natürlich kein offizielles Protokoll und daher, wenn man sich nach Monaten wieder traf, ein lustiges Feilschen darüber, worüber man sich in der letzten oder gar in der vorletzten Sitzung geeinigt hatte oder nicht. Und ich wurde natürlich ordentlich verspottet, wenn ich verlangte, es solle in den Sommerferien verhandelt werden - Motto: Na klar, einem Lehrer muß ja in den Ferien fad sein! -, oder wenn ich sagte, wir von der ÖVP seien bereit, Tag und Nacht zu verhandeln.

Daß es auch ganz anders geht, meine Damen und Herren, was den Verhandlungsstil betrifft, haben die Gespräche zur Dezentralisierung bewiesen. Wöchentlich eine Zusammenkunft, ganztägige Verhandlungen (*Abg Josefa Tomsik: Ihr seid dann aber auch abgesprungen!* - *Abg Andreas Honay: Ihr seid auch abgesprungen!* - *Abg Josefa Tomsik: Von wegen Tag und Nacht!*) - na, warte einmal, warte einmal -, ein Superprotokoll und eine begleitende Betreuung mit der Erarbeitung von diversen Papieren, wenn auch manchmal ein bißchen mehrheitsgefärbt durch das KDZ. - So, meine Damen und Herren, so in dieser Art soll verhandelt werden.

Daß die Kürze der Verhandlungen die Noch-Mehrheitspartei inhaltlich überfordert hat, ist eine andere Geschichte. Man gesteht eben in fast vier Jahren - die erste Besprechung zu dieser Reform war am 5. Juni 1992 - inhaltlich doch mehr zu als in vier bis fünf Monaten. So unzufrieden wir also inhaltlich mit den Dezentralisierungsverhandlungen waren und sind: So, und nur so, müssen formal Verhandlungen geführt werden. Aber das muß nochmals in aller Deutlichkeit gesagt werden: Formal Gutes kann den notwendigen Inhalt nicht ersetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Bei aller Freude über die heutige späte Reform der verfassungsmäßigen Grundlagen der Geschäftsordnung muß man schon festhalten, was alles nicht geschehen ist.

1. Wir haben das Wahlrecht zwar an die Nationalrats-Wahlordnung angepaßt, aber ein grundlegender Durchbruch ist nicht gelungen. So konnte zwar die Vorzugsstimme eingeführt werden, aber das Wahlrecht ermöglicht noch immer nicht die Direktwahl der Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherinnen. Wenigstens die Tatsache, daß man mit zirka 40 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit erreichen kann, konnte von uns verhindert werden. (*Abg Dr Helmut Günther: Das ist schon was!*)

2. Die Aufwertung der Bezirke ist an einem zu geringen Entgegenkommen der Mehrheit gescheitert.

3. Über Fragen der direkten Demokratie - Volksbefragung, Volksabstimmung und Volksbegehren - und über Bürgerrechte haben wir gar nicht mehr verhan-

delt.

4. Über echte Kontroll- und Minderheitenrechte haben wir uns leider nicht einigen können. So haben wir die Schaffung eines eigenen Umweltkontrollamtes verlangt, weiters das Recht eines Viertels der Gemeinderatsmitglieder, die Durchführung von Kontrollamtsprüfungen zu verlangen, Untersuchungsausschüsse und das Recht ihrer Einsetzung durch eine qualifizierte Minderheit, Schaffung der Möglichkeit einer begleitenden Projektkontrolle durch das Kontrollamt und und und.

5. Meine Damen und Herren, auch die Forderung nach einer Reform der Immunität ist in Vergessenheit geraten. Wir haben in diesem Zusammenhang heute früh einen Antrag eingebracht.

So sind von dem großen und anspruchsvollen Paket des Forums Stadtverfassung im Grunde nur zwei Punkte geblieben: die Miniminiereform des Wahlrechts, erzwungen durch die Änderung der Nationalrats-Wahlordnung, und der heute zu beschließende erste Schritt der Geschäftsordnungsreform.

Man soll aber auch positive Dinge nicht verschweigen. (*Beifall des Abg Andreas Honay. - Heiterkeit bei der SPÖ.*)

So war es zu meiner großen Überraschung noch möglich, im Ausschuß vier kleinere Punkte zu ändern.

1. Es gelang, den § 121 Abs. 2 mit dem § 22 Abs. 2 abzustimmen. Die beiden Paragraphen - einer gilt für den Landtag, einer gilt für den Gemeinderat - verlangen, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, wenn es wenigstens 17 Abgeordnete beziehungsweise Gemeinderäte verlangen. Hier gab es ursprünglich die Diskrepanz, 17 Gemeinderäte im Gemeinderat, jedoch 20 Abgeordnete im Landtag, aber es war ja unser Bestreben, beide Geschäftsordnungen zu harmonisieren und danach zu trachten, daß es hier keine Unterschiede gibt. - Das konnte noch geändert werden.

2. Im § 19 konnte Abs. 1 sprachlich verbessert werden. Wir hatten hier eine sehr altertümliche Formulierung, nämlich die "stete und volle Beobachtung der Gesetze, endlich gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten anzugehören". Hier haben wir einen Satz gefunden, der dem heutigen Sprachgebrauch entspricht.

3. Im § 50 Abs. 2 wurde ein Verweis auf die Wiener Gemeindewahlordnung durch den deutschen Text ersetzt und so eine bessere Lesbarkeit erreicht.

4. Die im § 23 Abs. 1 gebrauchte Regelung des "allenfalls notwendigen Altersvorsitzenden für die erste Sitzung des Gemeinderats" wurde im § 122 Abs. 1 auf einen "allenfalls notwendigen Alterspräsidenten in der ersten Sitzung des Landtags" ausgeweitet.

Ich sage, daß ich es sehr positiv empfunden habe, daß es gelungen ist, diese zwar kleinen - aber für einen, der sich immer bemüht, in der Gesetzesprache eine größere Übersichtlichkeit zu erreichen - doch wichtigen Änderungen hineinzubringen und dadurch das Gesetz ein wenig besser lesbar zu machen.

Weniger positiv empfinde ich die Beibehaltung des

§ 19 Abs. 4 bis 7 über das Disziplinarkollegium; vor allem deswegen, weil hier totes Recht weiter konserviert wird. Insbesondere steht im § 19 Abs. 6 zweiter Satz: "Die Gemeinderatsmitglieder jeder wahlwerbenden Partei haben die auf ihre Partei entfallenden Kollegiumsmitglieder, Kollegiumsersatzmitglieder, welche dem Gemeinderat angehören müssen, dem Bürgermeister innerhalb von drei Tagen nach der ersten Sitzung des neu gewählten Gemeinderats namhaft zu machen. Diese gelten damit für die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderats als bestellt."

Hier handelt es sich nach meiner Information um totes Recht, welches man nach Möglichkeit entfernen sollte. Vielleicht kann man diesbezüglich noch zu einem gemeinsamen Abänderungsantrag kommen.

Meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Beschuß schaffen wir die Grundlage für die Reform der Geschäftsordnung des Landtags, für die Reform der Geschäftsordnung des Gemeinderats und seiner Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen.

Ich darf daran erinnern, daß wir nur mehr am 27. Juni 1996 eine Landtagssitzung haben, in der der entsprechende Initiativantrag eingebracht werden muß. Beim Gemeinderat ist es ein bißchen leichter, weil es hier noch mehrere Sitzungen gibt.

Nach einer Periode der alleinigen Diskussion im Forum Stadtverfassung von 1987 bis 1991, einer Periode eines kleinen Schrittes in der Zeit von 1991 bis 1996 wird es nach dem 13. Oktober 1996 - da bin ich ganz sicher - zu umfassenden Reformen kommen. Dann wird die autoritative Bürgermeisterverfassung, wie ich sie immer zu nennen beliebe, endlich einer modernen, zweckmäßigen und demokratischen Stadtverfassung weichen. Ich freue mich schon darauf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Jetzt ist als nächster Redner Kollege Günther gemeldet.

Kollege Pilz ist jetzt wieder eingetroffen und hat sich auch wieder angemeldet. Er kommt dann als nächster dran. - Kollege Günther hat das Wort.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heute vorliegende Änderung der Wiener Stadtverfassung, die auf einem Initiativantrag aller hier im Landtag vertretenen Parteien fußt und vor allem die Voraussetzungen für eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtags, Gemeinderats, aber auch der Ausschüsse schaffen wird, stellt eindeutig den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, den die Noch-Mandatsmehrheit SPÖ genehmigt hat.

Kollege Karl hat bejammert, daß nicht mehr geändert wurde. Wenn ich mich richtig zurückinnere, so war der ÖVP vor ungefähr zwei Jahren hauptsächlich die Einbringung der Dringlichen wichtig. Sie hat daher eine große Lösung, die die FPÖ vorgeschlagen hatte und die die SPÖ durchaus nicht so negativ gegenübergestanden ist, abgelehnt, nur um hier das Quorum für die Dringliche herabzusetzen und mit einer kleinen Lösung durchzukommen. (Abg Mag Franz Karl: Das ist

falsch!)

Es wird jetzt nach mehr als drei Jahren Verhandlung ein erster kleiner richtiger Schritt in die richtige Richtung gesetzt, der auch einige richtige Perspektiven eröffnet wie eben die Einbringung der dringlichen Anfrage und des dringlichen Antrags, der sich jetzt dringliche Initiative nennt, die Einführung einer Aktuellen Stunde, die Schaffung der Präsidialkonferenz, die es ohne Regelung an sich schon gibt, den Abschluß von verbindlichen Fraktionsvereinbarungen in bezug auf Fragestunde, Aktuelle Stunde und dringliche Initiativen, die Einführung von Ersatzmitgliedern und das Nominierungsrecht.

Das alles ist durchaus richtig, jedoch im Vorblatt zu dem Gesetz steht noch kühn: Schaffung der Voraussetzungen für eine umfassende Reform der Geschäftsordnung des Landtags, des Gemeinderats, der Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen. Aber als umfassend kann man das Ganze wohl nicht bezeichnen, denn es gibt noch eine ganze Reihe von Forderungen, die durchaus auch aufgenommen hätten werden können.

Einige Beispiele dazu:

Das Rederecht für den Rechnungshofpräsidenten. - Das hätte dazu geführt, daß die Abgeordneten des Hohen Hauses die Möglichkeit der direkten Information hier im Hohen Haus gehabt hätten.

Die Anlage eines Aktenspiegels für die Beschußfassung. - Dieser Aktenspiegel bietet sowohl für die Abgeordneten als auch für den normalen Aktenlauf einen besseren Überblick über alle hier im Hohen Haus behandelten Akten.

Das Einsichtsrecht in die beschlossenen Akten. Das wurde nach Ansicht der SPÖ vorher eher als problematisch gesehen, bei den letzten Verhandlungen im Ausschuß Bürgerdienst, Inneres, Personal hat der Vorsitzende des Gemeinderats Hundstorfer jedoch darauf hingewiesen, daß das in der Änderung der Geschäftsordnung vorgesehen ist, sodaß es hier zu einer neuen Regelung kommen wird. Das ist durchaus positiv zu sehen, und man wird das auch in dieser Form weiter vollziehen.

Viele wichtige Punkte sind aber nicht berücksichtigt worden. Der wichtigste wäre sicher die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen gewesen. Sie alle kennen die Untersuchungsausschüsse im Hohen Haus am Ring, die dort wichtige Arbeit geleistet haben. Ich erinnere nur an den AKH-Ausschuß, den Lucona-Ausschuß, den NORICUM-Ausschuß oder den Milchwirtschaftsfonds-Ausschuß. Wien hätte durchaus auch Beispiele, wo ein derartiger Ausschuß positiv gewesen wäre. Zum Beispiel wäre die "Osthilfe" ein Bereich gewesen, den man einem Untersuchungsausschuß zuweisen hätte können oder der U-Bahn-Bau oder die Wiener Messen. All diese Bereiche hätten in einem politischen Untersuchungsausschuß überprüft werden müssen und nicht, wie die SPÖ zu begründen versuchte, nur im Kontrollamt.

Hier wird es vielleicht, wie Kollege Karl vorhin ge-

sagt hat, nach dem 13. Oktober durchaus zu Änderungen kommen können, die wichtig sind.

Kollege Karl hat auch stolz darauf hingewiesen, daß er im letzten Ausschuß noch vier kleine Änderungen durchgebracht hat. Das ist richtig, und man sieht, wie wichtig es ist, daß ein Mathematikprofessor sich mit legistischen Maßnahmen befaßt, denn ihm ist es aufgefallen, daß die beim Wegweiserecht nötige Anzahl von 17 Abgeordneten im Gemeinderat im Landtag nicht gleich hoch war, diese Materie also nicht gleich behandelt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutigen Novelle zur Wiener Stadtverfassung wird die freiheitliche Fraktion ihre Zustimmung erteilen. Die Geschäftsordnung wird vermutlich erst am 9. August zur Verhandlung kommen, da die heutige Zustimmung erst die Voraussetzung dafür ist. Alles, was jetzt nicht geregelt werden konnte, wird nach dem 13. Oktober in einer wahrscheinlich anderen Zusammensetzung dieses Hohen Hauses neu zu verhandeln sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirnchall: Als nächster gelangt Herr Abg Dr Pilz zum Wort.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe nicht vor, jetzt in diesen etwas sonderbaren Wettstreit einzutreten, wer denn den größeren Anteil am erfolgreichen Abschluß von Verhandlungen habe. Ich halte das für etwas absurd. Es gibt ein Ergebnis, daß in etlichen Punkten durchaus besser ist, als ich es erwartet habe, daß in etlichen durchaus wichtigen Punkten ergänzungsbedürftig ist, und das wird ganz offensichtlich für eine weitere Legislaturperiode als zusätzliche Arbeit übrigbleiben. Da verweise ich auf Untersuchungsausschüsse, auf vermehrte und größere Rechte auf Akteneinsicht, zusätzliche Kontrollrechte und vieles andere mehr.

Aber das ist für mich nicht das Entscheidende. Für mich geht es um zwei Dinge: Erstens war das eine durchaus spannende Arbeit, die gezeigt hat, daß es nicht sinnlos ist, in gemeinderätlichen Ausschüssen und Kommissionen zu sitzen, und mir hat es außerordentlichen Spaß gemacht, insbesondere mit meinem Klubobmann-Kollegen Svoboda und dem geschätzten Herrn Vorsitzenden Hundstorfer einiges auszustreiten und in etlichen Punkten durchaus so zu agieren, wie ich es mir von einer offenen, an der Zukunft eines Landtags und Gemeinderats interessierten Kommission erwarte. Das war spannende Arbeit, da ist etwas weitergegangen, und ich denke mir, mit diesen Erfahrungen sollte man jetzt in die weitere Arbeit hineingehen.

Das, was mich heute eigentlich interessiert, ist nicht die gegenseitige Zurechnung, wer was erreicht hat und so weiter, sondern wie dieser spannende Prozeß weitergehen kann. Und da gibt es einen Punkt, wo ich vorschlage, darüber nachzudenken. Nicht nur der Gemeinderat und der Landtag, sondern in Zukunft die gesamte Stadt in ihren Verwaltungs- und politischen

Strukturen werden sich radikal verändern. Moderne Millionenstädte werden in 10, 15 Jahren von ihren Strukturen her vollkommen anders ausschauen als heute.

Es stellt sich nicht die Frage, ob Wien etwa eine große Verwaltungsreform angeht, sondern es stellt sich die Frage, ob Wien, gezwungen durch Telekommunikation, neue Arbeitsformen, durch die Notwendigkeit, zu sparen und effizienter zu werden, und auch durch die Notwendigkeit, bürger näher zu werden, in der Weise darauf reagiert, daß es selbstbewußt sagt: Ja, wir wollen Pionierstadt dieser Reformen sein!, oder ob sich Wien, langsam und zäh und bürokratisch widerstand leistend, eine Reform nach der anderen aufzwingen läßt.

Dazu sage ich Ihnen eines, und das ist es, was mich im Moment am meisten interessiert: Verwaltungsreform, Dezentralisierung, eine offene Bürgerstadt, ein vollkommen neuer Umgang mit kommunalen Leistungen und Dienstleistungen, nicht deren plumpen Privatisierung, sondern eine völlig andere Arbeitsteilung zwischen einer schlanken, entscheidungsfähigen Spalte auf der einen Seite und effizienten, offenen, bürger nahen Diensten - egal, ob privat oder kommunal - auf der anderen Seite - all das ist die Zukunft einer Stadt, und das kann - und ich glaube, das wird heute überhaupt noch nicht erkannt - einer der größten und besten Exportartikel einer Stadt sein.

Ich habe mir übers Internet möglichst alle fortgeschrittenen Stadtstrukturprogramme angeschaut, die derzeit zugänglich sind. Mit dem Bertelsmann-Preis, der für diesen Bereich sehr wichtig ist, wird derzeit zu Recht eben nicht Wien ausgezeichnet, sondern die Stadt Phoenix in Arizona. Schauen Sie sich das einmal an! Gehen Sie rein ins Internet und schauen Sie, was da schon an Morgen in der Verwaltung und in der kommunalen Politik probiert wird.

Ich behaupte, das wirklich Spannende wäre, jetzt herzugehen und sich zu fragen: Wie machen wir es, damit Wien als allererste Millionenstadt genau dieses Pilotprojekt wird und später anderen erzählen kann, wie es geht, und damit auch Geschäfte machen kann, indem es diese Software, dieses Know-how, diese Leistungen, dieses strukturelle Wissen, diese Lösungskompetenz durchaus auch vermarktet? - Das ist die Zukunft.

Das, was wir im Moment andenken und wofür wir als Grüner Klub Demonstrationssoftware entwickeln mit 150 Stadtkreisen, mit dem Nutzen eines Citynetzes als Bürgernet, mit dem völlig anderen Zugang zu Netzen, mit einer völlig neuen Kombination von Bildung, Ausbildung, Dokumentation, Verwaltung und Bürgerservice, das sind die spannenden Geschichten, um die es in Zukunft geht.

Mit der Geschäftsordnungsreform ist es uns gelungen, in einem bestimmten, noch nicht sehr progressiven Maße unsere eigene Arbeitsweise zu modernisieren. Aus einer eher gestrigen Geschäftsordnung ist eine in vielen Bereichen durchaus moderne Geschäfts-

ordnung geworden. Das ist ein erster kleiner Versuch an uns selbst, wie zukünftige Strukturen ausschauen sollen, der wirklich große Versuch steht aus, und ich lade Sie schlicht und einfach herzlich ein, diesen Versuch mit ebenso relativ wenig Rücksicht auf Fraktionsinteressen wie bei der Geschäftsordnungsreform gemeinsam zu starten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Hundstorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Rudolf Hundstorfer (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben wieder so eine kleine Lehrstunde bekommen, wie man gewisse Dinge verdrehen kann und wie man sich auch an die Spitze einer vermeintlich modernen Stadtidee stellen kann, ohne als Betroffener zu wissen, daß das in Wahrheit schon lange läuft.

Es sei gestattet, ein paar Grundsätze zu dieser Reform der Stadtverfassung hier noch einmal in Erinnerung zu rufen. Wir haben einen qualitativ wirklich sehr guten Ausbau der Minderheitenrechte - ich darf nur daran erinnern, daß die für dringliche Initiativen, dringliche Anfragen nötige Zahl von Unterschriften von derzeit 20 auf 7 gesenkt wurde; ich glaube, daß das qualitativ ein sehr guter Sprung ist, ich bin aber auch überzeugt davon - das in Richtung ÖVP -, daß die SPÖ diese Minderheitenrechte nicht in Anspruch nehmen wird müssen (Abg Ilse Forster: Das glaub' ich auch!) und nicht in Anspruch nehmen wird, sondern daß das weiterhin der ÖVP und den anderen Parteien hier im Hohen Hause vorbehalten bleiben wird. Trotzdem bemühen wir uns, zu erreichen, daß diese Rechte für sie in Zukunft qualitativ besser sein werden.

Ich glaube auch, daß wir mit der Hereinnahme der Aktuellen Stunde ebenfalls einen qualitativ sehr weiten Sprung geschafft haben, weil gerade diese Aktuelle Stunde es möglich macht, Dinge wirklich sehr hautnah zu diskutieren.

Und dann noch ein Punkt der, glaube ich, sehr gerne vergessen wird: Bei den dringlichen Anfragen gibt es in Zukunft erst nach der Beantwortung die Debatte. Auch das ist, glaube ich, ein Weg, ein Schritt in eine sehr direkte Auseinandersetzung über Sachthemen; ein richtiger Weg und ein richtiger Schritt.

Ich habe nur ein kleines Problem, und ich hoffe, daß das in Zukunft dann etwas anders sein wird: Ich darf anregen, innerhalb der Freiheitlichen Partei die innere Kommunikation etwas zu verstärken. Es ist keine Frage, daß ein paar Punkte jetzt in der Stadtverfassung nicht ihren Niederschlag gefunden haben, weil sie reine Punkte der neuen Geschäftsordnung sein werden. Diese Punkte - zum Beispiel das Akteneinsichtsrecht - sind natürlich jetzt in der Novelle nicht enthalten, aber eine Grundvoraussetzung, um überhaupt zu dieser Novelle zu kommen, ist ja die Geschäftsordnungsreform.

Hier sei - auch an die Adresse der ÖVP - einmal einiges richtiggestellt: Wenn man davon spricht, hier ist vieles nicht geschehen, so sei noch einmal festgestellt:

Wir beziehungsweise diejenigen, die vor fast vier Jahren begonnen haben, haben folgendes vereinbart: Wir machen eine Geschäftsordnungsreform, wir machen eine Wahlrechtsreform, wir machen eine Dezentralisierungsreform, und alle weiteren Fragen werden dann in der nächsten Legislaturperiode besprochen. Wir haben eine Geschäftsordnungsreform, die zwar formal noch umgesetzt werden muß, aber sie ist da, wir haben das Wahlrecht - auch das ist umgesetzt -, und zur Dezentralisierung gab es am 12. April dieses Jahres ein sogenanntes einstimmiges Konsenspapier. Dieses einstimmige Konsenspapier war die Grundlage einer Vereinbarung, wonach die einzelnen Klubs am 19. April endgültig ja oder nein sagen sollten.

Der einzige Club, der hier wirklich abgesprungen ist, ist der Club der ÖVP, wo es den Verhandlern nicht möglich war, das Verhandlungsergebnis in der inneren Kommunikation umzusetzen. Das sei hier auch erwähnt, denn sich auf der einen Seite aufzuregen, es würden zu wenige Dezentralisierungsschritte gemacht, gleichzeitig dann ein Arbeitskomitee intern so im Regen stehen zu lassen, zeigt auch von innerer Demokratie, zeugt auch von innerer Kommunikation, und ich glaube, man sollte vorrangig einmal diese Frage klären, bevor man andere Parteien angreift.

Es ist auch keine Frage, daß wir mit dieser Reform der Stadtverfassung, mit dieser Geschäftsordnungsreform auch dabei sind, einen Weg zu gehen, der in die Richtung geht, die hier vom Kollegen Pilz so wunderschön angedeutet wurde. Auch dazu ein ganz offenes Wort: Ich gebe schon zu, die Opposition kann das nicht immer wissen, aber Tatsache ist, daß wir bereits unser Modell der bürgernahen Verwaltung exportieren, wir exportieren bereits das Know-how, was in dieser Stadt in Fragen der Abfallbewirtschaftung, in Fragen der Abwasserbewirtschaftung läuft. (Abg Dr Peter Pilz: Nein, das meine ich ja nicht!)

Zur Citynet-Sache darf ich nur darauf verweisen - ich weiß jetzt nicht ganz genau, wann der Akt hier diskutiert wurde; ob das in der vorletzten oder in der letzten Sitzung des Gemeinderats war, weiß ich jetzt nicht auswendig -, daß wir nicht auf die Ideen der GRÜNEN angewiesen sind. Ich glaube, daß wir den Weg, der für die Zukunft dieser Stadt prägend sein wird, sehr wohl bereits beschreiten.

In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zur Stadtverfassungsreform und gleichzeitig auch um Annahme der beiden Abänderungsanträge, die ebenfalls aufliegen. - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Mag Karl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort und weise darauf hin, daß die Redezeit 5 Minuten nicht überschreiten darf.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf den Kollegen Hundstorfer insofern tatsächlich berichtigten, als ich als Verhandlungsführer in den Dezentralisierungsverhandlungen mich keineswegs von meiner Fraktion im Regen stehen gelassen fühle, denn

ich habe in der letzten Verhandlungsrunde gesagt, daß das natürlich ganz kleine Fortschritte sind, aber es müßte doch wenigstens möglich sein, das, was man sich noch gewünscht hätte, etwa in Form von Abänderungsanträgen hier zu deponieren.

Dieses wurde völlig entrüstet zurückgewiesen. Es hieß, diese Punkte seien Konsens, dazu könnten keine Abänderungsanträge gestellt werden. Und so sind diese Verhandlungen leider gescheitert. Das ist die Tatsache.

Ich möchte nicht, daß irgend etwas hier im Raum stehenbleibt. Es fühlt sich niemand verlassen, vielmehr haben die Sozialdemokraten die Oppositionsparten in dieser Frage verlassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr Erwin Hirnchall: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort. (Schriftführerin Abg Helga Seeliger: Er verzichtet!) Er verzichtet.

Wir kommen daher sofort zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Das Zweite Hauptstück der Wiener Stadtverfassung beinhaltet verfassungsrechtliche Bestimmungen. Zu Beschlüssen über eine Änderung dieser Verfassungsbestimmungen ist gemäß § 119 Abs. 2 Wiener Stadtverfassung die Anwesenheit der Hälfte der Landtagsabgeordneten erforderlich. Ich stelle die Anwesenheit der Hälfte fest. (Abg Ilse Forster: So wichtig ist der ÖVP die Änderung der Stadtverfassung! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Es ist tatsächlich noch nicht ganz ausgewogen, aber das wird sich noch ändern. (Heiterkeit.)

Gemäß § 121 der Wiener Stadtverfassung ist für einen gültigen Beschuß eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Diese Bestimmung gilt für beide Lesungen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Post 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 geändert wird. Das ist die 2. Novelle zur Dienstordnung 1994.

Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Hatzl. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Hohes Haus!

Mit dem vorliegenden Gesetz, mit dem die Dienstordnung 1994 geändert wird, soll einer ganzen Reihe von Erfordernissen, insbesondere der praxisgerechte-

ren Gestaltung einiger Bestimmungen des Disziplinarrechts und der Einführung des Rechtsinstituts der vorläufigen Suspendierung, der Anpassung der Zulässigkeit der Abordnung von Beamten zur Dienstleistung bei anderen Stellen an die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gemeinde Wien, bei der Normierung des Übergangs von Schadenersatzansprüchen an die Gemeinde Wien, wenn Beamte durch Dritte verletzt oder getötet werden, bei der Verringerung des Verwaltungsaufwandes bei Ruhestandsversetzungen, Dienstentsagungen und bei der Umrechnung des Urlaubsausmaßes in Schichten oder Arbeitsstunden oder der Aktualisierung der Verweisungen auf andere Wiener Landesgesetze oder auch Bundesgesetze Rechnung getragen werden.

Ich stelle den Antrag auf Beschußfassung.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 5. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1995 geändert wird; 2. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995.

Ich bitte den Berichterstatter hiezu, Herrn amtsf StR Hatzl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Frau Präsidentin Hohes Haus!

Auch bei diesem Gesetz geht es um eine ganze Reihe von Veränderungen, die aus Gründen der Notwendigkeit der Anpassung vorgenommen werden sollen. Insbesondere darf verwiesen werden auf rechtliche Klarstellungen hinsichtlich der Dienstverträge für Personen, die im Ausland aufgenommen werden, Meldepflicht bei Dienstverhinderung für den Fall, daß die Dienstunfähigkeit durch das Verschulden eines Dritten verursacht wurde, die Angleichung der Einschränkung der Mehrarbeit bei herabgesetzter Arbeitszeit zur Pflege eines Kindes an das Beamtdienstrecht, die Anpassung der Zulässigkeit der Abordnung von Vertragsbediensteten zur Dienstleistung bei anderen Stellen, die Verringerung des Verwaltungsaufwandes bei der Umrechnung des Urlaubsausmaßes, die Aktualisierung der Verweisungen auf andere Wiener Landesgesetze oder auch Bundesgesetze beziehungsweise die Beschränkung der Anrechnung früherer Dienstzeiten für die Abfertigung auf die Fälle der zwingenden Abfertigungsrückzahlung bei Rückkehr in den Wiener Gemeindedienst innerhalb von zwei Jahren.

Ich darf daher als zuständiges Mitglied der Landesregierung den Antrag stellen, auch diesem Gesetz die entsprechende Zustimmung im Wiener Landtag zu erteilen.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Ich danke dem Herrn Stadtrat.

Wenn ich jetzt richtig informiert bin, liegen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Ich komme daher gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Es erfolgt kein Widerspruch.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 6. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über eine Änderung der Grenze zwischen dem 19. und 20. Bezirk.

Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Hatzl. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl:** Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Nachdem der Wiener Landtag auch in den letzten eineinhalb Jahren schon eine Reihe bedeutender Grenzveränderungen von verschiedenen Wiener Bezirken beschlossen hat, handelt es sich hier um eine ähnliche Fortsetzung. Ich ersuche um Zustimmung.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Ich danke.

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu Postnummer 7. Sie betrifft die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1995.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsf StR Edlinger, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter amtsf StR Rudolf Edlinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Hier handelt es sich um die Verlängerung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds für das Jahr 1996.

Wie Sie wissen, konnte eine grundsätzliche Neure-

gelung im Herbst 1995 auch aufgrund der in diesem Herbst stattfindenden politischen Ereignisse auf Bundesebene nicht getroffen werden, sodaß es richtig war, den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds für das Jahr 1996 zu verlängern.

Ich bitte also um Ihre Zustimmung.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Ich danke.

Wenn ich richtig informiert bin, liegt auch zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor.

Ich komme daher gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dieser Vereinbarung die Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 1 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 9d vom 23. April 1996, um Zustimmung zur Verfolgung des Abg Ing Peter Westenthaler wegen des Verstoßes gegen § 111 Abs. 1 und 2 StGB.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg Schuster, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Abg Godwin Schuster:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Das Immunitätskollegium hat sich in seiner Sitzung am 10. Mai 1996 mit diesem Antrag befaßt und hat einstimmig festgehalten, daß es dem Antrag des Landesgerichts für Strafsachen Wien um Auslieferung von Abg Ing Peter Westenthaler nicht Folge leisten wird und diesen Vorschlag auch dem Landtag vorlegen wird.

Ich möchte trotzdem einiges dazu sagen, um auch eine Begründung für diese unsere Entscheidung zu liefern.

Sicher kann festgestellt werden, daß eine sehr sachliche und keine emotionelle Debatte die Grundlage für diese Entscheidung bildete.

Sicher kann auch festgehalten werden, daß wir keine Beurteilung der Richtigkeit der Aussage in den Presseaussendungen, die zu diesem Fall erschienen sind, vorgenommen haben. Wir haben uns weder mit der Veröffentlichung von "News" noch mit der Veröffentlichung, die einerseits vom Klub der FPÖ, andererseits vom Abg Peter Westenthaler als Person gemacht wurden, auseinandergesetzt.

Wir können nur feststellen, daß, hätte das Immunitätskollegium nur jene im Schreiben vom Landesgericht für Strafsachen Wien angeführte Presseaussendung als Entscheidungsgrundlage herangezogen und jene im Parlament, aber auch hier im Landtag praktizierte Vorgangsweise gewählt, dann hätte der Landtag dem Ersuchen des Landesgerichts entsprechen und der Auslieferung zustimmen müssen. Dies deshalb, weil aufgrund unserer bisherigen Praxis in der Entscheidung die außerberufliche Immunität dann nicht gegeben ist, wenn bei Privatanklagedenkten der § 111, nämlich üble Nachrede, sowie die §§ 113, 115, 152 als Begründung für das Auslieferungsbegehren angegeben werden.

Es gibt allerdings in unmittelbarer Folge auf die

vom Landesgericht für Strafsachen zitierte Presseaussendung eine andere Presseaussendung, nämlich jene, die Abg Peter Westenthaler direkt auch als Person ausgesandt hat, die sich mit der gleichen Thematik mit nahezu gleichem Inhalt auseinandersetzt. Daher wurde diese Presseaussendung als Entscheidungsgrundlage herangezogen und die berufliche Immunität als gegeben erachtet.

Ich möchte dennoch - auch als Vorsitzender des Immunitätskollegiums - grundsätzlich anmerken: Wir haben in den letzten Jahren mehrmals mit Beschlüssen, mit Aussagen dokumentiert, wie sich unserer Ansicht nach Politiker in der Öffentlichkeit zu verhalten haben. Wir haben uns oftmals gegen jegliche Form von Gewalt, also auch gegen die Gewalt des Wortes ausgesprochen. Ich möchte deshalb schon darauf hinweisen, daß wir im Immunitätskollegium künftig sicher nicht ständig Rücksicht auf mehrere Presseaussendungen nehmen können, wobei eine dieser Presseaussendungen möglicherweise die berufliche Immunität hervorrufen, sondern wir werden in der Entscheidung in Zukunft - ich möchte das im besonderen betonen - tatsächlich ausschließlich darauf Rücksicht nehmen, wer in welcher Form durch welche Aussage in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

Daher würde ich auch meinen - und damit komme ich schon zum Schluß meiner Begründung -, in diesen Presseaussendungen steht Aussage gegen Aussage, in diesen Presseaussendungen wird die Presseaussendung von "News" eindeutig dafür verwendet, um eine Gegendarstellung zur Aussendung der FPÖ zu bringen, und selbst ein Vertreter der Freiheitlichen im Immunitätskollegium hat gemeint, daß möglicherweise eine Manipulation des Briefes stattgefunden habe.

Und daher glaube ich als grundsätzlich positiv denkender Mensch, wenn die Meinung vertreten wird, daß hier manipuliert wurde, daß auch die FPÖ alles dazu beitragen wird, um diese Manipulation aufzuzeigen, um Licht ins Dunkel dieser Situation zu bringen. Ich glaube auch, wenn wir uns bemühen - und ich appelliere wirklich an alle -, hinkünftig sorgsamer mit den Worten umzugehen und damit Klagen wegen Verleumdung, Kreditschädigung, Übler Nachrede, Beleidigung und anderem hintanzuhalten, dann wird das Immunitätskollegium derartige Fälle vielleicht auch nicht mehr behandeln müssen.

Ich ersuche um Zustimmung zu unserem Antrag, Kollegen Westenthaler nicht auszuliefern.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Ich danke.

**Zum Wort ist niemand gemeldet.**

**Wir kommen zur Abstimmung.**

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist mit Stimmeneinhelligkeit so beschlossen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Meldung gemäß Unvereinbarkeitsgesetz 1983 wegen der Tätigkeit eines Mitgliedes des Landtags in der Privatwirt-

schaft.

Berichterstatterin hiezu ist Frau Abg Josefa Tomášik. Ich erteile ihr das Wort und bitte sie, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatterin Abg Josefa Tomášik:** Meine Damen und Herren!

Dem Unvereinbarkeitsausschuß ist ein Schreiben von Mag Kovarik zugegangen, daß er Geschäftsführer in der Firma Pharmatan in der Grünangerstraße geworden ist, die auch einen Zweitsitz in Bratislava hat.

Der Unvereinbarkeitsausschuß ist einstimmig zu der Ansicht gelangt, daß das vereinbar ist mit seiner Tätigkeit hier.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Ich danke.

Es liegt mir keine Wortmeldung dazu vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung, und ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist stimmeneinhellig so beschlossen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, daß die von den Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Dr Rüdiger Stix, DDr Eduard Schock, Walter Prinz und Johann Römer eingebrachte, an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Anfrage betreffend 30-Milliarden-Schilling-Paket vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Anfrage zu erfolgen.

Ich bitte daher die Frau Schriftführerin um die Verlesung dieser Anfrage.

**Schriftührerin Abg Helga Seeliger:** "Dringliche Anfrage der FPÖ-Landtagsabgeordneten Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Dr Rüdiger Stix, DDr Eduard Schock, Walter Prinz, Johann Römer an den Herrn Landeshauptmann betreffend 30-Milliarden-Schilling-Paket.

In der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Freiheitlichen bezüglich des 30-Milliarden-Schilling-Pakets erklärte Finanzminister Klima am 18. April 1996, daß die Verhandlungen zwischen Bund und Land Wien keineswegs abgeschlossen sind. Weiters erklärt Klima, daß seinem Ministerium "... lediglich ein Entwurf eines Übereinkommens mit dem Land Wien vorliegt, der aber in einigen Punkten noch nicht ausformuliert ist, sodaß zum derzeitigen Zeitpunkt nur teilweise Auskunft über die Höhe einzelner Ansätze erteilt werden kann". - So weit die Ausführungen des Finanzministers auf Bundesebene.

Auf der Landesebene zeigt sich ein völlig anderes Bild. Hier folgt seit einem Jahr Jubelmeldung auf Jubelmeldung. Bisherige Höhepunkte: Stadtrat Hatzl rechnet sogar schon stündlich mit dem Abschluß des Pakets (APA am 9. April 1996) und Bürgermeister Häupl behauptet gemeinsam mit dem Bundeskanzler: 'Die Sache steht.' (APA am 26. April 1996)

Tatsache ist jedenfalls, daß das 30-Milliarden-Schilling-Paket nunmehr in einer Arbeitsgruppe verhandelt werden soll, die erstmals erst am

15. Mai 1996 tagen soll. Medienmeldungen zufolge bleiben eigentlich nur mehr die U- und S-Bahn-Ausbauten als Verhandlungsgegenstand übrig. Die U-Bahn wird laut Anfragebeantwortung des Finanzministers nach den bisherigen Modalitäten finanziert und fällt deshalb nicht unter das 30-Milliarden-Schilling-Paket. Die S-Bahn-Projekte werden nicht - wie ursprünglich vorgesehen - nach dem Schlüssel 90 zu 10 im Verhältnis Bund und Land aufgeteilt, sondern nur 80 zu 20. Grundsätzlich ist zu bemerken, daß sowohl der U- als auch der S-Bahn-Ausbau weit hinter den schon bisher gültigen Planungen und Vereinbarungen zurückbleibt.

Der Bau der B 301 wird zwar in das Paket aufgenommen. Da aber erst jetzt mit dem Genehmigungsverfahren begonnen worden ist, wird die konkrete Realisierung erst in einigen Jahren beginnen.

Somit wird das nunmehr zur Verhandlung stehende 30-Milliarden-Schilling-Paket in den kommenden Jahren auch nicht beschäftigungsaktiv für Wien wirken.

Die meisten anderen Projekte wie universitäre Einrichtungen oder Schulbauten werden aber nur mehr als Absichtserklärungen in das abschließende Papier aufgenommen werden. Die vorläufige Nichtrealisierung einer universitären Einrichtung auf der Platte lässt ein Scheitern der WED immer wahrscheinlicher werden.

In diesem Zusammenhang stellen die gefertigten Abgeordneten zum Wiener Landtag daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 39 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgende dringliche Anfrage.

1. Welche Gründe sprechen Ihrer Meinung nach für den ständigen Aufschub der Unterzeichnung des 30-Milliarden-Schilling-Pakets von seiten des Bundes?

2. Welche konkreten Maßnahmen wurden Ihrerseits gesetzt, um den Unterzeichnungsprozeß zu beschleunigen?

3. Wie erklären Sie sich den unterschiedlichen Wissensstand bezüglich des 30-Milliarden-Schilling-Pakets zwischen Ihnen und StR Hatzl einerseits und dem Finanzminister?

4. Was waren die Gründe der Fehleinschätzung des Bundeskanzlers und Ihrerseits bezüglich des Abschlusses des 30-Milliarden-Schilling-Pakets?

5. Welchen Zeithorizont sehen Sie für die endgültige Unterzeichnung des Pakets nach Einsetzung der Arbeitsgruppe?

6. Welche Projekte, außer den schon bisher geltenen Planungen und Vereinbarungen zum U- und S-Bahn-Ausbau, werden im Rahmen der Neuverhandlungen dieses Pakets konkretisiert?

7. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Zukunft der WED bei einer Nichtrealisierung einer universitären Einrichtung auf der Platte ein?

8. Welche beschäftigungspolitischen Effekte erwarten Sie sich durch das 30-Milliarden-Schilling-Paket in den Jahren 1996 und 1997?

Gemäß § 39 Abs. 1 und 6 der Geschäftsordnung des Wiener Landtags wird beantragt, daß die Anfrage

verlesen und mündlich begründet werden kann und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet."

Präsidentin Ingrid Smajkal: Danke für die Verlesung.

Bei der nun folgenden Begründung und der anschließenden Debatte darf gemäß § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen.

Ich erteile nun Herrn Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz zur Begründung der Anfrage das Wort.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Präsidentin! Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich das in einem machen (*Lhptm Dr Michael Häupl: Solange Sie es nicht mit dem Einem machen*), nämlich die Begründung und gleich den Redbeitrag. (Präsidentin Ingrid Smajkal: *Die 20 Minuten dürfen nicht überschritten werden!*) Ja, das wird ganz sicher gehen.

Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns entschlossen, in diesem heutigen Landtag diese dringliche Anfrage einzubringen, weil wir in unregelmäßigen Abständen immer wieder von einem 30-Milliarden-Schilling-Paket hören, das der Stadt Wien zugute kommen soll. Wir haben im Laufe der Zeit immer wieder Meldungen, Meinungen und auch Interpretationen über dieses 30-Milliarden-Schilling-Paket erhalten, vor allem auch über den Abschluß. Da ist uns zuerst einmal mitgeteilt worden, daß der Herr Bundeskanzler und der Herr Landeshauptmann in einem Shakehands der Stadt Wien quasi 30 Milliarden gebracht haben und daß sich das nun für die übrige Wirtschaft positiv auswirken werde.

Das Ganze ist dann in der weiteren Folge immer wieder mit einer kräftigen medialen Unterstützung unter die Leute gebracht worden. Es ist darüber berichtet worden, und wir haben uns auch einige Male bereits hier herinnen darüber unterhalten, wie konkret denn nun eigentlich dieses 30-Milliarden-Schilling-Paket sei und wann der Geldsegen vom Bund aus in die Bundeshauptstadt Wien fließt. Wann wird es soweit sein, wann kommt es?

Da ist es eigentlich nie wirklich konkret geworden, sondern es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, es wird schon kommen, und die Bundeshauptstadt Wien wird schon irgendwann einmal in den Genuß dieser vielen Gelder kommen. Dann ist die Nationalratswahl dazwischen gekommen, und nach der Nationalratswahl ist dann wieder dieses Paket von 30 Milliarden für die Bundeshauptstadt Wien angekündigt worden. Aber es kommt nicht und es kommt nicht! Es sind immer wieder neue Termine angekündigt worden, und auch das immer wieder mit einer kräftigen medialen Unterstützung.

An sich, meine Damen und Herren, hat das Ganze jetzt in den letzten Wochen wieder aktuell zu werden begonnen. Jedenfalls ist es aktualisiert worden, noch ist aber nichts vereinbart. Verschiedene Stadträte haben sich unterschiedlich dazu geäußert. Der Herr StR Hatzl, der die Vereinbarung ständig erwartet hat, ist

schon lobend zitiert worden. Die Vereinbarung ist nicht gekommen.

Es hat dann in der weiteren Folge der Finanzminister gesagt, es ist überhaupt nichts verhandelt worden, es ist nichts ausverhandelt, und von ständig könne keine Rede sein. Es wird noch eine Zeit dauern. Jetzt hat der Finanzminister erklärt: Es ist vielleicht bald soweit, möglicherweise wird es heute noch abgeschlossen, also an dem Tag, an dem der Landtag tagt.

Auf der anderen Seite ist verkündet worden, am 15. Mai könnte eine Untergruppe tagen. Und da man halt nirgends weitergekommen ist, hat man dann gemeint, jetzt werde es ernst, denn jetzt wird Dr Görg beigezogen, und wenn der dann dabei ist - und selbstverständlich hat ihm auch der Herr Landeshauptmann hohe Sachkompetenz zugebilligt - könne jetzt sozusagen der Kick kommen, daß es tatsächlich mit dem Paket noch etwas wird.

Nun, der Herr StR Görg ist jetzt leider nicht da (*StR DDr Bernhard Görg: Ich bin eh dall*) Ah, da ist er ja. Jetzt sehe ich ihn. (*StR DDr Bernhard Görg: So klein bin ich auch wieder nicht!*) Nein, ich habe nur angenommen, daß Sie möglicherweise ... (*Abg Dr Oskar Wawra: Setz dir eine Brille auf!*) Ich setze sie schon wieder auf. - Ich habe mir nur gedacht, er verhandelt gerade das 30-Milliarden-Paket, und da wollte ich ihn fragen, wo es noch hängen kann oder wo Ihr Kick erfolgt, damit es dann irgendwann abgeschlossen wird und uns möglicherweise der Herr Landeshauptmann heute noch sagt: Jetzt ist es soweit!

Meine Damen und Herren! Was ich damit skizzieren wollte, ist, daß hier GeschichterInn erzählt worden sind in den letzten Monaten, in den letzten Wochen und auch in den letzten Tagen und daß man nicht zu einem Abschluß kommt. Herr Kollege, Sie haben sie auch noch nicht gesehen, die 30 Milliarden, und Sie wissen auch nicht, wann sie kommen.

Denn das ist ja das wirklich Interessante: Es weiß in Wirklichkeit niemand Genaueres. Im Endeffekt wissen wir und - jetzt behaupte ich einmal - auch Sie nicht, was in diesem 30-Milliarden-Paket am Schluß drinnen sein wird. Ich befürchte, daß es dieses 30-Milliarden-Paket in Wirklichkeit überhaupt nicht gibt, sondern daß die 30 Milliarden, die mittlerweile auf 18 Milliarden zurückgegangen sind, die vom Bund kommen sollen - und das innerhalb der nächsten acht Jahre; voriges Jahr ist es schon angekündigt worden, also sind es eigentlich neun Jahre -, eigentlich nichts anderes sind als die ganz normalen Zahlungen, die zwischen Bund und Land gang und gäbe sind.

Also da ist nichts Sonderliches, ein Investitionsstoß oder sonst irgend etwas dazugekommen. Denn es war beim jetzigen U-Bahn-Ausbau ja schon so, daß der Bund seinen Teil dazu beigetragen hat, und es war auch bei anderen Projekten der Fall.

Meine Damen und Herren! Was wir erwartet hätten, ist, daß in einer Situation, in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, in der sich die Stadt Wien befindet, daß in dieser wirtschaftlich schwierigen Situa-

tion nun tatsächlich Mittel vom Bund wirksam zur Verfügung gestellt werden, und zwar nicht irgendwann, sondern möglichst bald. Und es ist auch für uns völlig klar gewesen, daß die ständigen Ankündigungen, die hier gelaufen sind, vielleicht ein bißchen Trost sein sollten, um über die schwierige finanzpolitische und wirtschaftspolitische Lage der Stadt Wien hinwegzuhelfen. Über eine Situation, über eine verfahrene wirtschaftspolitische Situation, in die wir hineingeraten sind - und das darf nicht vergessen werden - durch eine verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik der Stadt Wien in den letzten Jahren.

Und, meine Damen und Herren, um diese verfehlte Wirtschaftspolitik zu kaschieren, haben Sie - behaupte ich - dieses 30-Milliarden-Schilling-Paket erfunden, das es in wirklich nicht gibt und das platzen wird wie eine Seifenblasel (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und zu den Investitionen, die hier notwendig werden, doch auch ganz kurz ein paar Zahlen nennen.

Ich darf etwa erinnern, daß die U-Bahn-Investitionen - und das jetzt in Milliarden Schilling - 1992 mit 6,2 Milliarden, 1993 mit 4,8 Milliarden, 1994 mit 4,4 Milliarden, 1995 mit 4,2 Milliarden und 1996 mit 3,2 Milliarden ausgewiesen sind. Das ist eine kontinuierliche Abwärtsentwicklung. Das heißt, wir haben für den U-Bahn-Bau immer weniger Mittel zur Verfügung. Also für den U-Bahn-Bau, der so notwendig wäre, nämlich nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Stadt - das ist ein interessantes Zusammenspiel -, stehen immer weniger Mittel zur Verfügung.

Wenn wir uns die Investitionsquote in Prozenten der Gesamtausgaben anschauen, so stellen wir auch hier wieder fest, daß die Investitionsquote ständig sinkt. 1992 war sie 15,7 Prozent, 1993 nur mehr 15 Prozent, 1994 14,8 Prozent, 1995 13,6 Prozent, und für 1996 sind 12,2 Prozent prognostiziert.

Meine Damen und Herren! Das ist in Wirklichkeit eine dramatische Entwicklung, wenn wir ja gleichzeitig sehen, wie die Arbeitslosigkeit in Wien steigt. Wir haben uns ja hier bei einer der letzten Sitzungen darüber unterhalten, daß die Zahl von etwa 70 000 Arbeitslosen in Wien außerordentlich hoch ist und jedenfalls deutlich über dem österreichischen Durchschnitt liegt.

Der Finanzstadtrat hat die Investitionen bereits im Voranschlag um 1,5 Milliarden Schilling gekürzt. Ich meine nun, daß angesichts dieser Herausforderungen am Beginn einer neuen Stadterweiterungsphase dringend neue Investitionsmittel notwendig gewesen wären. Und deshalb war es ja für uns von außerordentlichem Interesse, daß das Paket von 30 Milliarden Schilling zustande kommt, weil damit wirksam entsprechende Mittel in die Stadt Wien hätten fließen können.

Und was mir allergrößte Sorge macht, ist, daß es selbst in einem Wahljahr - und das darf ich einmal so sagen - hier offensichtlich unglaublich zäh geht, um überhaupt etwas zu bewegen. Ich befürchte, daß nach

den Wahlen, die im Herbst stattfinden werden, daß nach diesen Wahlen vom Bund, von der Bundesregierung, die ja von ihrer Mehrheitsbildung her eine enge Verwandtschaft mit der Mehrheit hier im Hause hat, nämlich dort und da ist die SPÖ am Werk, daß nach den Wahlen noch weniger Interesse vorhanden sein wird, um in die Bundeshauptstadt entsprechende Mittel fließen zu lassen. Und das, meine Damen und Herren, ist, insgesamt gesehen, schlecht für die Stadt Wien, schlecht für die Bundeshauptstadt Wien und, wie ich behaupte, schlecht für die gesamte wirtschaftspolitische Entwicklung in Österreich! (Beifall bei der FPÖ.)

Und jetzt höre ich, daß im wesentlichen, wenn überhaupt Mittel fließen werden, diese in etwa in den Ausbau von Bahnstrecken für den öffentlichen Verkehr investiert werden sollen. Das ist gut so. Aber von all den anderen Projekten, von denen wir ursprünglich einmal gehört haben, daß sie im Paket enthalten sein sollen, ist eigentlich nicht mehr die Rede.

Meine Damen und Herren! Ich darf daran erinnern, daß Wien einmal, und zwar zu Beginn der Legislaturperiode, die wesentliche Entscheidung getroffen hat - und die ist auch mitgetragen worden von uns Freiheitlichen -, so etwas wie eine zweite City am Donauufer, am vis-à-vis-seitigen Donauufer, zu entwickeln, also dort bei der UNO-City. Es ist die Entscheidung getroffen worden, die Platte zu bauen. Man hat auch mit den Bauarbeiten begonnen, und in Aussicht gestellt wurde tatsächlich ein großes Entwicklungsprojekt.

Das ist in Wirklichkeit steckengeblieben. Kaum mehr ist die Rede von einem Ausbau universitärer Einrichtungen, wie es etwa Vizekanzler Busek und Vizekanzler Schüssel noch angekündigt haben, sie mit der Stadt Wien zu verwirklichen. Ausgeblieben sind die großen innovativen Projekte, die angekündigt worden sind, um bei der zweiten City ein neues Standbein zu haben. Ausgeblieben sind Entwicklungen etwa auch eines kulturellen Schwerpunktes, wie er hätte sein können in der zweiten City. Vom Guggenheim-Museum war die Rede und von allen möglichen anderen Projekten, die sich im wesentlichen auch als Seifenblasen herausgestellt haben.

Gratulieren - jetzt darf ich aber schon auch etwas Positives sagen -, gratulieren darf man der Stadt, daß es gelungen ist, die Verlängerung der U-Bahn etwa nach Floridsdorf durchzuführen und daß diese Eröffnung nun stattfinden konnte. Es wird von der Bevölkerung gerne gesehen und von der Bevölkerung auch honoriert werden.

Was mir immer noch fehlt, ist eine ernsthafte Inan- griffnahme der Verlängerung der U-Bahnen dorthin, wo die Leute wohnen, also etwa die U 1 zu verlängern über den Reumannplatz hinaus zu den großen Wohnsiedlungsgebieten, die es im 10. Bezirk gibt. (Amtsf StR Johann Hatzl: Da waren Sie dagegen!) Das ist notwendig.

Wir sind jetzt, nachdem die Stadt Wien ja Jahre hindurch nicht in der Lage war, wenigstens die Pla-

nung, die Trassenplanung durchzuführen, in Vorlage getreten. Wir haben ein Projekt entwickelt - der Herr StR Hatzl kennt es natürlich -, die U 1 über den Reumannplatz hinaus in zwei Ästen zu führen und die großen Wohnsiedlungsgebiete im 10. Bezirk etwa zu erschließen.

Ebenso haben wir immer verlangt, daß die U-Bahn auch nach Simmering geht, weil - wie auch der Herr StR Hatzl weiß - die Simmeringer Bürger ein Recht auf einen U-Bahn-Anschluß haben. Hier werden wir uns gemeinsam bemühen - ich darf Sie also dazu einladen, Druck zu machen innerhalb der SPÖ-Fraktion und auch innerhalb der Regierung -, damit diese U-Bahn auch nach Simmering kommt. (Amtsf StR Johann Hatzl: Da brauche ich nicht Druck zu machen! Wir bauen sie schon!) Na ich weiß, es gibt immer wieder Leute, die sagen, in Simmering brauchen sie keine U-Bahn. (Abg. Heinz Sramek: Die wird doch schon gebaut! Das ist doch ein Witz!) Selbstverständlich soll eine U-Bahn nach Simmering führen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.) Hier darf ich also sagen: Wenn der Herr StR Hatzl nur will und sich hinter diese freiheitliche Forderung stellt (Amtsf StR Johann Hatzl: Das ist eine Rede, die Sie vor zehn Jahren hätten halten müssen!), dann wird diese U-Bahn über kurz oder lang auch Simmering erreichen, davon bin ich jedenfalls überzeugt.

Und um zu einem anderen Projekt zu kommen: Ich halte es für dringend notwendig, etwa auch die U 4, nach dem Westen, nach Auhof, zu verlängern und dort, meine Damen und Herren, ein Park-and-ride-Gebiet zu haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Das war ja nur ein Bereich. Aber jetzt darf ich zu den anderen Projekten kommen.

Wir haben gewußt, als wir in die Verhandlungen über den EU-Beitritt eingetreten sind, daß natürlich und ganz selbstverständlich der Transitverkehr durch Wien in einem Ausmaß zunehmen wird, das schlußendlich an der Erträglichkeitsgrenze landen wird. Das ist heute bereits der Fall. Meine Damen und Herren! Die Höhe des Transitaufkommens, die Transitbelastung ist für viele Wienerinnen und Wiener bereits unerträglich geworden! Und sie ist deswegen unerträglich geworden, weil man vergessen hat, rechtzeitig Maßnahmen zu setzen, um den Transitverkehr etwa auf der Straße um Wien herumzubringen.

Meine Damen und Herren! Wir haben verlangt eine autobahnähnliche Umfahrung in Öko-Bauweise, das darf ich also dazusagen. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.) Na selbstverständlich! Ich weiß schon, daß das für viele von Ihnen nicht verständlich ist. Meine Damen und Herren, wenn ich sage eine Öko-Autobahn, dann meine ich die, die in Tieflage ist und mit Grünbrücken überdeckt ist. (Anhaltende ironische Heiterkeit bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.) Na selbstverständlich! (Abg Heinz Sramek: Das ist ja schon lächerlich!)

Meine Damen und Herren! Es ist mir völlig klar, daß die Betonierer dort (auf die SPÖ zeigend) und die

Betonierer in der Grün-Fraktion keine Vorstellungen haben (*Beifall bei der FPÖ, neuerlich ironische Heiterkeit bei der SPÖ und bei den GRÜNEN*), daß es heute möglich ist, technisch hochwertige Projekte durchaus in Verträglichkeit zur Umwelt zu bringen. Es ist möglich, eine Autobahn zu überdachen. Es ist möglich, auf der Überdachung die entsprechenden Grünflächen herzustellen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ und bei den GRÜNEN*.) Natürlich, das gibt es ja schon alles.

Der einzige Platz, wo es bisher nicht funktioniert hat, ist in der Bundeshauptstadt Wien gewesen. Aber, meine Damen und Herren, auch dorthin werden wir schlußendlich kommen, daß es nämlich auch im Autobahnbau heute im stadtnahen Gebiet möglich ist, tunlichst umweltschonend vorzugehen. Der andere Weg, der hier eingeschlagen wird, nämlich überhaupt gegen den öffentlichen Verkehr aufzutreten und etwa den Transitverkehr weiterhin auf den bereits vorhandenen Strecken zu belassen oder den Transitverkehr durch die Stadt zu führen, so wie es jetzt zum Großteil der Fall ist, ist eine zutiefst gegen die Bevölkerung gerichtete Vorgangsweise, und die, meine Damen und Herren, lehnen wir ab. (*Beifall bei der FPÖ*)

Was bisher übersehen wurde, ist etwas Weiteres, ich darf das auch sagen. Es ist übersehen worden, daß ein erheblicher Teil des Transitverkehrs etwa auf Eisenbahnstrecken hätte umgelagert werden können. Dazu sind die notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen erforderlich. Auch die sind in Aussicht gestellt worden, auch über die ist diskutiert worden vor dem EU-Beitritt. In den letzten Jahren oder in den letzten Monaten hat man davon überhaupt nichts gehört, und ich befürchte auch, daß das in dem Paket nicht berücksichtigt wurde.

Meine Damen und Herren! Das sind schwere Versäumnisse. Das sind Versäumnisse in der Stadtplanung, das sind Versäumnisse in der Stadtentwicklung, daß sind Versäumnisse insgesamt in der Verkehrsplanung.

Ich meine daher, meine Damen und Herren, daß es notwendig wäre und notwendig ist, heute dieses Paket, das in Aussicht gestellt wurde, eingehend zu diskutieren, um schlußendlich ein Bild zu erhalten, was nun tatsächlich mit den wenigen verbliebenen Milliarden passieren wird und was jedenfalls in nächster Zeit passiert und nicht in acht oder in zehn Jahren. Darüber, Herr Landeshauptmann, erwarten wir heute Antwort von Ihnen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Für die Debatte über den Gegenstand ist als erster Redner der Herr Abg Dr Pilz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch diesmal gibt es den üblichen Unterschied zwischen den Freiheitlichen und uns zu vermerken. Sie reden über ein Paket, das Sie nicht kennen. Wir reden über ein Paket, das wir kennen, und deswegen bin ich in der Lage, auch im Detail auf die einzelnen Bestimmungen und Vereinbarungen dieses Pakets einzuge-

hen.

Ich möchte aber trotzdem vorher etwas bemerken zum eher dominanten kabarettistischen Teil des Vortrages. (*ironische Heiterkeit bei der FPÖ*) Ich stelle mir so vor, wie ihr zusammensitzt bei vegetarischen Wurstsemmeln und alkoholfreien Schnaps und die Öko-Autobahn auf die Welt bringt, die Öko-Autobahn, die so aussieht, daß man ein Dach mauert über eine Autobahn.

Jetzt kann ich mir schon vorstellen, ganz am Anfang der Ökologie steht, daß man sagt: Wenn man über alles ein Dach drüber tut, dann ist es ökologisch.

Nur, ich weise Sie, Herr Kollege Pawkowicz, auf das Grundproblem hin: Diese Autos haben hinten Röhren, wo das Problem herauskommt. Wenn Sie darüber ein Dach machen, dann verschwindet ja das nicht, was da herauskommt, sondern dann verteilt es sich etwas anders im Medium Luft. Entweder es bleibt unten, dann hat das bösartige Folgen für den motorisierten Individualverkehr. Das ist dann keine Öko-Autobahn, sondern das ist eine schreckliche Falle für Autofahrer. Oder es geht heraus, dann ist es wieder draußen. Das ist das Grundproblem der freiheitlichen Schadstoffdächer über den Autobahnen.

Auf Finanzierungsaspekte ersparen Sie mir einzugehen. Rechnen Sie uns einmal Ihre Dachautobahn vor. Ich behaupte, damit schon nachweisen zu können, Herr Abg Pawkowicz, daß Sie zumindest in der Ökologie einen Dachschaden haben. Das ganz konkret zu diesem Punkt. (*Beifall bei den GRÜNEN. - Zwischenrufe bei der FPÖ. - StR Karin Landauer: Die Frau Präsidentin sitzt oben und sagt kein Wort*!)

Tun Sie weiter überdachen, wir machen Umweltpolitik, diese Arbeitsteilung hat sich bewährt.

Ich gestehe, es macht ein gewisses Vergnügen, immer wieder mitzuerleben, wie sich freiheitliche Dringliche nach dem Verursacherprinzip gegen eben diese wenden.

Aber jetzt ganz konkret zum 30-Milliarden-Paket, und gestatten Sie mir, das etwas ernster zu behandeln, denn das ist eine durchaus ernste und sehr wichtige Geschichte.

Die Grundidee war doch, herzugehen und zu sagen: Es ist wichtig, daß eine moderne Millionenstadt wie Wien feststellt, welche Infrastruktur sie in Zukunft haben will, das in Projekte kleidet und die Finanzierung dieser Projekte klärt.

Der erste Schritt hätte sein müssen - und ich behaupte, da ist bereits der erste große Fehler passiert -, einmal klar politisch in Form von Prioritäten zu bestimmen: Was ist die Infrastruktur einer zukünftigen ökologischen und offenen Stadt? Dann wären wir sehr schnell bei dem Punkt gewesen: neue Systeme des ökologischen Wohnbaus, neue Ver- und Entsorgungssysteme, ganz bestimmte moderne Systeme des sanften öffentlichen Nahverkehrs, Gesundheitssysteme, Informations- und Bildungssysteme.

Der zweite Schritt wäre gewesen, das in Form von Projekten zu kleiden. Und ich behaupte, hier ist der

Hauptfehler passiert. Die Projekte, die jetzt noch im 30-Milliarden-Paket drinstehten - und ich werde dann im Detail darauf eingehen -, sind nur zum geringen Teil Projekte, die den Titel "Zukunftsprojekte" verdienen. Ein sehr großer Teil sind Projekte, die aus Hilflosigkeit resultieren, aus der Not, in die man durch das Fehlschlagen anderer Projekte geraten ist.

Ich verweise auf das ganze Beispiel WED-Donauplatte. Da sind immer wieder Versuche, alte Fehler zu korrigieren und dabei zu riskieren, daß man neue Fehler macht.

Ein großer Teil sind überhaupt Projekte von gestern. Bundesstraßenbau, hochrangiger Straßenbau mitten durch dichtverbaute Gebiete oder durch Zukunftsgebiete der Stadtentwicklung. Und ein Teil sind traditionelle, durchaus sinnvolle aber sehr traditionelle Projekte des öffentlichen Verkehrs, auf die ich noch eingehen möchte.

Das ganze sogenannte 30-Milliarden-Paket ist kein Zukunftspaket, sondern ist eine Mischung, die sehr deutlich widerspiegelt, wie weit in der Mehrheitsfraktion Vorstellungen über die Zukunft der Stadt existieren. Es ist ein sonderbares Amalgam aus WED-Notmaßnahmen, aus durchaus sinnvollen Schnellbahn- und U-Bahn-Projekten und aus absolut abzulehnenden Projekten im hochrangigen Straßenbau und in einigen anderen Bereichen. Das ist das zweite.

Das dritte ist die Vorgangsweise. Ich habe selten eine derartig herzhaft produktion von Seifenblasen und selten eine Produktion von so wenig Substanz erlebt wie beim 30-Milliarden-Paket. Wenn ich Ihre Ankündigungen durchgehe, habe ich selten eine derartige Kombination aus Euphorisierung und Substanzlosigkeit erlebt. Wenn ich mir die Ankündigung anschau vom 21. November 1995, Herr StR Edlinger, Wiens 30-Milliarden-Paket ist versandbereit, und bis heute ist es noch nicht auf den Postweg gegangen; wenn ich mir, Herr StR Hatzl, Ihre Erklärung vom 9. April dieses Jahres anschau, die Unterzeichnung des 30-Milliarden-Pakets durch die Bundesregierung wird, nach Ihren eigenen Worten, ständig erwartet, am 9. April - ist inzwischen Ihre Uhr stehengeblieben? was ist passiert? - ; oder, Herr Landeshauptmann, noch am 26. April 1996, Erklärung des Landeshauptmannes und Bürgermeisters, die Sache steht - und das kann man nur unterstreichen, seitdem steht die Sache wirklich, nämlich vollkommen still -, dann zeigt sich, daß diesen Ankündigungen nichts gegenübersteht. Und das möchte ich jetzt Punkt für Punkt mit Ihnen durchgehen.

Was hier vorliegt, hat überhaupt nichts mit Ihren Ankündigungen zu tun. Das ursprünglich öffentlich angekündigte 30-Milliarden-Paket, mit 18 Milliarden Finanzierungsanteil Bund und etwa 12 Milliarden Finanzierungsanteil Stadt und Land Wien, gibt es nicht mehr. Gibt es längst nicht mehr. Was es gibt, ist ein kleines, notdürftig geschnürtes 6-Milliarden-Packerl, ein 6-Milliarden-Packerl. Ich werde Ihnen das jetzt Punkt für Punkt durchrechnen und hoffe, daß Sie vielleicht irgendwo noch etwas Kleines dazutragen kön-

nen.

Beginnen wir mit dem, was realisiert wird. Ich beziehe mich da nicht auf Presseaussendungen, wie der Kollege Pawkowicz, nicht auf öffentliche Erklärungen, sondern ich beziehe mich auf interne Papiere, interne Aufstellungen und Ihre Verhandlungsunterlagen. Ich beziehe mich auf Arbeitspapiere und die Unterlagen und die Vereinbarungen zwischen den beiden Koalitionspartnern in der Bundesregierung und dem, was inzwischen weiterverhandelt worden ist. Und ich bin bereit, Punkt für Punkt mit diesem Übereinkommen auch den Beweis, den sachlichen Beweis für meine Erklärungen anzutreten.

Beginnen wir mit dem Wenigen, was überhaupt noch realisiert werden könnte. Das ist die S 80 Phase 0 und die S 80 Phase 1. 4,7 Milliarden Schilling Investitionsvolumen, 20 zu 80 Wien zu Bund. Da haben Sie bereits nachgegeben, statt 10 zu 90 übernehmen Sie jetzt den doppelten Kostenanteil für die Stadt Wien. Der 30-Minuten-Takt wird mit Verzögerung bis 1998 - und lassen Sie mich das als Hoffnung betrachten - realisiert, der 15-Minuten-Takt mit Verzögerung bis 2001.

Zweites konkretes Projekt, bei dem wir noch Realisierungschancen innerhalb eines übersehbaren Zeitraumes sehen, sind die Park-and-ride-Projekte, deren Realisierung bis zum Jahr 2000 angestrebt wird. Wörtliches Zitat: "angestreb". Und ich billige Ihnen noch zu, wenn Sie hineinschreiben einen konkreten Zeitraum, eine konkrete Zahl, und angestreb, gar nicht vereinbart, nur angestreb, sage ich, gut, in Ordnung, wenigstens steht eine konkrete Zahl daneben; lassen Sie uns dieses Projekt ernst nehmen und in einem optimistischen Entgegenkommen noch von einem realisierbaren Projekt sprechen. Und dann hört es schon auf. Das sind die beiden einzigen Projekte, über die es konkrete Vereinbarungen gibt. Sonst, Herr Landeshauptmann, sonst, Herr Landesrat, gibt es nichts, was diesem Anspruch gerecht werden könnte.

Es gibt eine Reihe von verschobenen, und es gibt bereits erste, meiner Ansicht nach endgültig geplatzte Projekte. Ich beginne mit den verschobenen, bei denen einiges fürs Platzen spricht, aber vielleicht noch letzte Rettungschancen vorhanden sind, und auch über die sollten wir hier öffentlich und in aller Ruhe sprechen. Verschoben: S 80 Phase 2, Umsteigrelation Südtiroler Platz, die Anbindung Südtiroler Platz zu dem alten und neuen Knoten.

Lesen Sie einmal die ganz kleinen Nebenformulierungen in der zukünftigen Vereinbarung, wo drinsteht - ich zitiere -: "... nur dann zur realisieren, wenn für die Realisierung der restlichen 60 Prozent Kosten verbindliche Verträge mit jenen Körperschaften abgeschlossen sind, die am Ausbau der S 60 und der S 7 neu interessiert sind".

Wissen Sie, was das heißt? Ins Politdeutsche übersetzt oder ins Politwienerische übersetzt? Daß Sie auf Niederösterreich und andere angewiesen sind und mit denen völlig neu verhandeln müssen. - Na entschuldi-

gen Sie, Sie haben kein Paket abgeschlossen, sondern Sie haben in einen Vertragsentwurf hineingeschrieben, daß jetzt Verhandlungen mit Niederösterreich beginnen, die zumindest genau so schwierig werden wie die Verhandlungen mit dem Bund. Der eine putzt sich am anderen ab. Das einzige, was Sie vertraglich vereinbart haben, ist das Recht, mit Landeshauptmann Pröll zu verhandeln.

Das ist ein 30-Milliarden-Paket? Entschuldigen Sie, das können Sie über einen Anruf Ihres Sekretariats mit dem Sekretariat Pröll klären. Da brauchen Sie keine 30 Milliarden, sondern da brauchen Sie nur ein Telefon, um mit dem niederösterreichischen Landeshauptmann einen Gesprächstermin zu vereinbaren.

Das ist der Punkt. Das ist die erste große Seifenblase. Wenn Sie das in das Paket hineinschreiben, erwecken Sie damit einen irrgen Eindruck in der Öffentlichkeit. Ich werde auf das noch zurückkommen.

Punkt 2, die S 7, dazu seth im Vertragsentwurf nur eines lapidar: "Die Vertragspartner kommen überein, dieses Projekt weiterzuverfolgen."

Das ist ein 30-Milliarden-Paket, wo die einzige Vereinbarung heißt, wir werden das gemeinsam weiterverfolgen? Sonst haben Sie nichts zu bieten? Wo steht ein Finanzierungsrahmen? Wo steht eine komplette Summe? - Gibt es nicht, weil bis jetzt nicht berechnet. Wo steht ein Verteilungsschlüssel? - Gibt es nicht, weil bis jetzt nicht einmal verhandelt. Nichts ist da! Sie schreiben darüber eine Überschrift "30-Milliarden-Paket" und wissen nicht einmal, um wieviel Geld es da geht. Sie haben kein Geld verhandelt. Das einzige, was Sie bei der S 7 vereinbart haben, ist: Das Projekt wird weiterverfolgt. Herr StR Edlinger, Herr Lhptm Dr Häupl, das hätten Sie mit mir, das hätten Sie mit jedem Menschen auf der Straße auch vereinbaren können. Niemand wird Sie daran hindern, ein Projekt weiterzuverfolgen. Das Projekt wird sich möglicherweise weiterverfolgt fühlen, das ist das einzige, was Sie mit diesem 30-Milliarden-Paket etwa bei der S 7 erzielen. Und bei geplatzten Projekten kommen wir noch einmal auf die S 7 zurück.

Nächstes: S 45, Vorortelinie. Die Vertragspartner kommen überein, die Verlängerung der S 45, Vorortelinie, weiterzuverfolgen. Sonst nichts! Sie dürfen die Vorortelinie weiterverfolgen. Wissen Sie, wie lange Sie schon die Vorortelinie verfolgen, ohne daß Sie dazu eine Zustimmung des Bundes brauchen? Seit 20 Jahren verfolgen wechselnde Stadträte, Bürgermeister und Landeshauptleute die Vorortelinie. Die Vorortelinie ist das meistverfolgte Objekt in Wien! Sie müssen sie schon bald eingekreist haben, so lange verfolgen Sie schon die Vorortelinie. Aber eine konkrete Vereinbarung? - Keine Zahl, kein Schlüssel, überhaupt nichts! Sie haben keine Fakten geschaffen, sondern Sie haben sich einen Verfolgungsauftrag geholt.

Nächster Punkt: U-Bahn. U 1 bis Rennweg im Norden, U 1 in den Süden, Verlängerung U 6 bis Stammersdorf. Soll ich es Ihnen vorlesen, was Sie gerade verhandeln und vereinbaren wollen? (Lhptm Dr Michael

Häupl: Ihre Vorlesung interessiert keinen Menschen!)

"Die Vertragsparteien kommen überein, folgende U-Bahn-Projekte vordringlich zu untersuchen und ehestmöglich aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse der Realisierung durchzuführen. Die Reihung der Projekte nach Prioritäten bedarf noch einer gesonderten Festlegung." (Lhptm Dr Michael Häupl: Das ist ein Vertrag!)

Nicht einmal über die Prioritäten haben Sie sich geeinigt. Sie haben nicht einmal gesagt: Wir fangen dort an, und das ist das nächste, und das ist das Übernächste. Eine Zahl, ein Schlüssel? Nichts! Das einzige, was Sie haben: 3 Milliarden als Deckelung der Beiträge. Sie haben eine Höchstsumme. Das heißt, der Bund hat einen Verhandlungserfolg erzielt. Er hat hineingeschrieben, wie langsam die U-Bahn ausgebaut wird. Das ist das einzige, was vereinbart ist. Nicht, wieviel Geld es gibt, sondern wieviel Geld es nicht gibt. Das ist die einzige Vereinbarung, die Ihnen beim U-Bahn-Bau gelungen ist.

Das hätten Sie billiger haben können. Ein Anruf beim Finanzminister oder beim Wirtschaftsminister hätte genügt. Die hätten Ihnen auch so nach den Budgetverhandlungen für die nächsten beiden Jahre im Bund gesagt, daß es nicht übermäßig viel Geld gibt. - Dazu brauche ich nicht eineinhalb Jahre zu verhandeln.

Weiters: Bundesstraßen A 23, A 4, B 3, A 22, B 13, B 301 und etliche andere mehr. - Und da sage ich, es freut mich durchaus als Vertreter einer ökologischen Partei: Das Wort "vordringlich" ist gestrichen. Die stehen nur mehr so da und werden, wie es sich gehört, weiterverfolgt. Keine Vereinbarung über das Geld, keine Vereinbarung über Kostenschlüssel, nichts.

Weiter: Der Technologiepark. - Und da sage ich gleich, da tut es mir besonders leid, was dieses hochintelligente spannende Seibersdorfer Projekt mit den sechs Geschäftsfeldern, mit den Zukunftsfeldern für große Investitionen in Struktur, in ökologische und wirtschaftliche Zukunft betrifft: Prüfung von Liegenschaften auf Eignung. - Ein großer Erfolg, daß man jetzt Liegenschaften auf Eignung prüft.

Ich sage das ohne jeden Zynismus: Ich hoffe, daß Sie bald geeignete Liegenschaften haben, weil ich dieses Projekt, das Technologieparkprojekt, für eines der spannendsten Projekte für die Wiener Zukunft halte, diese Kooperation mit dem Forschungszentrum Seibersdorf für ausgesprochen fruchtbbringend halte und nie verstanden habe, warum die Projektvorschläge von Seibersdorf lange Zeit in Schubladen abgelegen haben, und weil ich jetzt endlich in den letzten Monaten das Gefühl gehabt habe, Sie machen ernst, Sie greifen den Seibersdorfer Vorschlag auf.

Ich würde mir wünschen, bereits eine konkrete Vereinbarung in dem 30- oder Wieviel-auch-immer-Milliarden-Paket vorzufinden. Hoffentlich passiert hier noch etwas. Wenn Sie in der Lage sind oder wenn Sie willens sind, wirklich etwas daraus zu machen, haben Sie selbstverständlich jede politische und öffentliche Unterstützung - nicht nur von uns.

EUROCRYST: Kurzfristige Realisierung dieses Pro-

jets. - Diese Formulierung, die "kurzfristige Realisierung", ist gestrichen worden auf Intervention von Wirtschaftsminister Ditz. (*Amtsf StR Rudolf Edlinger: Was ist gestrichen worden?*) Wien ist - laut Unterlagen - in die Standortüberlegungen miteinzubeziehen. Das ist das konkrete Ergebnis: Wien wird in Standortüberlegungen miteinbezogen.

Herr StR Edlinger! Es geht einfach nicht, sich einmal in der Woche vor einen "Kurier"-Redakteur hinzustellen und zu erklären: Ganz großes Projekt für Wien gesichert!, und nicht dazuzusagen: Das einzige, was gesichert ist, ist, daß ein Standort Wien mitüberlegt wird.

Wenn Ihre großen wirtschaftspolitischen Erfolge dieses Zuschnitts sind, dann müssen wir uns Alternativen in der Beschäftigungspolitik überlegen, denn so kommt Beschäftigungspolitik in dieser Stadt mit Sicherheit nicht schnell genug auf die Schienen.

Dies sind alles die verschobenen Projekte, und wir haben in der Vorbereitung - ich habe mit Günter Kensei und anderen sehr lange die einzelnen Punkte diskutiert -, wir haben im Zweifelsfall, wo wir nicht sicher waren, ob ein Projekt bereits geplant ist oder nur verschoben ist, das unter "verschoben" aufgelistet, weil ja in den Projekten, zumindest in den meisten, mit Ausnahme der Bundesstraßen, Chancen drinnen sind. Ich stehe ja nicht da heraus, um dafür zu plädieren, diese Projekte nicht zu realisieren, ich stehe auch nicht heraus und freue mich, daß Ihnen etwas nicht gelungen ist, sondern ich stehe heraus, um erstens über die Realität zu berichten und zweitens zu sagen: Einige dieser Projekte braucht die Stadt. Wir müssen Wege finden, daß demnächst einmal ein Landeshauptmann oder ein Landesrat herausgehen und sagen kann: Ja, das sind jetzt wirklich haltbare Übereinkommen, wir kriegen diese Projekte nach Wien, und wir schaffen damit Ökologisierung und Beschäftigung!

Ich komme zu den geplanten Projekten. Was uns besonders weh tut, ist, daß die S 7-Verlängerung nach Bratislava nicht mehr drinnensteht. Es ist eines der wichtigsten verkehrspolitischen Projekte. Über die Verlängerung der S 7 nach Bratislava, die am Anfang Bestandteil der ganzen Diskussionen war, wird mitentschieden, wie der Ost-West-Transit mit Wien als hauptbetroffener Stadt ausschauen wird. Nur wenn die Bahn Richtung Bratislava konkurrenzfähig wird als moderne, zweigleisige, leistungsfähige Strecke, wird der Schienenverkehr eine Chance haben gegen den grenzüberschreitenden internationalen Transitverkehr auf der Ostautobahn. Die Ostautobahn ist Teil der Europastraße 5, in Zukunft wahrscheinlich der wichtigsten verkehrsreichsten und gefährlichsten LKW-Transversale quer durch Europa.

Präsidentin Ingrid Smejkal (*unterbrechend*): Herr Klubobmann, Ihre Redezeit ist zu Ende! Ich bitte Sie, zu einem Abschluß zu kommen!

Abg Dr Peter Pilz (*fortsetzend*): Gut. - Das ist eine der wichtigsten Verbindungen. Ich plädiere für Alternativen.

Ich weise nur als letztes in dem Zusammenhang darauf hin: Auch geplant ist die Universität auf dem WED-Gelände. Der Realisierungszeitraum 1997 bis 2004 ist gestrichen.

Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Mein Vorschlag lautet: Nehmen Sie die Realität zur Kenntnis. Aus dem 30-Milliarden-Paket ist ein 6-Milliarden-Packerl geworden. (*Amtsf StR Rudolf Edlinger: Das ist falsch!*) Ich lade Sie ein, wenn wir uns darüber geeinigt haben, neu zu beginnen, wichtige Zukunftsprojekte nachhaltig nach Wien zu bekommen. Das wird nicht über eine Politik der Seifenblasen, sondern nur über eine Politik der innovativen, gemeinsamen Anstrengung für Wien gehen. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Wawra zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Oskar Wawra (*ÖVP*): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt kaum eine Vereinbarung, die schon vor ihrem Abschluß so oft als Erfolg gefeiert wurde, wie dieses sogenannte 30-Milliarden-Paket von der SPÖ bejubelt wurde.

Ich darf vielleicht nur ganz kurz - es ist heute schon angeklungen - daran erinnern, daß bereits im April 1992 Bgm Zilk in einer Pressekonferenz dieses Paket stolz präsentiert hat und damals sogar davon gesprochen hat, daß die Schallmauer durchbrochen wurde.

Jetzt haben wir 1996, und in der Zwischenzeit sind Bgm Häupl und fast alle zuständigen sozialistischen Stadträte nicht müde geworden, dieses Paket in regelmäßigen Abständen als Erfolg zu verkaufen.

Die Wienerinnen und Wiener wurden in regelmäßigen Abständen auch in entsprechender Spannung gehalten mit den Mitteilungen, daß nur mehr das Kraxerl oder das Haxerl fehlt, wobei das liebevolle wienerische Ausdrücke für eine Nebensächlichkeit des Ganzen waren, nämlich die Unterschrift der Bundesregierung, also des Bundeskanzlers und der zuständigen Bundesminister, vor allem der Finanzminister auf Bundesebene, wobei es bei diesem Paket schon die dritte Generation der Finanzminister - nach Lacina und Staribacher - ist, die über dieses Paket verhandeln.

Es ist richtig, daß dieses Paket lange Zeit als sogenanntes Geheimpapier der SPÖ in Wien und auf Bundesebene gehandelt wurde, als Papier, das zwischen der SPÖ und Wien und der Bundesregierung für Wien vereinbart werden sollte.

Wir sehen es hier als besonderes Verdienst der Wiener Volkspartei und vor allem auch des StR Dr Görg an, daß jetzt im Interesse Wiens dieses Paket entsprechend nachgebessert und verbessert wird, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es betrifft nicht nur zum Beispiel den Kulturbereich, wo wir finden, daß gerade für die Bundesmuseen und hier im speziellen für die Albertina, die ja seit Jahren in einem sehr schlechten baulichen Zustand ist, rasch etwas getan werden sollte, sondern das betrifft auch eine Reihe anderer Punkte, die vor allem mein Kollege

Pilz hier schon ganz konkret aufgezählt hat. Ja, wir bekennen uns dazu, daß eine Reihe dieser Punkte auch für uns viel zu unkonkret, zu unpräzise und zu vage in dieser Vereinbarung steht. Das ist mit ein Grund, warum wir uns bemühen, hier Dinge konkreter zu fassen, dingfest zu machen und im Interesse Wiens, im gemeinsamen Interesse Wiens noch mehr zu erreichen.

Und ich verstehe schon den Dr Pawkowicz, daß er da in dieser Beziehung etwas neidisch ist auf den Dr Görg (*ironische Heiterkeit bei der FPÖ*), denn er kann zum Unterschied von Dr Görg nichts gestalten und er kann nirgends mitreden. Weder in der großen Politik auf Bundesebene hat er viel zu reden, noch glaube ich, daß er beim Dr Haider innenpolitisch sehr viel mitreden kann. Das schmerzt, das gestehe ich ihm zu, das schmerzt sicher.

Aber das ist wahrscheinlich auch der Unterschied zwischen der ÖVP und der FPÖ. Wir handeln und verhandeln im Interesse Wiens und der Wiener Bevölkerung, und Sie kritisieren und polemisieren. (*Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Aber es ist halt einmal so und es schmerzt Sie vielleicht auch, daß nicht Sie, die FPÖ, die bürgerliche Alternative für Wien sind, als die Sie sich auch unter anderem so gerne darstellen, sondern daß die Wiener Volkspartei als einzige Kraft in Wien diese bürgerliche Kraft für Wien ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was die GRÜNEN und was Dr Pilz betrifft - Dr Pilz ist nach seiner Rede, wie so oft schon, gegangen, wahrscheinlich ins Wochenende -, so verstehe ich auch nicht ganz, daß Sie sich da über diese sogenannten Öko-Autobahnen so furchtbar lustig machen und das als so lächerlich hinstellen. Ich meine, es ist sicher aus Ihrer Sicht leicht, gegen alles zu sein oder gegen fast alles zu sein, was den Individualverkehr betrifft, und sich die Autos wegzuwünschen, meine Damen und Herren. (*Zwischenruf der Abg Dr Friedrun Hueumer.*) Nur, so ist es halt auch nicht, denn die wirkliche Realität ist halt eine andere als Ihre Realität, und das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Aber vielleicht wissen Sie gar nicht, und dann sage ich es Ihnen noch einmal, daß gerade Ihr Bundessprecher Christoph Chorherr eigentlich diesem Paket in seiner Gesamtheit ohnehin zugestimmt hat; nämlich in der Landesregierung hat er diesem Paket einschließlich der Wiener Südumfahrung zugestimmt. Also ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt so darüber alterieren. (*Abg Johannes Prochaska: Den Chorherr interessiert es nicht!*)

Und was die Frage eines Pakets oder des Packerls betrifft, ob das jetzt ein Packerl oder ein Paket ist, möchte ich von dieser Stelle aus bewußt als Oppositionspolitiker auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen. Es gibt ein Sprichwort, das sagt: Derjenige ist ein Lump, der mehr verspricht, als er halten kann. - Derjenige ist ein Lump, Dr Pawkowicz und Dr Pilz, der mehr verspricht, als er halten kann.

Die berechtigten Interessen Wiens sind daher auch vor der Gesamtbudgetsituation des Bundes und vor

dem Budgetkonsolidierungsprogramm der Bundesregierung zu sehen. Und sie sind auch zu sehen vor dem Hintergrund des Föderalismus, wo es eben nicht nur den Bund und ein Bundesland gibt, sondern insgesamt neun Bundesländer gibt, mit berechtigten Anliegen und berechtigten Interessen.

Die Aufgabe Wiens ist es dabei sicher, das Beste für die Bundeshauptstadt und für unsere Zukunft herauszuholen. Ich bin zuversichtlich, und ich hoffe, daß uns das in wesentlichen und wichtigen Bereichen auch gelingt.

Ich möchte nicht mehr wiederholen, worum es hier geht. Es geht um Infrastrukturmaßnahmen im S-Bahn- und im U-Bahn-Bereich, um universitäre Einrichtungen, es geht um Innovation, es geht um neue Technologien, und es geht auch um Kultur. Ich bin daher zuversichtlich, daß in gemeinsamen Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP gute Lösungen für Wien und unsere Zukunft herauskommen.

Lassen Sie mich aber zum Abschluß vielleicht nur zwei Dinge noch kurz sagen.

Wie immer ein endgültiger Vertrag jetzt aussehen mag, die Vereinbarung kann und soll nicht Schluß der Verhandlungen, Schluß der Debatte bedeuten, sondern es ist sicher so, daß in Form eines permanenten Dialoges die Behandlung dieser Fragen zwischen Wien und der Bundesregierung fortzusetzen ist. Und jene Dinge, die vielleicht in dieser Vereinbarung nicht oder nicht ganz zufriedenstellend gelöst werden können, sollen Grundlage einer weiteren Vereinbarung, vielleicht eines weiteren 10- oder 15-Milliarden-Pakets der nächsten Jahre sein.

Und einen ganz letzten Gesichtspunkt lassen Sie mich noch, meine Damen und Herren, einbringen, vor allem in Richtung SPÖ. Das 30-Milliarden-Paket ist kein Geschenk der SPÖ. Es ist weder ein Geschenk der Bundesregierung noch des Landes Wien, und es ist auch kein Geschenk, das der Bgm Häupl den Wienerinnen und Wienern präsentiert. Das sind alles Mittel, die durch den Fleiß und die Steuerleistung der Wiener und der österreichischen Bevölkerung erarbeitet wurden. Und die Aufgabe der Politik und der Politiker ist es, diese vorhandenen Mittel bestmöglich und verantwortungsbewußt zu verwalten und einzusetzen. Und wir von der Wiener Volkspartei, wir nehmen diese Aufgabe jedenfalls sehr ernst. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stix. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Rüdiger Stix (*FPÖ*): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Bevor ich mich inhaltlich mit dem Kollegin Pilz auseinandersetze, muß ich schon meinem Erstaunen Ausdruck verleihen, daß man zu Worten wie "Dachschaden" oder ähnliches greift. Aber ich zweifle nicht daran, Frau Präsidentin, daß Peter Pilz anschließend einen Ordnungsruf bekommen wird.

Zum Inhaltlichen. Der Kollege Pilz hat sich heute

hier als Architekt und Baumeister geoutet - so glaube ich, sagt man in seinen Kreisen - und hat fürchterlich angefangen zu lachen und zu spotten über Öko-Autobahnen, über tiefgelegte Autobahnen, über Autobahnen und Verkehrswege, die eingehaust sind, über die Frage des Ausstoßes der Emissionen, sowohl im Bereich der Kohlenwasserstoffe als auch anderer Schadstoffe, und natürlich des Lärms.

Leider Gottes ist der Kollege Pilz nicht einmal auf dem linken Fuß gestanden, denn er hat mehrere Fehler auf einmal gemacht. Ich möchte gar nicht polemisch darauf antworten, sondern ihn in aller Ruhe und Nüchternheit daran erinnern beziehungsweise die eine Kollegin des grün-alternativen Klubs, die noch da ist bei einer dringlichen Anfrage (*Zwischenruf bei den GRÜNEN*) - okay -, bitten, dem Kollegen Pilz folgende Tatsachen zu übermitteln:

Ad 1: Selbstverständlich hilft eine Tieflegung jedes Verkehrsweges, Öko-Autobahn genauso wie Bahnen.

Ad 2: Selbstverständlich hilft eine Einhausung, Öko-Autobahnen genauso wie Schienenverkehrsstränge.

Ad 3: Selbstverständlich muß - und Sie können sich gerne jederzeit in jedem Tunnel davon überzeugen - eine eingehauste Öko-Autobahn natürlich be- und entlüftet werden.

Das heißt - ad 4 -: Selbstverständlich kann im Gegensatz zu jeder anderen Straße die Luft in einen eingehausten Öko-Autobahn natürlich gefiltert werden, das heißt, ich habe daher

5. erstens einen Schallschutz für die Bevölkerung, und zweitens kann ich selbstverständlich beliebig dicht filtern. Ich habe auf jeden Fall für die Umwelt eine massive Verbesserung. Jedenfalls bleibt die Öko-Autobahn von uns Freiheitlichen, die Herr Dr Pawkowicz vorgeschlagen hat, gegenüber den qualmenden Autowallen des Peter Pilz - na den Vergleich möchte ich Klavierspielen können.

Aber es läuft auch im Gesamtzusammenhang auf dasselbe hinaus. Auch in den realsozialistischen Staaten wächst der Verkehr ungefähr gleich stark wie das Wirtschaftswachstum. Wir haben leider aus den realsozialistischen Staaten keine genauen Daten. Für die Industriestaaten kann ich es Ihnen genau sagen. Es wurden im Jahre 1980 in den OECD-Staaten 4 660 Billionen Fahrzeugkilometer zurückgelegt. Im Jahre 1993 - das ist die letzte verfügbare gültige Statistik - waren es 7 203 Billionen Fahrzeugkilometer. Das paßt übrigens auch mit dem Wirtschaftswachstum zusammen.

1980 war der Ausstoß beispielsweise an SO<sub>2</sub> 58,5 Millionen Tonnen, 1993 waren es nur mehr 40,3 Millionen Tonnen.

Sie können jetzt praktisch bei allen Elementen des Ausstoßes, die meßbar sind, dieselben Messungen anstellen. Sie werden draufkommen, daß natürlich neue Technologien greifen, daß neue Technologien wirksam sind und daß - ohne jede Polemik und ganz nüchtern - Dr Pawkowicz natürlich recht hat zum 30-

Milliarden-Paket von der Verkehrsseite.

Dieses 30-Milliarden-Paket, für das sich der Wiener Finanzstadtrat und das für die Finanzen zuständige Regierungsmitglied Edlinger vor ziemlich genau einem Jahr, nämlich während des Rechnungsabschlusses, sogar mit dem Aufmacher einer Boulevard-Tageszeitung feiern hat lassen, diese zusätzlichen 30 Milliarden Schilling versickern irgendwo. Diese zusätzlichen 30 Milliarden Schilling könnten wir im Verkehr gut brauchen. Wir könnten sie ohneweiters brauchen im U-Bahn-Bau oder im S-Bahn-Bau.

Obmann Dr Pawkowicz hat schon den U-Bahn-Bau ausgeführt und hat auch den S-Bahn-Bau gestreift. Ich darf nur daran erinnern, daß Ihre eigene Planung, Ihr eigener Grundlinienplan, der bekannte Grundlinienplan N 3 aus dem Jahre 1969 in der Fassung aus dem Jahre 1975, heute etwa zur Hälfte erfüllt ist Maximal zur Hälfte...

Dasselbe gilt für die Schnellbahnen. Das S-Bahn-Paket, das am Beginn dieser Legislaturperiode hoch gefeiert wurde, dieses Paket im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ostregion, gemeinsam mit Wien, Niederösterreich und Burgenland, das bekanntlich die Schnellbahnenlinien 1, 2, 3, 7, 15, 45 und 80 umfaßt, dieses S-Bahn-Paket wurde auch als abgeschlossen gefeiert. Es wurde immerhin mit einem gewissen Herrn Dr Vranitzky vereinbart, mit jenem Dr Vranitzky, der nicht nur Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei ist, sondern auch Bundeskanzler, 1992 genauso wie heute. Und: es wurde nicht einmal ansatzweise erfüllt.

Das heißt, dieses 30-Milliarden-Paket derzeit ist selbstverständlich auch im Bereich des U-Bahn-Baues und des S-Bahn-Baues nüchtern betrachtet nicht einmal auf dem Stand von 1992. Also wir waren 1992 schon weiter als bei Ihren angeblichen Erfolgen dieses 30-Milliarden-Paketes im letzten Jahr oder heute - egal, welchen Schluß Sie nehmen.

Aber es könnte ja sein, daß es tatsächlich große Milliardenbeträge gibt. Es könnte ja sein, daß im Rahmen der EU plötzlich die großen Geldwolken ausschütten, und es könnte ja sein, daß das auch in Verkehrsprojekte fließt. So abwegig wäre das nicht. Sie alle wissen, die Tiroler haben es im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen geschafft, im Rahmen der transeuropäischen Netze ihr Projekt, den Brenner-Basistunnel, als erste Priorität zu bekommen, und außerdem haben es die Tiroler geschafft, dafür Geld zu bekommen.

Die Tiroler waren allerdings bei den Beitrittsverhandlungen in Brüssel nicht dabei. Wien war dabei, sogar durch den Finanzstadtrat und Vizebürgermeister vertreten, und hat - ja, ich weiß bis heute nicht, ich glaube: nichts erreicht. Aber vielleicht irre ich mich auch. Vielleicht war das so ein Verzögerungseffekt. Vielleicht gibt es also jetzt die Milliarden aus Brüssel. Vielleicht sind diese 30 Milliarden des Bundes für Wien aus Bereichen, die sich den normal veranschlagten Budgets auf Landesebene und auf Bundesebene entziehen.

Es könnte ja auch durchaus sein, daß also Wien in

zwischen gelernt hat, und ich möchte daher, ohne Polemik und fair, Ihre eigenen Verkehrsmemoranden unter dem Gesichtspunkt des 30-Milliarden-Paketes, unter dem Gesichtspunkt der transeuropäischen Netze, noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Sie haben mit einer gewissen Verspätung, nämlich nicht zu den EU-Beitrittsverhandlungen, sondern im Jänner dieses Jahres, am 30. Jänner 1996, nach den Nationalratswahlen, ein Verkehrsmemorandum gemacht - über die Verkehrssituation Wiens, das eben an die EU geht. Dieses Verkehrsmemorandum ist keineswegs schlecht. Es erinnert daran, daß der Donau-Korridor von Südosteuropa über Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland wichtig ist und daß der Nord-Süd-Korridor von Warschau und Prag nach Norditalien ebenfalls wichtig ist. - So weit, so gut.

Sie wissen, ich habe bei den Verkehrsreden, zumindest zu jenen über die Transitstrecken, wie ein Ceterum censeo immer daran erinnert, daß die L-Achse, nämlich die Verbindung Berlin-Prag-Wien-Budapest, sogar schon in der Regierungserklärung war, und zwar in der Regierungserklärung der vorvorletzten Regierung. Das heißt, hier gehen Sie nicht vor das Jahr 1992 zurück, sondern Sie schaffen gerade den Stand von 1989. Aber immerhin, sei's drum.

Dieses Verkehrsmemorandum der Stadt Wien wird natürlich etwas präziser. Es hat vier Schwerpunkte. Die darf ich auch nüchtern noch einmal in Erinnerung rufen.

Der erste ist der Ost-West-Korridor Budapest-Wien-München und verweist vor allem auf eine Initiative - und das sage ich jetzt ohne jede Häme -, die durchwegs verdienstvoll ist. Die Initiative, die gesamte Bahnverbindung Paris-Straßburg-Stuttgart-München-Wien-Budapest als Hochgeschwindigkeitsstrecke, zumindest jedoch als Hochleistungsstrecke, also für schnelle Güterzüge, auszubauen, und zwar ehestmöglich auszubauen, denn - ich zitiere wortwörtlich -: "Die bereits in Betrieb befindlichen Hochgeschwindigkeitsstrecken bestätigen eindrucksvoll die Vorteile dieses Verkehrssystems bei der Verbindung großer westeuropäischer Ballungszentren, und die vorgesehene Ausdehnung des Systems der Hochgeschwindigkeitsbahnen in den mitteleuropäischen Raum ist zweifellos ein wichtiges Ziel, um die erforderliche Mobilität zwischen den mitteleuropäischen Zentren sowie deren Anbindung an die westeuropäischen Ballungsräume im nötigen Ausmaß sicherstellen zu können." Wunderbar, wunderbar, ganz ausgezeichnet.

Warum haben Sie es nicht gemacht? Warum, meine Damen und Herren, gibt es jetzt schon die dritte Generation des ICE in München? Der fährt zwar von Hamburg nach München, aber in München steht er. Warum, meine Damen und Herren, gibt es den Pendolino - nur, leider Gottes, an der Südgrenze Österreichs steht er. Weil die Gleise zerbröseln, die Südbahn zerbröseln und die Westbahn zerbröseln.

Daß es notwendig wäre, das geben Sie selber zu, zugegebenermaßen erst am 30. Jänner 1996. Und es

wäre durchaus schön, wenn die EU uns ein bißchen etwas zahlen würde, wenn sie im Rahmen der transeuropäischen Netze ein bißchen machen würde. Dazu komme ich noch.

Sie führen weitere Korridore an: von Warschau nach Mailand, von Berlin über Prag und Wien nach Südeuropa, und kommen dann zu regionalen Verknüpfungen, zu den regionalen Verknüpfungen Brünn, Preßburg und Györ.

Und hier haben Sie wieder, meine Damen und Herren, das Problem. Die großen Magistralen, die großen Transitstrecken und die überregionale Anbindung im unmittelbaren Bereich des Wirtschafts- und Ballungsraumes Wien haben Sie jetzt nicht länger negieren können, haben Sie doch zur Kenntnis nehmen müssen. Sie geben sogar zu, daß die Projekte notwendig sind, und geben zu, daß man für diese Projekte Geld braucht. Sie geben es ein bißchen spät zu. Sie hätten es zwei Jahre früher bei den Beitrittsverhandlungen zur EU ja durchsetzen können. Aber besser, ihr kommt spät, als überhaupt nicht.

Nur, meine Damen und Herren, auch dafür hat die EU inzwischen einen Beschuß gefaßt. Stimmt. Es gibt jetzt im Rahmen der transeuropäischen Netze auch den Donau-Korridor. Dieser Donau-Korridor, etwa vergleichbar mit dem Brenner-Basistunnel, ist etwas Wichtiges. Der Brenner-Basistunnel ist, wie schon gesagt, erste Priorität, erstes von 14 prioritären Projekten. Der Donau-Korridor, den Sie beantragt haben, ist nicht einmal unter den 14 Prioritätsprojekten, sondern läuft unter "Sonstiges".

Punkt 3 und 4 ist ähnlich. Sie wollen einen intermodalen Verkehrsknoten Wien, Sie wollen einen Durchgangsbahnhof Wien, Sie wollen Umschlagszentren für Schiene, Straße, B 301, Wiener Südtumfahrt, Schiffahrt und Luftfahrt, Sie wollen eine Entflechtung Güterverkehr und öffentlicher Personenverkehr und weisen noch zur Ergänzung darauf hin, daß im Hinblick auf die Verbesserung der Umweltqualität - ich zitiere wieder wortwörtlich - "eine Standardisierung der Abgasvorschriften im Personen- und Güterverkehr in den und vom Osten notwendig ist". Wunderbar, meine Damen und Herren.

Aber warum haben Sie diesen intermodalen Verkehrsknoten Wien nicht geschaffen? Warum haben Sie die Forderungen der Freiheitlichen Partei, die wir Ihnen jetzt Jahr für Jahr präsentiert haben, im Detail präsentiert haben, nüchtern und exakt und unterlegt präsentiert haben, nicht schon längst übernommen? Warum haben Sie beispielsweise in der Anpassung der Umweltqualitätskriterien nicht schon längst wenigstens die rechtlichen Anpassungen gemacht? Warum haben Sie die Konferenz von Paris, Genf und Wien, wonach eben jedes Kraftfahrzeug zugelassen ist, sobald es in seinem Heimatland zugelassen ist, warum haben Sie diese Konferenz nicht neu einberufen? Warum lassen Sie auf unseren Straßen Autos fahren, die das 300fache oder mehr - das 300fache! - an Ausstoß haben als westliche Autos?

All diese Sachen hätten Sie längst machen können - auch wenn ich Ihnen nicht versagen möchte, meine Damen und Herren, daß Ihre Problemerkenntnis lobenswert ist und daß Sie selbstverständlich die volle Unterstützung der Freiheitlichen Partei haben.

Leider Gottes - ich habe mich heute vormittag noch einmal erkundigt über unsere Vertretung in Brüssel - ist überhaupt kein Geld absehbar, außer den bekannten Projekten. Es ist überhaupt kein Geld absehbar, das da irgendwo hereinregnen könnte und Ihnen doch noch die 30 Milliarden Schilling bescheren kann.

Jetzt bleibt eigentlich nur mehr eine Frage offen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, sagen, wir haben euch nicht belogen, diese 30 Milliarden gibt es, die gibt es zwar nicht in Form von 30 Milliarden, sondern in Form von 18 Milliarden oder von 6 Milliarden, und die gibt es nicht zum Budget, sondern die gibt es auf viele Jahre verteilt, und außerdem ist das ja kein Problem, denn wir machen ohnehin U-Bahn-Ausbau und S-Bahn-Ausbau - den der Kollege Wawra heute überhaupt nicht mehr angeführt hat, weil er wenigstens einen Budgetansatz für die Albertina gefunden hat -, dann darf ich Ihnen einen Vorschlag machen. Und mit diesem Vorschlag möchte ich enden, meine Damen und Herren. Dieser Vorschlag ist: Warum sprechen Sie dann von einem 30-Milliarden-Schilling-Paket? Sprechen Sie doch von einem 60-Milliarden-Schilling-Paket oder einem 90-Milliarden-Schilling-Paket oder einem 120-Milliarden-Schilling-Paket und addieren Sie beliebig Budgetansätze über die nächsten fünf bis zehn Jahre, es wird sich schon ungefähr ausgehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg DDr Schock. Ich erteile es ihm.

Abg DDr Eduard Schock (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich am Schluß dieser dringlichen Debatte noch einmal kurz auf die budgetären Zusammenhänge zurückkommen.

Bereits in den letzten Fiskaljahren hat die Stadt Wien ihre kommunalen Investitionen drastisch zurückgenommen. Im Vorjahr - also 1995 - mußten die städtischen Investitionen bereits um 1 500 000 000 S gekürzt werden. Im heurigen Budget macht die Kürzung weitere 1 400 000 000 S in unserem Haushalt aus, also in den letzten Jahren bereits um 3 Milliarden S weniger für Investitionen.

Der Grund dafür ist die sich verschlechternde Budgetstruktur beziehungsweise die negative freie Finanzspitze. Die Stadt Wien wird aufgrund dieser schlechteren Struktur auch im nächsten Jahr ihre kommunalen Investitionen weiter kürzen müssen.

Wenn man den Finanzplan der Magistratsabteilung 4 anschaut, ist diesem zu entnehmen, daß die städtischen Investitionen im nächsten Jahr von heuer 15 Milliarden S auf 14 Milliarden S zurückgenommen werden müssen - also um eine weitere Milliarde weni-

ger. Im nächsten Jahr werden wir froh sein müssen, wenn wir das sehr bescheidene Ziel - also die Kürzung um 1 Milliarde S - erreichen können, denn 1997 ist der Stichtag beziehungsweise das Stichjahr für die Maastricht-Kriterien.

Wir haben uns gegenüber dem Bund verpflichtet, unser Wiener Defizit aus diesem Grund innerhalb von nur drei Jahren - von 1994 bis 1997 - zu halbieren. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Das haben wir nicht! Das haben wir wirklich nicht!)

Aufgrund der Vereinbarung, Herr Stadtrat, entfällt auf uns ein Defizitanteil von etwa 4 500 000 000 S im nächsten Jahr. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Maastricht-adäquat ist nicht gleich Abgang des Budgets! Heuer haben wir auch nur 4 800 000 000 S Maastricht-adäquat!) Das ist mir bewußt. In Maastricht-Definition haben wir uns auf 4 500 000 000 S im nächsten Jahr verpflichtet. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Ohne Wohnbau und Wasservirtschaft!) Laut ursprünglichem Finanzplan wären es 9 Milliarden S gewesen. Daher macht es eine Kürzung von 9 Milliarden S auf 4 500 000 000 S aus. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Nein! Das ist der Abgang des Budgets! - StR Mag Hilmar Kabas: Das ist die sozialistische Rechnungspolitik!)

Herr Stadtrat, Sie müssen gleiche Zahlen mit gleichen Zahlen vergleichen! (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Eben das bitte ich Sie gerade!) Ich weiß nicht, wie Sie es rechnen, Herr Stadtrat! (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Ungefähr 4 500 000 000 S Maastricht-adäquat! So ist es heuer auch! 10 Milliarden S brutto und 4,8 Milliarden S Maastricht-angepaßt! Ein Stück muß ich zurückkommen!) Wir haben heuer ein Maastricht-Defizit in der Größenordnung von 8 bis 9 Milliarden S. Das ist das Maastricht-Defizit von 1996 - eine Größenordnung von 8 bis 9 Milliarden S.

Die Geschichte mit dem Wasser ist noch nicht ausgestanden, Herr Stadtrat, weil nach meinen Informationen sind Versuche vorhanden - und das wäre auch Maastricht-konform -, die Gebührenhaushalte aus der Maastricht-Definition herauszunehmen. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Davon gehen wir aus!) Aber bei uns wird das wahrscheinlich so ausschauen - bekanntlich haben wir beim Wasser einen Überschuß -, daß Sie zwar die Schulden, welche die Wasserwerke aufnehmen, aus dieser Rechnung herausnehmen, aber dann den Überschuß welchen die Wassersteuer erbringt, Herr Stadtrat, sehr wohl wieder hineinrechnen. (StR Mag Hilmar Kabas: Immer dieses Frisieren!)

Wenn das so ausgehen sollte - ich will es einmal vorsichtig formulieren -, daß Sie die Schulden der Wasserwerke zwar herausnehmen, aber dann den Überschuß aus der Wassersteuer sehr wohl wieder als Budgetentlastung hineinverbuchen, ist das Ganze eine Mogelei. (StR Mag Hilmar Kabas: Richtig!)

Ich hoffe nicht, daß es so ausgeht, Herr Stadtrat. Aber darüber werden wir uns noch unterhalten. (Beifall bei der FPÖ. - Amtsf StR Rudolf Edlinger: Den Wohnbau müssen Sie herausnehmen, dann schaut es ganz

*anders aus!)*

Ich glaube, Herr Stadtrat, diese 1 Milliarde S Neuverschuldung beim Wohnbau habe ich berücksichtigt. Die ist draußen. Da gehen wir konform. Diese Milliarde können wir herausnehmen. (Amts StR Rudolf Edlinger: *So ist es!*)

Herr Stadtrat, ich glaube, wir können aber außer Streit stellen - und das war eigentlich der Ansatz meiner Ausführungen -, daß die Investitionen in unserem Haushalt in den letzten zwei Jahren und auch 1997 weiter gekürzt werden müssen, und zwar insgesamt in einem Ausmaß von 4 Milliarden S, also von 1994 bis 1997 um 4 Milliarden S weniger Investitionen.

Wir meinen, daß sich diese falsche Budgetpolitik auch auf den Arbeitsmarkt negativ auswirkt und die derzeit drastische Situation am Arbeitsmarkt auch auf diese falsche Budgetpolitik zurückzuführen ist.

Wir haben im Jahr 1995 - im letzten Jahr - gegenüber dem Vorjahr 16 000 Arbeitsplätze in Wien verloren. Daher waren Anfang des heurigen Jahrs bereits über 71 000 Menschen in Wien arbeitslos gemeldet. Das entspricht immerhin bereits einer Arbeitslosenquote von 8,6 Prozent.

Wenn man sich die nackten Zahlen über die Investitionen der Stadt anschaut, wie diese von Jahr zu Jahr zurückgehen, entpuppt sich eigentlich - und das kann ich nur unterstreichen -, was andere Redner heute bereits gemeint haben, dieses 30-Milliarden-S-Paket ein bißchen als Etikettenschwindel.

Dieses Paket wird in der Öffentlichkeit großartig gefeiert. Tatsächlich müssen wir aber die Investitionen immer kürzen. Das Paket - das ist auch entscheidend - ist nicht geeignet, diesen negativen Trend bei den Investitionen in den nächsten Jahr umzukehren, also wieder zum Positiven zu wenden. Denn es zeigt sich, daß der Großteil der geplanten Investitionen im Paket überhaupt erst nach der Jahrtausendwende beschäftigungswirksam wird.

Welche sind denn die großen Pakete in diesem Paket?

Das sind die Verlängerungen der U-Bahn-Linien U 1 und U 6 sowie im Individualverkehr die Errichtung der Südfahrt von Wien, also die B 301.

Bei der U 1 haben wir es schwarz auf weiß, daß die Verlängerung dieser Linie in den Norden - aber auch in den Süden - erst nach dem Jahr 2000 in Angriff genommen wird.

Auch bei der U 6 ist der Beginn erst nach 2000 festgelegt.

Die Planungen und die Umweltverträglichkeitsprüfungen, welche für die B 301 erforderlich sind, werden sicher auch einige Jahre in Anspruch nehmen, sodaß wir auch bei der B 301 leider ausschließen können, daß vor der Jahrtausendwende irgendwelche beschäftigungswirksamen Investitionen zustande kommen.

Das einzige Großprojekt, das schon im nächsten Jahr massiv Investitionen gebracht hätte, muß dem Vernehmen nach herausgestrichen werden. Das ist die neue Universität in der Donau-City.

Es war den Medien zu entnehmen, daß der Bund keine Notwendigkeit sieht für eine solche neue Universität. Hier war im ursprünglichen Paket ein Realisierungszeitraum in den Jahren von 1997 bis 2000 mit dem Bund ausgemacht. Jetzt müssen wir diesen konkreten Realisierungszeitraum herausstreichen, und es bleibt uns dann eine Absichtserklärung des Bundes, die unverbindlich sowie unbefristet ist.

Daher ist dieses 30-Milliarden-S-Paket ungeeignet, in den Rezessionsjahren - nämlich genau jetzt, im Rezessionsjahr 1996, und auch im Jahr 1997 - Beschäftigungsimpulse zu setzen.

Es gibt daher, Herr Landeshauptmann, bei der Investitionspolitik einen eklatanten Widerspruch zwischen dem Anspruch einerseits und der Realität der Kürzungen auf der anderen Seite. Je mehr von den Investitionen in der Öffentlichkeit - und natürlich auf Wahlplakaten - geredet wird, desto weniger Geld ist in der Stadtkasse dafür leider vorhanden.

Wir dürfen bis nächstes Jahr sicherlich auf keine entscheidende Mitfinanzierung durch den Bund rechnen, weil der Bund zur Erreichung der Maastricht-Ziele überall den Rotstift ansetzen wird - auch bei uns.

Wir werden daher, wenn wir für eine Beschäftigungsoffensive wirklich ernsthaft etwas unternehmen wollen, nicht darum herumkommen, die notwendigen Mittel dafür selbst aus Eigenem aufzubringen. Das sagt sich sehr leicht.

Lassen Sie mich aber jetzt vielleicht einen konkreten Bedeckungsvorschlag unterbreiten.

Es ist so, daß wir im zweiten Halbjahr 1996 nach Inkrafttreten des Belastungspakets doch mit einigen nicht unerheblichen Mehreinnahmen für unser Wiener Budget rechnen können, die natürlich für 1996 noch nicht budgetiert waren, weil das Belastungspaket erst im heurigen Frühjahr ausgemacht worden ist. Wenn diese Mittel der Wirtschaft über höhere Steuereinnahmen entzogen werden, sollten wir, glaube ich, diese, wenn sie hereinkommen, auch wenigstens wieder beschäftigungswirksam investieren. Es geht dabei immerhin um eine Größenordnung von etwa 500 Millionen S in der zweiten Jahreshälfte.

Herr Landeshauptmann, für nächstes Jahr würde ich Ihnen zur Aufbringung der Mittel vorschlagen, auch in Wien eine Haftungsprovision für unsere Bankhaftungen zu verrechnen.

Sie werden bestimmt wissen, es gibt in anderen Bundesländern diese Diskussion. In Vorarlberg und in der Steiermark ist eine solche Haftungsprovision bereits beschlossen und in Geltung. Die anderen Länder verlangen eben eine entsprechende Haftungsprovision, denn eine solche Landshaftung stellt natürlich auch einen meßbaren Wettbewerbsvorteil für eine Bank dar. Das ist ein Wettbewerbsvorteil, der sogar von der EU-Kommission in Brüssel als wettbewerbswidrig erachtet wird, nämlich genau dann, wenn es für die Haftung für diesen Wettbewerbsvorteil keine marktübliche Gegenleistung der Bank - also eben keine Haftungsprovision - gibt. Auch in Oberösterreich und in Tirol sind solche

Haftungsprovisionen daher in Diskussion.

Herr Landeshauptmann, solange die Bank Austria nicht privatisiert ist, können auch wir in Wien durchaus eine solche Provision verlangen. Wenn wir uns den Größenordnungen anschließen, die in den anderen Ländern in Diskussion sind, und für unsere Bankhaftung für die Bank Austria etwa zwei Promille der Haftungssumme verrechnen würden, würden diese zwei Promille der Haftungssumme unser Wiener Budget jährlich immerhin mit etwa 1 Milliarde S entlasten.

Herr Landeshauptmann, wir schlagen Ihnen daher vor, überlegen Sie sich eine solche Maßnahme wirklich und legen Sie diesem Landtag gemeinsam mit dem Herrn Finanzstadtrat einen solchen Gesetzesentwurf mit einer solchen Haftungsprovision vor, um aus Eigenem die notwendigen Mittel für eine Beschäftigungsoffensive der Stadt mobilisieren zu können. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, die Finanz- und Wirtschaftspolitik wird überhaupt die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre sein, wenn wir den Standort Wien wettbewerbsfähig erhalten wollen. Es geht dabei im wesentlichen um zwei große Schlüsselbereiche, nämlich erstens um den gesamten Bereich der Budgetsanierung, mit der wir uns mittelfristig wieder einen größeren Spielraum für die wichtigen städtischen Investitionen verschaffen können, und zweitens geht es dabei um eine Gesamtreform unserer Wirtschaftsförderung sowie eine strategische Neuausrichtung unserer Wirtschaftspolitik.

Auch diese zweite Herausforderung duldet keinen Aufschub mehr, denn die traditionellen Standortvorteile, die Wien ohne Zweifel hat - etwa unsere traditionellen Standortvorteile als Tor der Wirtschaft zum Osten -, sind zeitlich begrenzt und drohen einfach durch Zeitablauf und durch Nichthandeln verlustig zu werden, und zwar je besser sich die Reformstaaten natürlich entwickeln. Es wird jetzt schon - wir sehen das täglich - immer schwieriger, neue Ostzentralen großer Firmen nach Wien zu holen.

Wenn einmal die Rechtsunsicherheit in diesen Reformländern im Osten, die für uns ein Vorteil war, beseitigt und überwunden ist und sich die Wirtschaft dort tatsächlich auf Aufholkurs befindet, werden die Firmen ihre Zentralen gleich vor Ort in diese Reformländer verlegen und wir geraten ins Hintertreffen.

Um dann noch einen Standortvorteil in diesem mitteleuropäischen Raum bewahren zu können, müssen wir ein umfassendes Dienstleistungsangebot schaffen und überhaupt auch an einem neuen Image für die Stadt arbeiten. Das alles ist ein Wettlauf gegen die Zeit.

Man kann dem Finanzstadtrat wahrscheinlich gar keinen Vorwurf machen, daß er in der Hektik der Finanzausgleichsverhandlungen und der Budgetsanierung für diese strategische Neuausrichtung unserer Wirtschaftspolitik wahrscheinlich überhaupt keine Zeit mehr hat. Vielleicht sind diese beiden Aufgaben zusammen auch zu umfassend, um von einem einzigen

Regierungsmitglied wirklich bewältigt werden zu können.

Herr Landeshauptmann, lassen Sie mich daher zum Abschluß noch einen zweiten Vorschlag unterbreiten:

Wir sollten, glaube ich, ernsthaft erwägen, nach den Gemeinderatswahlen im Herbst das Finanz- und das Wirtschaftsressort voneinander zu trennen. Es könnte zum Beispiel der bisherige Planungs- und Europastadtrat, der sowieso nach Brüssel geht, eingespart werden und an seiner Stelle ein eigener Wirtschaftsstadtrat mit einem eigenen Wirtschaftsressort geschaffen werden. Schließlich gibt es auch im Bund auf der einen Seite einen Finanzminister und auf der anderen Seite einen Wirtschaftsminister. Diese Ressorttrennung ist auch in vielen anderen Bundesländern üblich.

Herr Landeshauptmann, die Finanz- und Wirtschaftspolitik ist sicher die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Ich glaube, die Landesregierung sollte ihr daher auch personell die notwendige Gewichtung beimessen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Erika Staubenwöhl: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Prinz. Ich erteile es ihm.

Abg Walter Prinz (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für mich ist eigentlich das fiktive Ergebnis einer Bürgerbefragung zum Beispiel in Eßling, in Aspern oder in Stadlau, wer eher einen Dachschaden hat, der, der zum Beispiel einen Autobahnumfahrungsring um Wien verlangt, um den Transitverkehr und den Einpendelverkehr von den Wohngebieten fernzuhalten, oder jener, der meint, man kann die Autos in Luft auflösen und mit irgendeiner Simsalabimformel den Individualverkehr aus den dicht verbauten Gebieten wegbekommen, sehr einfach zu erraten.

Ich glaube, das Ergebnis wäre sehr eindeutig zugunsten jener, die sich für Umfahrungsstraßen in Wien aussprechen.

Es ist aber auch ziemlich klar, meine Damen und Herren, daß wir nicht nur 6, 10 oder 30 Milliarden S in Wien in Paketform - oder wie auch immer - dringend benötigen würden, um die Fehler der Vergangenheit zu reparieren.

Alles, was wir jetzt mit diesem langfristigen Investitionsprogramm sanieren, geht auf Stadtentwicklungsprobleme zurück, die nicht von selbst oder naturgegeben entstanden sind. All das, was wir in den letzten Jahren an Stadterweiterung finden und vieles andere mehr, ist auf die Programme und die Tätigkeiten der Mehrheit dieses Hauses zurückzuführen. Dort wäre schon vor vielen Jahren der Hebel anzusetzen und ein Stadtentwicklungskonzept zu entwickeln gewesen, das uns vieles von den heutigen Reparaturen erspart hätte.

Ich komme jetzt aber zurück zu diesem Maßnahmenpaket, von dem eigentlich niemand recht weiß, was es umfaßt und wieviel an Förderungsmaßnahmen

für Wien letztendlich herausschauen wird. Wann es kommt, ist auch noch ungewiß.

Es hat viele Gründe und Ausreden gegeben, warum es noch nicht unterschrieben ist. Einmal ist der Finanzminister abhanden gekommen und der Wechsel mit einer gewissen Verzögerung in all diesen Geschäften, die notwendig waren, vollzogen worden. Dann hat es die Nationalratswahl gegeben - ebenfalls eine Unterbrechung. Und jetzt mischt sich die ÖVP ein und macht sich in einer Phase, wo das eigentlich völlig entbehrlich ist, wichtig. So sieht es auch die Bevölkerung.

Wenn Herr Kollege Wawra heute die Tätigkeit seiner Partei bei diesen Verhandlungen hochlobt, muß ich ihm schlicht und einfach sagen, die Menschen draußen verstehen das eigentlich nicht mehr, wenn sich jetzt die ÖVP irgendwo einschaltet und dadurch weitere Verzögerungen entstehen.

Wir brauchen die Projekte, die angesprochen werden, rasch realisiert, denn sie sind für Wien unverzichtbar. Da kann man jetzt an allen Ecken beginnen. Es ist eigentlich kein einziges von den genannten Projekten entbehrlich.

Tatsächlich ist es aber so, daß die Gewichtung nur in eine gewisse Richtung geht. Vor allem der U-Bahn-Bau wird sehr stiefmütterlich behandelt, denn was in dem Paket steht, bedeutet, daß es in Zukunft auch nicht wesentlich weitergehen wird. Aber die Fehler machen wir auch schon im eigenen Haus, denn die Festlegungen für den U-Bahn-Bau in Wien sind ebenso im Rückstand und nicht so weit gediehen, wie sie tatsächlich notwendig wären.

Wenn wir heute genug Geld hätten, könnten wir die U-Bahnen, die wir brauchen, gar nicht bauen, weil die Trassen nicht festgelegt sind und die rechtlichen Voraussetzungen bis heute nicht geschaffen wurden.

Dafür soll der S-Bahn-Bau forciert werden. Nach Preßburg vielleicht weniger, aber die S 80 nach Hirschstetten wird erste Priorität haben. Im 15-Minuten-Takt soll sie - in Hochlage gebaut - Leute über die Donau und retour bringen.

Ich sage Ihnen heute schon, daß das eine Totgeburt wird. Die S 80 ist in dieser Form kein attraktives öffentliches Verkehrsmittel für die Wiener beziehungsweise für die Donaustadter. Sie kann, wenn sie in das Umland verlängert wird, vielleicht einmal für die Einpendler von Wert sein, aber die S 80 in dieser geplanten Form ist sicher keine Lösung für die Probleme in der Donaustadt.

Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, weil uns eine schriftliche Anfragebeantwortung des Herrn Str Hatzl vorliegt, der im Zusammenhang mit der Frequenz der U 6 nach Siebenhirten gemeint hat, daß diese U-Bahn-Linie zu Spitzenzeiten nur mit zehn Prozent ausgelastet ist.

Warum? - Weil die Intervalle auf dieser Linie viel zu lange sind und die Leute keine Lust haben, im Regen zu stehen oder - wie auch immer - 15 Minuten auf einen Zug zu warten. Da setzt man sich dann wieder in

das Auto und versucht eben, auf andere Art und Weise in die Stadt zu kommen.

Genauso wird es bei der S 80 sein. Diese bringt in der Donaustadt nichts, steht aber an führender Stelle in diesem Paket.

Ähnlich ist es bei den U-Bahn-Trassenführungen oder Festlegungen für die U 2, 3 und 5 - wie die neue Linie nach Donaustadt als Arbeitstitel jetzt heißt, welche derzeit in Geheimplanungen in einer Form festgelegt werden soll mit einer Trassenführung, die nicht optimal ist. Man hat bei diesen Planungen eigentlich den Eindruck, daß man in Wien die U-Bahn-Linien und die Schnellbahnen dort forciert und baut, wo sie am einfachsten herzustellen sind, und nicht dort, wo man sie braucht. Das ist für die Stadtentwicklung sicher nicht zweckmäßig und nicht zielführend.

Schauen wir uns dieses 30-Milliarden-S-Paket noch einmal an, wenn man überhaupt davon ausgehen kann, daß es 30 Milliarden S sind.

Der Herr Landeshauptmann hat heute gemeint, es sind 30 Milliarden S, aber es kommen letztendlich von Wien in den nächsten acht bis zehn Jahren 12 Milliarden S. Das ist dann pro Jahr in etwa 1 Prozent des Wiener Haushalts, was nicht sehr viel ist.

Ich glaube, die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs in Wien würde sich schon deutlich mehr Dotierung erwarten dürfen als in etwas 1 Prozent des Haushalts. Wenn man bedenkt, wieviel Millionen heute beinahe täglich vor den Oktoberwahlen in Wien für Unterstützungen jedweder Art der Mehrheit dieses Hauses beim Fenster hinausgeworfen werden, würde ich glauben, daß dieses Paket eigentlich unverhältnismäßig dünn dotiert ist.

Der Vertrag ist überhaupt noch nicht fix. Ich bin schon sehr neugierig, was letztendlich tatsächlich beschlossen wird. Wir werden das sehen, und ich hoffe, daß das Verhandlungsergebnis bald am Tisch liegt. Der bisherige Verhandlungsverlauf - man spricht schon über ein Jahr von diesen Dingen - ist kein Ruhmesblatt für die Beteiligten.

Ich hoffe aber doch, daß Sie nicht bis zum 12. Oktober dieses Jahres zuwarten, um dann vor den Wählern zu treten und zu sagen, was Sie nicht alles erreicht haben.

Meine Damen und Herren, jeder Tag Verzögerung dieses Investitionsprogramms für Wien bedeutet Schaden für die Stadt und für unser Land! Dessen sollten sich alle Beteiligten bewußt sein! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Römer. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Römer (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Mindestens seit über einem Jahr geistert es durch die Stadt und der Herr Landeshauptmann hat es heute - vielleicht unabsichtlich, vielleicht aber auch absichtlich, weil er mehr weiß als ich, auf jeden Fall aber nicht ohne Grund - ein Gespenst genannt, das 30-Mil-

liarden-S-Paket, von dem dauernd gesprochen wird, aber bis heute niemand sagen will, was es in Wirklichkeit ist - und das offensichtlich aus gutem Grund.

Es wurde heute bereits auf die Divergenz der Aussagen des Herrn Finanzministers Klima einerseits und der Verantwortlichen der Wiener Stadtverwaltung andererseits hingewiesen.

Auch der Inhalt ist für mich interessant. Hieß es früher doch, daß mit diesen 30 Milliarden S Infrastrukturmaßnahmen vorgezogen werden, was vordringlich auch einen Investitionsschub bringen und die Arbeitslosigkeit mildern soll, so entnahm ich den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns heute, daß Sie bereits zugeben, irgendwelche notwendigen Investitionen - heute war von der Albertina die Rede, die offensichtlich renoviert werden soll - beziehungsweise Renovierungen hineinzugeben, nur um irgendwie die Summe von 30 Milliarden S zu erreichen. (*Lhptm Dr Michael Häupl: Das ist absurd!*)

Jedenfalls kann man feststellen, daß seit Monaten dauernd die Rede davon ist, dieses Investitionsprogramm umzusetzen. Es wird bei jeder Meldung - auch schon vor Jahresfrist - immer über einen baldigen Abschluß seitens der Wiener Sozialdemokraten gesprochen.

Wie bereits gesagt, habe ich mich am Freitag sehr gefreut und war sehr überrascht, als der Herr Finanzminister erklärt hat, am Montag wird es bereits zur Unterschrift vorliegen.

Offensichtlich gehen die Verhandlungen am Mittwoch weiter, und wir wissen nicht, wann es wirklich zu einem Abschluß kommen wird.

Eines ist jedenfalls festzuhalten: Mit diesen periodischen Ankündigungen eines 30-Milliarden-S-Pakets, von dem jeder ausgeht, daß demnächst irgend etwas umgesetzt wird, werden Hoffnungen geschürt, die in Wirklichkeit überhaupt nicht erfüllt werden können. Ich finde, das ist eigentlich das zentrale Thema, daß den Leuten ununterbrochen vorgegaukelt wird, der Bund und das Land schmeißen 30 Milliarden S in die Wirtschaft und die Menschen, die zu Hause sitzen oder in der Herbststraße stehen, freuen sich darüber.

Ende März 1996 hat man in Wien über 69 000 Arbeitslose gehabt. Das sind über 8,3 Prozent.

Es ist nicht verwunderlich, daß ein Gipfel den andern jagt. So hat der Baugipfel Beachtung gefunden, welcher der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft Abhilfe verschaffen soll. Oder es findet ein Lehrlingsgipfel statt, der 2 000 jungen Menschen, denen die Wirtschaft keine Lehrstelle anbieten kann, zu einer solche verhelfen soll.

Dazu kommt, daß nach allen Prognosen, die in der letzten Zeit veröffentlicht worden sind, festzustellen ist, daß die Arbeitslosigkeit 1996 höher sein wird als 1995 und 1997 noch höher sein wird als 1996. Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten wird heuer und auch nächstes Jahr weiter zurückgehen. Die Wirtschaftsschwäche wird verstärkt wirksam und sichtbar werden.

Und das in einer Stadt wie Wien, die zwar eine große Anzahl von Arbeitsplätzen bietet, aber aufgrund der großen Anzahl der in der Verwaltung Beschäftigten et cetera dem Arbeitsmarkt nur zum Teil Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

Es ist für Wien deswegen von so großer Bedeutung, weil so viele auf eine Vermittlung warten. Diese Leute erwarten sich Abhilfe durch dieses dauernd angekündigte 30-Milliarden-S-Paket, mit dem Sie ihnen vorgaukeln, daß sie demnächst eine Arbeitsstelle bekommen werden.

Ich habe in den Monatsberichten des Instituts für Wirtschaftsforschung interessanterweise dezidiert folgendes gefunden - ich zitiere -:

"Die Bauwirtschaft befindet sich nach einer ungewöhnlich langen Expansionsphase nunmehr in der Rezession. Eine rasche Erholung ist nicht zu erwarten."

Genau dort stehen wir heute.

Herr Landeshauptmann, seit über einem Jahr geht nun schon die Diskussion über dieses 30-Milliarden-S-Paket, das sich hoffentlich - und das hoffe ich für uns und alle Wiener - nicht als Seifenblase oder vielleicht sogar als Wahlyahresseifenblase herausstellen wird.

Selbst, wenn es Ihnen gelingt, diese Woche noch durch einen Kraftakt zu erreichen, daß dieses Paket unterschrieben wird, muß man feststellen, daß für 1996 nur mehr ein ganz kleines Quentchen dieses Betrags zum Tragen kommen wird.

Jedenfalls ist festzuhalten, Herr Landeshauptmann, die Wirtschaft und die Arbeitslosen dieser Stadt warten darauf daß Sie dieses Gespenst - wie Sie selbst gesagt haben - endlich auf den Tisch legen, damit dieses Paket für Wien Arbeit bringen kann. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika Stöbenvoll: Für die Debatte beziehungsweise zum Gegenstand der dringlichen Anfrage ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Landeshauptmann hat sich zur mündlichen Beantwortung der Anfrage zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

*Lhptm Dr Michael Häupl: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!*

Gestatten Sie mir, bevor ich die einzelnen Fragen beantworte, eine kurze Vorbemerkung.

Auf die Rede von Dr. Pilz will ich nicht eingehen. Nicht nur, weil er nicht anwesend ist - was mich weniger stören würde -, sondern weil er sich nicht - wie er meinte - von den Freiheitlichen unterscheidet, denn auch er kennt dieses Papier ganz offensichtlich nicht. Mit jenen Halbinformationen und jenem Konglomerat, das wir hier von seinen Reden kennen, will ich mich offen gestanden nicht auseinandersetzen.

Herr Dr Wawra, ich möchte mich gerade mit Ihren Aussagen deswegen beschäftigen, weil es mir wichtig erscheint, um im Hinblick auf die Kooperationen, die im Interesse der Wiener Wirtschaft und mit der Wiener Wirtschaft notwendig sind, keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

Wir stimmen völlig darin überein - das habe ich immer wieder in allen meinen Aussagen einschließlich jener Aussage und Rede am Wiener Landesparteitag der Sozialdemokraten betont -, daß es sich hier nicht um ein Geschenk der Bundesregierung an die SPÖ, sondern daß es sich hier um notwendige gemeinsame Infrastrukturinvestitionen im Interesse der Erhaltung und Forcierung des Wirtschaftsstandorts Wien sowie letztendlich auch um ein notwendiges Investitionsprogramm, welches gerade arbeitsmarktpolitisch wichtige Aspekte enthält, handelt.

Ich habe niemals für mich oder für uns in Anspruch genommen, daß es sich dabei um eine Morgengabe, ein Wahlgeschenk oder sonst irgend etwas handelt, sondern nämlich dazu immer das Gegenteil betont. Darüber sind wir uns auch einig und im klaren.

Ich darf zum zweiten auch noch betonen, es wird, wenn wir über das Konsolidierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung reden, sehr leicht vergessen, daß es - das ist jedenfalls die gemeinsame Ansicht der österreichischen Bundesregierung - parallel zu diesem Konsolidierungsprogramm des Budgets auch ein Investitionsprogramm geben soll. Denn das eine ohne das andere wäre in der Tat jenes Kaputtsparen, das man der Bundesregierung eigentlich vorwirft.

Daher sage ich schon, es wundert mich sehr, wenn man nun - aus welchen Gründen auch immer -, einschließlich von Aussagen des Herrn Wirtschaftsministers Dr Ditz in der "Zeit im Bild 2", gerade auch vor dem Hintergrund angekündigter Arbeitsplatzschaffung, Arbeitsplatzsicherung, Wirtschaftsentwicklung, Standortsicherung und des Investitionsprogramms der Bundesregierung eines Bundeslandes, das mit sehr konkreten Vorschlägen für ein Investitionsprogramm daherkommt, nun sagt, die Länder haben keine Vorschläge, aber auf der anderen Seite - sagen wir einmal nicht gerade *a priori* - jene Unterstützung diesem Programm angedeihen läßt, die sich wir alle und gerade auch die Wiener Wirtschaft in besonderem Maße wünschen.

Deswegen kann ich Ihnen nochmals sagen: Was zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei - also den beiden Regierungsparteien - auf Bundesebene verhandelt wird, soll mir recht sein. Es soll dort abgehandelt werden, wie man das nun offensichtlich auch braucht, um zu einem Konsens in der Bundesregierung zu kommen.

Für mich ist hier entscheidend, daß es an jenem Infrastrukturpaket, das sehr wohl mit der Wiener Wirtschaft abgestimmt ist und von dem wir nicht zuletzt auch durch einen gemeinsamen Landesregierungsbeschuß wissen, daß es auch für diese Stadt notwendig ist, keine Abstriche geben kann! (*Beifall bei der SPÖ*.)

Ich bin daher für jede Präzisierung in den Gesprächen durchaus zu haben. Ich bin für alles zu haben, was man als Nachbesserung oder - meinetwegen - auch Verbesserung bezeichnen kann. Nur, bitte rasch! Denn ein Vorwurf ist richtig, daß es in der Tat überfällig genug ist, nachdem der Zeitpunkt, wo die Sachproblematik, die Sachvorschläge und die Sachfinanzie-

rungsbereiche festgelegt wurden, bis zu dieser Einigung auf Sachebene zur politischen Einigung - letztendlich auch auf der Ebene der Bundesregierung - schon relativ lange vergangen ist.

Hier habe ich Verständnis für jene, die meinen, wir sollten uns doch einmal ein bißchen beeilen. Denn letztendlich geht es um sehr wichtige - auch heuer noch zu verwirklichende - wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Ich bitte also sehr, daß wir das Gespräch, welches kommenden Mittwoch stattfinden soll, dazu nützen, um die letzte politische Einigung herbeiführen zu können. Dann - denke ich - können wir uns Diskussionen, wie wir sie heute zum Teil gehört haben, auch ersparen.

Nun zu den einzelnen Anfragen:

Frage 1: "Welche Gründe sprechen Ihrer Meinung nach für den ständigen Aufschub der Unterzeichnung des 30-Milliarden-S-Pakets von seiten des Bundes?"

Ich halte dazu fest, daß neben sachlichen Bereichen beziehungsweise Vorbereitungen, die lauten, daß man mit Sicherheit auch im Detail Ausarbeitungen und Einigungen erzielen mußte, die Nationalratswahl vom 17. Dezember 1995 ebenso eine Verzögerungsrolle gespielt hat. Dabei - dies sei außer Streit gestellt - ist aber nicht zu übersehen, daß es offensichtlich innerhalb der Bundesregierung auch zu langsame Koordinations- und Kommunikationsströme gibt.

Frage 2: "Welche konkreten Maßnahmen wurden Ihrerseits gesetzt, um den Unterzeichnungsprozeß zu beschleunigen?"

Hierzu darf ich mitteilen: Unmittelbar nachdem bekannt wurde, daß seitens des Vizekanzlers neue Fragen zur Diskussion gestellt wurden, habe ich mit dem Bundeskanzler Kontakt aufgenommen. So wurden gemeinsame Gespräche mit den Vertretern der ÖVP ermöglicht.

Frage 3: "Wie erklären Sie sich den unterschiedlichen Wissensstand bezüglich des 30-Milliarden-S-Pakets zwischen Ihnen und StR Hatzl einerseits und dem Finanzminister andererseits?"

Ich erkenne keinen Unterschied in den Ansichten von StR Hatzl und meinen einerseits und jenen des Finanzministers andererseits. Vielmehr besteht zwischen uns und dem Finanzminister darüber sachliche Übereinstimmung, daß die in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen des Bundes getroffenen Vereinbarungen auch so realisiert werden sollen.

Frage 4: "Was waren die Gründe der Fehleinschätzung des Bundeskanzlers und Ihrerseits bezüglich des Abschlusses des 30-Milliarden-S-Pakets?"

Es gibt keine Fehleinschätzung des Bundeskanzlers beziehungsweise von meiner Seite über den Abschluß des 30-Milliarden-S-Pakets, sondern eine für uns nicht unmittelbar zu erwartende Haltung der Vertreter der ÖVP in der Bundesregierung.

Wie dem auch immer sei, ich gehe jedenfalls davon aus, daß nach sachlichen Gesprächen auch innerhalb der Bundesregierung diese Gespräche möglichst rasch

abgeschlossen werden können.

Frage 5: "Welchen Zeithorizont sehen Sie für die endgültige Unterzeichnung des Pakets nach Einsetzung der Arbeitsgruppe?"

Wie Sie den Berichten der Medien entnehmen können, haben sowohl der Bundeskanzler als auch der Vizekanzler nunmehr einstimmig bestätigt, daß es seit der letzten Regierungssitzung politische Übereinstimmung hinsichtlich des Infrastrukturpakets für Wien gibt, sodaß ich wohl zu Recht davon ausgehen kann, daß die Bundesregierung ihre Zusicherung auch zum formalen Abschluß des Pakets kurzfristig einlösen wird.

Frage 6: "Welche Projekte außer den schon bisher geltenden Planungen und Vereinbarungen zum U- und S-Bahn-Ausbau werden im Rahmen der Neuverhandlungen dieses Pakets konkretisiert?"

Da es keine Neuverhandlungen gibt, ist auch keine Veränderung in dem Projekt vorgesehen. Konkretisierungen und Detailfestlegungen wird es auf Beamtenebene natürlich geben, aber wesentliche Veränderungen der Vereinbarung nicht.

Frage 7: "Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Zukunft der WED bei einer Nichtrealisierung einer universitären Einrichtung auf der Platte ein?"

Da es keineswegs so ist, daß die universitäre Einrichtung auf der Platte nicht realisiert wird, sondern im Gegenteil auch die Bundesregierung die Errichtung einer universitären Einrichtung auf der Platte in Aussicht genommen hat, gibt es für mich keinen Anlaß, die wirtschaftliche Lage der WED anders einzuschätzen, als es bisher der Fall war.

Frage 8: "Welche beschäftigungspolitischen Effek-

te erwarten Sie sich durch das 30-Milliarden-S-Paket in den Jahren 1996 und 1997?"

Die beschäftigungspolitischen Effekte des 30-Milliarden-S-Pakets haben ich und auch StR Edlinger schon mehrfach dargestellt.

Jedenfalls stelle ich fest, daß diese Effekte auch schon 1996 und 1997 - etwa durch bauliche Vorbereitungen zur Taktverdichtung nach Süßenbrunn, Maßnahmen bei Bundesstraßen und Bundes Schulen sowie durch Planungsarbeiten für die S 80 - wirksam werden können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Mit dieser Beantwortung ist die dringliche Anfrage erledigt.

Damit ist auch die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Ich bekomme gerade das Protokoll bezüglich der Äußerung des Herrn Abg Dr Pilz und darf Sie bitten, noch einen Augenblick Geduld zu haben.

Herr Dr Pilz, Sie haben gesagt: "Ich behaupte damit schon nachweisen zu können, Herr Abg Pawkowicz, daß Sie zumindest in der Ökologie einen Dachschaden haben!" (Abg Dr Peter Pilz: Das war konstruktiv gemeint!)

Ich ermahne Sie hiermit, Herr Dr Pilz, sich vielleicht einer anderen Ausdrucksweise zu befleißigen (Abg Dr Peter Pilz: Er trägt es mit Fassung!), was - wie ich weiß - für Sie sehr schwierig einzuhalten ist. (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Wieso eigentlich?)

Mit dieser Ermahnung darf ich die Sitzung für heute schließen. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende um 15.40 Uhr.)

在於此，故其後人之學，亦復以爲子思之學，而不知子思之學，實爲孔門之學也。

## 1. The Data and the Methods of the Study

